27. APR 1914

Nummer 17 Hamburg, den 25. April 1914 27. Jahrgang

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verkündigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit," Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementspreis pro Quartal M. 2 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluß der Redaktion: Montag mittag 1 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 ₰ für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum berechnet

Maienglocken

Will froh die Arbeit krönen
Den ersten Maientag,
Dann schwingt's wie Glockendröhnen
Hoch über Hain und Hag!
Dein Auge sucht vergebens,
Singt's deinem Ohr auch klar:
„Aus aller Not des Lebens
Helf ich dir, Proletar!"

Und in den fernsten Zonen
Dröhnt dieser Maienklang
Für alle, die da fronen
In hartem Alltagszwang.
Und wer in bitt'rem Grimme
Sein wundes Herz zerquält,
Die Maienglockenstimme
Ihm doch vom Licht erzählt!

Vom Licht, das sein Gefunkel
In alle Tiefen schickt,
Zu dem auch, den das Dunkel
Der Sorgennacht bedrückt!
Horcht hin und laßt euch packen
Von diesem hehren Laut:
Er strafft euch Arm und Nacken,
Daß ihr euch selbst vertraut!

Zum Licht empor! Das Trübe
Zerfließt im hellen Schein!
Sorgt, daß rings Bruderliebe
Und Freiheit kann gedeihn!
Eint euch zur starken Wehre,
Die jedem Feind hält stand,
Ihr Proletarierheere
Reicht euch die Bruderhand!

Schaut: rings ein erstes Blühen ...
Ins junge, zarte Grün
Sollt, frei von Alltagsmühen,
Ihr froh begeistert ziehn!
Lauscht drum dem Glockendröhnen!
Hoch über Hain und Hag
Schwingt's, will die Arbeit krönen
Den ersten Maientag!

lm.

Zur Agitation unter den Tiefbauarbeitern.

Zu den Berufsgruppen, für die unser Verband heute die zuständige Organisation ist, gehört auch die große Gruppe der Tiefbauarbeiter. Im Tiefbaugewerbe sind zurzeit in Deutschland rund 400 000 Menschen beschäftigt, von denen jedoch leider der allergrößte Teil erst für die Organisation gewonnen werden muß. Wer unsere vierteljährlichen Mitteilungen über die Mitgliederbewegung aufmerksam verfolgt hat, der wird gefunden haben, daß die Zahl der Erdarbeiter, die unserm Verbande angehören, zwischen 10 000 und 15 000 hin- und herpendelt. Wir nehmen an, daß die Schwankungen zum Teil auf ungleichmäßige Berichterstattung zurückzuführen sind, daß ferner noch einige tausend Erdarbeiter als Bauhilfsarbeiter oder Betonarbeiter gezählt werden. Immerhin steht fest, daß von dieser größten Berufsgruppe im Tiefbaugewerbe kaum 1 pZt. der Organisation angehört. Besser dürften die Verhältniszahlen bei den im Tiefbaugewerbe beschäftigten Maurern und Betonarbeitern sein. Diese können leider bei unsern Quartalsberichten nicht besonders gezählt werden, doch steht fest, daß auch bei ihnen die Organisation im Durchschnitt viel schlechter ist, als im Hochbaugewerbe.

Woher kommt dieser auffällige Mangel an Zusammenhalt unter den Tiefbauarbeitern? Zum Teil entspringt er zweifellos aus dem Nomadentum des ganzen Gewerbes, bei dem nicht nur die Arbeiter, sondern oft auch die Unternehmer von Ort zu Ort wandern müssen, wenn sie Beschäftigung haben wollen. Wir können die Unternehmer des Gewerbes unterscheiden in seßhafte und wandernde. Dazu kommen dann die großen Aktiengesellschaften, die mehr oder weniger nicht nur das Deutsche Reich, sondern auch das Ausland mit ihren Filialen überspannen. Weiter kommt in Betracht die große Zahl der im Tiefbaugewerbe beschäftigten ausländischen Arbeiter, die zum größten Teil die deutsche Sprache nicht verstehen, die meistens Analphabeten sind und daher der Agitation durch Schriften auch in ihrer Muttersprache schwer zugängig sind. Neben dem Kampf der Behörden und Unternehmer gegen die Organisierung der Tiefbauarbeiter ist das Kantinenunwesen ein bedeutender Hemmschuh für uns. In diesen behördlich bevorzugten Schnapsspelunken, in denen die im tiefsten Elend lebenden Tiefbauarbeiter mit dem miserabelsten Fusel vollgepumpt werden, bis sie auch den letzten Pfennig ihres sauer verdienten Lohnes dem sich Wirt nennenden menschlichen Vampir schulden, raubt ihnen der mit Aether und gebranntem Pfeffer versetzte „Branntwein" den letzten Rest von Menschenwürde.

Diese Umstände erklären zum Teil die Schwierigkeit einer Zusammenfassung der Tiefbauarbeiter, aber sie erklären nicht vollständig, warum in ganzen Landesteilen jede Organisation fehlt, während in andern Landesteilen die Organisation verhältnismäßig gut ist. Wer die Entwicklung der Bauarbeiterorganisationen miterlebt hat, der muß bekennen, daß unsere Kollegen in Süd- und Südwestdeutschland von Anfang an mit viel größerer Energie an die Organisierung der Tiefbauarbeiter gingen als dies in Nord- und Nordostdeutschland und in den Industriegebieten der Fall war. Der Grund dafür ist zum Teil in der Tatsache zu suchen, daß in dem dichter besiedelten Süden und Südwesten ein Teil der einheimischen Arbeiterschaft auf das Tiefbaugewerbe angewiesen war und so die Grundlage für die Organisierung bot. In Norddeutschland, und namentlich in Preußen, ist die Regierung seit Jahrzehnten bestrebt gewesen, die deutsche Arbeiterschaft vom Tiefbaugewerbe fernzuhalten, weil sie von dieser Maßnahme einen Nutzen für ihre agrarischen Busenfreunde erwartete. Zur Beschönigung dieser Tatsache erfand man die lächerlichsten Ausreden. Vor allem hieß es, die deutschen Arbeiter scheuten die schwere und oftmals schmutzige Erdarbeit. Dabei übersah man die Tatsache, daß bis vor 20 Jahren die deutschen Arbeiter noch überall die Mehrheit an den Baustellen bildeten. Seitdem hat sich die Sache so gewandelt, daß heute an vielen Baustellen kein deutscher Arbeiter eingestellt wird. Dem deutschen Arbeiter blüht nachher die Pflicht, diese Bauwerke, von deren Fertigstellung man ihn ausschloß, unter Umständen im Kampfe fürs Vaterland zu verteidigen. In ihrem Kampf gegen die deutschen Arbeiter übersehen die Behörden auch, daß es unsinnig ist, den zu bestrafen, der ein strategisch wichtiges Bauwerk photographiert, wenn man vorher mit vollendeter Absicht dazu beigetragen hat, daß Hunderte von Ausländern Gelegenheit hatten, den Bau bei seiner Fertigstellung in allen Einzelheiten zu studieren.

Damit wollen wir nicht sagen, daß wir die ausländischen Arbeiter vom Baugewerbe ausschließen möchten. Wir erklären ausdrücklich, daß wir nur gegen die Ausnahmebehandlung zu ungunsten der deutschen Kollegen protestieren, um zugleich die Notwendigkeit der Organisation der Tiefbauarbeiter zu erklären. Allen, die an der Notwendigkeit der Arbeiterorganisationen zweifeln, können wir für diese Notwendigkeit kein besseres Beispiel vor Augen führen als den Vergleich zwischen den Arbeitsverhältnissen im Hoch- und im Tiefbaugewerbe. Im letzteren sind die Löhne und die Arbeitszeit seit 15 Jahren zum Teil stabil, zum Teil um wenige Pfennige gestiegen. Als vor 15 Jahren die Organisation bei den Hochbauarbeitern kraftvoll einsetzte, da waren in der Regel die Stundenlöhne der Erdarbeiter um 3 bis 5 ₰ höher als die Löhne der Bauhilfsarbeiter; vielfach standen sie wenig unter dem Maurerlohn. In diesem Zeitraum erhöhten die Maurer und Bauhilfsarbeiter in vielen Kämpfen ihre Löhne, so daß sie heute um 25 ₰ respektive 15 ₰ pro Stunde mehr erhalten als die Erdarbeiter. Von den übrigen Arbeitsbedingungen wollen wir gar nicht erst

reden. Unsere Kollegen werden uns zustimmen, wenn wir sagen: es gibt kein trefflicheres Beispiel für die Notwendigkeit der Gewerkschaft als das von uns angeführte.

Damit stehen wir vor der Frage: Wie gelingt es uns, die Tiefbauarbeiter von dieser Notwendigkeit zu überzeugen? Wir hören im Geiste, wie uns die Kollegen zurufen: Wenn die große Masse der Tiefbauarbeiter wenigstens unsere Sprache verstände? Wenn sie wenigstens unsere Flugblätter lesen könnten? Wir wollten ja gern agitieren, wenn nur die vielen „Wenns" nicht wären! Andere Kollegen hören wir sagen: Man kann die Organisation nicht von außen hineintragen, sondern die Organisationsidee muß unter den Tiefbauarbeitern selbst Wurzel schlagen! Und wieder andere sagen: Warum sollen gerade wir die Dummen sein, die sich mit diesen bedürfnis- und verständnislosen Menschen abplagen? Darauf antworten wir: Es ist die Pflicht jedes organisierten Arbeiters, das Verständnis für die Notwendigkeit der Organisation auch außerhalb seines engeren Bekanntenkreises zu verbreiten und so ständig neue Bundesgenossen zu werben. Diese Pflicht besteht in doppeltem Maße gegenüber dem gegenwärtigen oder zukünftigen Berufsgenossen; denn der ausländische Erdarbeiter, den heute mancher Kollege nicht für voll ansieht, weil er bedürfnislos ist und Erde schaufelt, der schaufelt vielleicht im nächsten Jahre Beton und ist damit ein Konkurrent des Maurers geworden, der ihn früher über die Achsel ansah. Er hat seine Bedürfnisse gesteigert, aber wir haben versäumt, ihm den Weg zu zeigen, auf dem er mehr Anteil an dem Arbeitsertrage erlangen kann. Tatsächlich ist es doch so, daß auch bei uns der Organisationsgedanke gepredigt werden mußte, daß er nicht in jedem einzelnen der bereits organisierten Kollegen von selbst entstand, sondern oft mit vieler Mühe „von außen hineingetragen wurde". Also das sind nur Ausreden, die zum Teil auf die Unlust zurückzuführen sind, überhaupt etwas für die Organisation zu tun. Zum Teil sind sie aber auch geboren aus jenem Dummstolz, der es unter seiner Würde hält, mit so „minderwertigen" Leuten wie die Polen, Italiener, Ungarn, Serbokroaten, Mazedonier usw. sind, in Berührung zu treten. Glücklicherweise trifft man diesen Dummstolz äußerst selten unter unsern Verbandskollegen an, und dann nur bei Leuten, die sonst keine persönlichen Eigenschaften haben, auf die sie stolz sein können.

Wichtiger und mehr zu beachten als diese beiden Einwände ist die Schwierigkeit der sprachlichen Verständigung. Aber auch in dieser Hinsicht gilt das Wort: „Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg." Bei jeder Kolonne von Ausländern ist in der Regel mindestens ein Mann, der Deutsch versteht. Bei jeder Kolonne sind einige, die in ihrer Muttersprache lesen können. Es ist wahrhaft rührend, anzusehen, wie sie in den Pausen gespannt dem Vorleser zuhören. Sie sind nicht mit Schriften übersättigt, für sie ist der Inhalt eines Flugblattes ein Evangelium, das ihnen einen Ausweg aus ihrem Elend weist. Wir hoffen, daß auch die in den nächsten Tagen zur Verteilung gelangenden fremdsprachlichen Flugblätter als ein Evangelium der Erlösung aus Unternehmerknechtschaft wirken werden. Ueber die Art der Agitation unter den Deutsch sprechenden Tiefbauarbeitern brauchen wir jedenfalls kein Wort zu verlieren. Wenn jedoch die Zweigvereine Hilfsmittel in sprachlicher Beziehung notwendig haben, so mögen sie sich vertrauensvoll an den Sekretär der Bauarbeiter-Internationale wenden. Wir wollen für das Tiefbaugewerbe geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen schaffen, darum müssen wir die Tiefbauarbeiter organisieren. Wir wollen allen Arbeitern die Gleichberechtigung im Tiefbaugewerbe sichern, darum verbünden wir uns mit den ausländischen Kollegen, die gleich uns nach höherer Kultur streben. Wir wünschen und hoffen, daß wir in diesem Streben von allen unsern Verbandsmitgliedern unterstützt werden. Dem törichten Wüten der Arbeiterfeinde gegenüber müssen wir für uns neue Bundesgenossen werben. Darum Kollegen: Agitiert überall, besonders aber unter den Tiefbauarbeitern!

Willkürregiment.

In dem vor kurzem erschienenen dritten Band seiner Lebenserinnerungen charakterisiert August Bebel die polizeiliche Willkür, die unter dem Sozialistengesetz herrschte, mit folgenden Worten:

> Wäre unter der Herrschaft jenes Gesetzes jemand beigekommen, die Grundsätze festzustellen, nach denen polizeilicherseits Versammlungen verboten oder aufgelöst wurden, er hätte, auch wenn ein sehr hoher Preis auf die Lösung dieser Frage gesetzt würde, erklären müssen: es gibt dafür keine Grundsätze. Laune und Willkür der Beamten sind dafür allein maßgebend.

Liegen die Dinge gegenwärtig wesentlich anders? Gewiß, politische Versammlungen können bei Beobachtung der Vorschriften des Vereins- und Versammlungsgesetzes in der Regel ungestört stattfinden, aber im übrigen scheut die Behörde heute wie damals vor keiner Willkür zurück, wo es gegen die moderne Arbeiterbewegung, ihre Organisationen und ihr Auftreten geht. Ja, es ist sogar schlimmer geworden. In den achtziger Jahren gewährte das Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie der Polizei noch so etwas wie einen moralischen Vorwand zur Verfolgung jeglicher Regung proletarischen Geistes, inzwischen aber hat sich die Kunst der Gesetzesauslegung und die Verwaltungstechnik soweit vervollkommnet, daß man vom Boden des gemeinen Rechtes aus in sehr vielen Beziehungen zu denselben Resultaten gelangen kann, zu deren Erreichung in einer primitiveren Zeit das „Schandgesetz" für notwendig erachtet wurde.

Und so von vornherein zu sagen: dieses System der Drangsalierungen und der Schikanen wird von uns keineswegs in jedem Betracht als bedauerlich empfunden. Solche Verfolgungen tragen dazu bei, die Widerstandskraft zu erhöhen und den Kampfeseifer zu beleben. Nichts ist für eine Massenbewegung gefährlicher, als wenn der Hemmnisse und der Schwierigkeiten, die sich ihr in den Weg stellen, gar zu wenig werden. Ihr Wille und ihre moralische Stärke wächst, je mehr sie feindseligem Hasse begegnet und je mehr sie erkennt, daß ihr gegenüber die Waffen brutaler Willkür angewendet werden.

Der Arbeiterjugend insbesondere möchte man geradezu Glück wünschen zu der Behandlung, die ihr die Behörden zu teil werden lassen. Nicht nur, weil das Bewußtsein, mit einem andern Maße gemessen zu werden als die sogenannte nationale Jugendbewegung, ihr auf die einfachste Weise die Augen über die politischen und sozialen Verhältnisse des Klassenstaates öffnet, sondern vor allem auch, weil die Polizei in das Leben der jungen Leute etwas von der Romantik hineinträgt, deren sie bedürfen. Die Spannung, ob nicht die Schutzleute kommen, um eine unpolitische Versammlung für politisch zu erklären und den Saal zu räumen, die Versuche, den Hütern einer gesetzlosen Ordnung ein Schnippchen zu schlagen, bietet einen gewissen Ausgleich für die prosaische Arbeit des Tages und liefert einen guten Ersatz für die kriegerischen Uebungen des Jungdeutschlandbundes. Die Behörden erreichen auch hier genau das Gegenteil von dem, was in ihrer Absicht lag, und das auch insofern, als sie, die der Tendenz des Vereinsgesetzes folgend, die Jugend von der Berührung mit der Politik fernhalten wollen, am meisten zu ihrer Politisierung beitragen, mehr vielleicht, als es ursprünglich in den Plänen der erwachsenen Arbeiter gelegen war.

Aber weder die unerhörte Gesetzwidrigkeit noch die parteiische Auslegung vorhandener Paragraphen werden durch diesen Erfolg im allergeringsten entschuldigt, und dasselbe gilt vielleicht in noch höherem Grade von der Methode, die man jetzt gegen die Gewerkschaften in Anwendung bringt. Auf die systematische Verhinderung des gesetzlich erlaubten Streikpostenstehens durch Polizeiverordnungen folgt die Erklärung der freien Gewerkschaften zu politischen Organisationen am Ende durchaus konsequent, da der zweite Vorstoß so gut wie der erste die Regierung und einen Teil der bürgerlichen Parteien der Unannehmlichkeit überheben soll, das Odium einer Ausnahmegesetzgebung auf sich zu laden. Man wird die bestehenden Gesetze dehnen und strecken, weil man vorläufig noch zu feige ist, mit den von einem Ausnahmegesetz schmutzigen Händen vor das Volk und insbesondere vor die Wähler zu treten. Ach, und in diesem Falle ist die Sache ja so besonders einfach und leicht. An den Paragraphen des Vereinsgesetzes braucht nicht einmal viel gedreht und gedeutelt zu werden, und notwendig ist nur das übliche Maß von Skrupellosigkeit, mit der man die Schärfe des Schwertes nur gegen die bei der Obrigkeit unbeliebten Personen und Organisationen kehrt.

Zur Verfügung gestellt wurde der Polizei und den Gerichten die Waffe in dem Moment, als bei der Beratung des Vereinsgesetzes die bürgerlichen Parteien darauf verzichteten, den Begriff der politischen Angelegenheiten näher zu umschreiben, weil Herr v. Bethmann-Hollweg als Prophet des lebendigen Geistes sie vor starren Definitionen warnte. Sie glaubten, schon wunder was erreicht zu haben, als nicht mehr wie in dem alten preußischen und sächsischen Vereinsgesetz, von öffentlichen Angelegenheiten die Rede war, und sie ließen sich auch nicht beirren, als der Staatssekretär des Innern ihnen achselzuckend auseinandersetzte, daß die Grenzen zwischen öffentlichen und politischen Angelegenheiten außerordentlich flüssig seien. Bei den einen war es sträflicher Optimismus, der sie zu dem Verzicht auf die

Soziale Zustände unter der Standes- und Klassenherrschaft.

Von Karl Frohme.

III.

Die göttliche Sozialordnung der Indier.

Geradezu furchtbar waren die Sozialzustände, die durch die Standes- und Klassenherrschaft, das Kastenwesen und den Kastengeist in dem „Wunderlande" Indien herbeigeführt wurden. Drastischer und unmittelbarer als in irgendeinem andern Kulturlande des Orients äußerte sich hier der Fluch des Kastengeistes als Produkt religiösen Wahns. Die Gliederung des Volkes in Kasten wurde ganz direkt als „gottgewollte Ordnung" hingestellt, an der zu rütteln das ärgste aller Verbrechen war. In der Mythe stellt sich die Sache so dar: der Urgott Brahma, der Inbegriff aller geheimnisvoller Kraft, erzeugte mit Maja, der Mutter des Weltalls (das weibliche Prinzip der schaffenden Gottheit), drei den Hauptkräften der Welt entsprechende Gottheiten: Brahma der Schöpfer Wischnu der Erhalter und Schiwa der Zerstörer. Brahma wurde die Aufgabe zugeschrieben, das vom Urgott begonnene Schöpfungswerk fortzusetzen. Nachdem er die Elemente hervorgebracht, schuf er die Menschen, und zwar vier Kasten: aus seinem Haupte die Priester (Brahmanen), aus seinen Armen die Krieger (Kschatrias), aus seinen Hüften die Bauern und Kaufleute (Wiza) und aus seinen Füßen die Arbeiter und Dienstleute (Schudras).

Die Priester erscheinen also als die oberste, wichtigste und dem Gott angenehmste Kaste, die er zu seinem Dienste und zur Beherrschung des Volkes entspringen ließ aus seinem Haupte, dem Sitze göttlicher Geisteskraft. Dieser Kaste reihen sich an die Krieger. Beide Kasten stehen in engster Verbindung; sie bilden mit dem Priestertum zusammen die politische Macht. Priester- und Kriegerkaste, so sagt das heilige Buch Manus — eine um etwa 1800 v. Chr. begonnenen Sammlung der überlieferten Anschauungen und Bestimmungen über die göttliche Welt- und Rechtsordnung — „sollen einig sein, denn sie können sich gegenseitig nicht entbehren". Die Kriegerkaste, der Adel, war immer der Arm, der die Befehle der Brahmanen vollzog, selbst gegen Könige. Im übrigen war sie, wie der europäische Adel des Mittelalters, eine Räuberkaste.

Bauern und Kaufleute haben die von Brahma vorgeschriebene Pflicht, Priester und Krieger zu unterhalten, während die Schudras verpflichtet sind, allen oberen Kasten zu dienen. Obwohl auch diese unterste Kaste als „ehrbar" gelten sollte, da ja doch „auch des Gottes Füße, aus denen sie geschaffen, nichts Unedles" seien, überantworteten die Herrschenden sie doch schon sehr früh der Verachtung preis. Die Schudras kamen nur als lastenpflichtige Masse in Betracht. Im Gesetzbuch Manus wird den Königen und ihren Gehilfen angeraten, „die Steuern nicht auf einmal zu erheben, sondern es zu machen wie der Baum oder der Blutegel, die auch nur nach und nach ihre Nahrung einzuziehen. Denn das Volk gleicht dem Sesamkorn, das sein Oel auch nicht anders herausgibt, als indem man es auspreßt oder ausbrennt". Stets haben die indischen Könige und Großen diesen Rat befolgt. Ungeheure Abgaben erhoben sie, nicht von den einzelnen, sondern von den Gemeinden. Vom Ernteertrag forderten sie nicht selten die Hälfte und mehr. Auf alle nur möglichen Dinge legten sie drückende Steuern. Handwerker und Tagelöhner mußten noch extra eine Kopfsteuer entrichten und einen Tag im Monat für den König arbeiten. Die Brahmanen, die aus der Schudrakaste erpreßten, was immer nur möglich, waren von jeder Steuerleistung befreit. Von ihnen, so schreibt das Gesetzbuch Manus vor, dürfe der König nichts nehmen, und wenn er Hungers stürbe; denn sie zahlten ihr Teil in Gebeten für den König und das Volk.

Es sei daran erinnert, daß sich auch die christliche Kirche auf diese „Logik" verstand. Auch sie nahm für die Geistlichkeit Steuerfreiheit in Anspruch. Genau im Geiste des alten Brahmanentums sprach im Jahre 1641 der Erzbischof von Sens, als Richelieu von der französischen Geistlichkeit einen Beitrag von sechs Millionen Frank zu den Staatsbedürfnissen forderte: „Der alte Brauch der Kirche während ihrer Blüte war, daß das Volk für die Bedürfnisse des Staats seine Güter beisteuerte, der Adel sein Blut und die Geistlichkeit ihre Gebete."

Ueber den Schudra, den Arbeiter, spricht das „heilige Buch" der Inder in den verächtlichsten Ausdrücken. „Sein Name soll Verachtung ausdrücken"; er solle nicht Reichtum erwerben dürfen und wenn sein Herr ihm die Freiheit geben sollte, bleibe er doch sein Sklave. „Ein Schudra", heißt es wörtlich, „wenn auch von seinem Herren freigelassen, wird dadurch seinem Knechtsstande nicht enthoben; denn durch wen könnte er seines natürlichen Standes entkleidet werden?" Das Gesetzbuch drohte dem Schudra unter andern folgende Strafen an: für verächtliches Sprechen über seine Oberen Verbrennung des Mundes; für Beleidigung der Oberen Aufschlitzung der Zunge; für Belästigung eines Brahmanen den Tod. Wenn der Schudra denselben Sitz wie seine Oberen einnehme, so solle er mit einem Brandmal auf den Lenden verbannt werden; würde er es wagen, aus Lernbegierde der Vorlesung eines heiligen

mikrofilm service münster g. gutt KG essen + köln gerd gutt kg otto hahn straße 21 postfach 4102 49 4400 münster/wolxel

Errichtung von Schranken zum Schutz der wirtschaftlichen Arbeiterverbände bestimmte, bei den andern war es mehr, war es die bewußte Absicht, den Behörden die Möglichkeit zu einem Vorgehen gegen die freigewerkschaftlichen Verbände offen zu halten. Warum begnügte sich sonst der Vater des „liberalen" Vereinsgesetzes, Herr Müller-Meiningen, mit der Anfrage an den Minister, ob nicht auch den Hirsch-Dunckerschen Vereinigungen aus dem Sprachenparagraphen Schwierigkeiten erwachsen könnten?

Doch bezwecken denn tatsächlich die Gewerkschaften eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten? Die Beantwortung dieser Frage hängt davon ab, was unter Politik und unter politischen Angelegenheiten verstanden wird. Geradezu wahnwitzig sind eine Reihe von Argumenten, mit denen bisher ihre Bejahung zu stützen versucht wurde. Weil ihre führenden Mitglieder gleichzeitig Sozialdmokraten seien; weil ein Verband gewisse Veranstaltungen mit Rücksicht auf die Rote Woche verschoben habe, weil auf dem letzten Jenaer Parteitag die in der Sozialdemokratie organisierten Gewerkschaftsführer mit den übrigen Rednern in der Betonung der Notwendigkeit einer energischen Kampagne zugunsten der Arbeitslosenversicherung einig gewesen seien. Mit solchen haarsträubenden Torheiten wagt man, die den Verbänden feindliche Auslegung des Gesetzes zu rechtfertigen, und merkt nicht, wie man damit nur immer neue Beweise für die Parteilichkeit in der Handhabung der Paragraphen beibringt.

Viel einfacher wäre es doch, sich auf den Standpunkt zu stellen, den vor ein paar Jahren der Unterstaatssekretär Richter im Reichstage einnahm, als er erklärte, daß jede wirtschaftliche Organisation heutzutage genötigt sei, mit ihrer Tätigkeit in der einen oder andern Weise in das politische Gebiet hinüberzugreifen, und es ließe sich ja auch von unserer Seite nicht einmal viel dagegen einwenden, wenn gesagt würde, daß es Politik sei, an die Gesetzgebung im Interesse des Ausbaues der sozialen Reform, im Interesse der Verkürzung der Arbeitszeit, im Interesse der Schaffung eines wirklichen Koalitionsrechtes usw. heranzugehen. Aber diese Begründung hätte nicht nur den Nachteil, daß sie dem Vereinsgesetz mit allzu großer Schonungslosigkeit das liberale Mäntelchen entrisse, sie würde auch bedeuten, daß so und so viele Organisationen, die von Staatsanwälten und Polizeipräsidenten bisher nicht angetastet werden, es mindestens in demselben Maße wie die freien Gewerkschaften verdienen, den kritischen Paragraphen des Gesetzes unterworfen zu werden.

Man muß sich vergegenwärtigen, was der Unterstaatssekretär im Auge hatte, als er von der unvermeidlichen Grenzüberschreitung durch die wirtschaftlichen Organisationen sprach. Er dachte an den Bund der Landwirte, aber er war weit entfernt davon, ihn für politisch im Sinne des Gesetzes erklären zu wollen; es ging ihm vielmehr darum, nachzuweisen, daß er trotz seiner politischen Betätigung ein wirtschaftlicher Verein bleibe, dem die staatlichen Kalipropagandagelder ohne weiteres anvertraut werden könnten. An diese Beweisführung darf im gegenwärtigen Moment nicht erinnert werden, wenn nicht das ganze Gebäude der Anklagen gegen die Gewerkschaften der schwersten Erschütterung ausgesetzt werden soll. Aber aus der Welt schaffen läßt sich deshalb die Tatsache doch nicht, daß hier eine Organisation, deren politischer Charakter sonnenklar ist, nicht nur der Fesseln des Gesetzes ledig bleibt, sondern sich überhaupt der liebevollen Unterstützung durch die Regierung erfreut.

Und wie der Bund der Landwirte, so die großen Unternehmerorganisationen der Industrie und vor allem die Arbeitgeberverbände. Wer nach Arbeitswilligenschutz schreit, wer den Stillstand der Sozialpolitik fordert, ist ebenso politisch wie der, der die soziale Reform gefördert und die Möglichkeiten der Selbsthilfe für die Arbeiterschaft nicht eingeschränkt sehen will.

Doch wozu von den Unternehmervereinigungen reden? Wir haben ja viel näherliegende Vergleiche. Tun nicht die andern Arbeiterverbände: christliche Gewerkschaften, katholische Fachvereine, Hirsch-Dunckersche usw., dasselbe wie die freien? Apellieren sie nicht in ihrer Presse und auf ihren Kongressen genau so gut an die Gesetzgebung, stehen ihre Führer nicht auch zu politischen Parteien in der allerengsten Beziehung? Gut, und wollen unsere Gegner den Boden der Auseinandersetzung verschieben und den politischen Charakter einer Organisation mit ihrem gelegentlichen Eingreifen in politische Kämpfe durch die Unterstützung der einen und die Abwehr einer andern Partei beweisen, so ist ihre Position auch damit nicht verbessert. Eben erst hat die sozialdemokratische Presse den Behörden den dokumentarischen Nachweis erbracht, wie die „Gelben" oder „Wirtschaftsfriedlichen" über die ihnen von den Unternehmern und der Regierung zugeführten Gelder durch die offene Agitation zugunsten der ihren Aushältern genehmen Kandidaten bei allen politischen Wahlen quittieren.

Von welcher Seite man also die Dinge auch ansehen mag, unverhüllt steht die Willkür da, mit der in dem deutschen „Rechtsstaate" der Teil der Arbeiterbewegung mißhandelt wird, der die Interessen des Proletariats rücksichtslos vertritt. Hier wird nicht nur jede Logik und jede Vernunft beiseite geschoben, hier hört, um mit dem Oberst v. Reuter zu reden, jede Jurisprudenz auf. Hohnlachend setzt sich die Polizei, die die höheren Instanzen hinter sich weiß, über den Grundsatz der Rechtsgleichheit hinweg. Sie proklamiert offen den Ausnahmezustand für eine den herrschenden Klassen unbequeme Bewegung und sie gibt sich der sicheren Hoffnung hin, daß die Gerichte für ihre staatsreiterischen Bemühungen ein volles Verständnis haben werden.

Ob sie sich da täuschen wird?

Rud. Breitscheid.

Bei der Wahrheit!

Die „Baugewerkschaft" ermahnt uns, bei der Wahrheit zu bleiben. Ist das nicht zum Quietschen? Dasselbe Blatt, das unsern Verband wider besseres Wissen als einen Bund gegen die Religion hinstellen möchte, fordert uns zur Wahrheit auf! Dasselbe Blatt, das unsern Verband immer wieder von neuem als einen „sozialdemokratischen" Verband denunziert, obwohl die Redaktion genau weiß, daß unser Verband neutral ist, daß unsere Mitglieder jeder der bestehenden politischen Parteien angehören können und tatsächlich auch angehören, wenn es auch selbstverständlich ist, daß die meisten der Partei zuneigen, die allein wirkungsvoll und dauernd die Interessen der Arbeiter vertritt. Nennt man das Wahrheit? Entspräche es nicht mehr der Wahrheit, wenn wir den „christlichen" Bauarbeiterverband als Zentrumsverband bezeichneten? Wir tun es nicht, weil wir wissen, daß zwar verhältnismäßig mindestens ebensoviel seiner Mitglieder politisch zum Zentrum gehören, wie Mitglieder unseres Verbandes zur Sozialdemokratie, daß aber doch der christliche Bauarbeiterverband — ebenso wie unserer — auch Anhängern aller andern Parteien und Konfessionen offen steht.

Und „Wahrheit" ist es wohl auch, was die „Baugewerkschaft" über die angeblichen Gründe unseres Vorgehens gegen den christlichen Verband ins Land hinausposaunt? Seit Wochen sucht sie es so darzustellen, als ob unser Verband ganz ohne Not über den guten, ruhigen, friedliebenden, christlichen Bauarbeiterverband hergefallen wäre, um nur über die Unzufriedenheit hinwegzukommen, die unter unsern Mitgliedern herrsche. Es läge zwar nahe, auf die „Baugewerkschaft" das Sprichwort anzuwenden, nach dem man keinen hinter der Hecke sucht, wenn man nicht selbst dahinter gesessen hat. Aber das hieße, der Redaktion des Blattes zugestehen, daß sie selbst an das glaubt, was sie mit so viel Kraft ins Land hinausschreit. Und so unsäglich dumm und albern ist die Redaktion der „Baugewerkschaft" sicher nicht, daß sie das glauben könnte. Wenn sie sich trotzdem den Anschein gibt, als ob sie es glaubte, so ist das eines jener demagogischen Mittel, das dazu dienen soll, die Sachlage zu verschreben und das dreiste Vorgehen der christlichen Mitgliederfänger zu bemänteln. Denn darum handelt es sich, daß wegen der alle gewohnten Maße übersteigenden Unwahrheit, Dreistigkeit und Unverschämtheit der christlichen Agitatoren in den verschiedensten Landesteilen die Aufklärung der christlich organisierten Kollegen die Herausgabe eines Flugblattes für unsern Verband zur zwingenden Notwendigkeit wurde.

Das, weiß die „Baugewerkschaft" ganz genau. Sie erklärt zwar in ihrer letzten Nummer, ihr Verbandsvorstand hätte im Februar auf einer Konferenz in Cöln die Losung ausgegeben, unter keinen Umständen die Arbeitslosenunterstützung und die erhöhten Beiträge unseres Verbandes agitatorisch auszunutzen, und unter sämtlichen Angestellten habe vollständige Uebereinstimmung in dieser Frage geherrscht. Wenn das wahr ist, dann haben sich eben die kleinen Gernegroße im Lande an diese Losung nicht im mindesten gehalten, sondern sind auf eigene Faust auf die Vernichtung unseres Verbandes ausgezogen. Sonst wäre es doch unmöglich, daß uns wochenlang aus den verschiedensten Bezirken die gleichen Klagen über das frivole Vorgehen der christlichen Agitatoren hätten gemeldet werden können. Wie die christlichen Agitatoren Mitglieder werben, dafür war das in der letzten Nummer des „Grundstein" abgedruckte Schreiben unseres Zweigvereins Aschaffenburg ein Beispiel. Da die „Baugewerkschaft" mit der demagogischen Verschiebung der Gründe unseres Vorgehens fortfährt, so wollen wir nachstehend noch einige weitere Beispiele geben, in welch frivoler Weise die christlichen Agitatoren Mitglieder unseres Verbandes zu fangen suchen. Unterm 31. März schrieb unser Zweigvereinsvorstand in Mannheim an unsern Verbandsvorstand:

> Werte Kollegen! Als Geschäftspapiere folgen mit gleicher Post zwei Mitgliedsbücher der christlichen Organisation von den Kollegen Gebrüder G.... aus Ilvesheim. Unsere Mitgliedsbücher der beiden Kollegen sind von den Christlichen aus ihrer Wohnung geholt worden, wäh-

---

Buches beizuwohnen, so solle ihm siedendes Oel in die Ohren gegossen werden; wenn er aber gar den Inhalt eines heiligen Buches seinem Gedächtnis einprägen würde, so solle er den Tod erleiden.

In der Kaste der Schudra hat das Elend und die Verachtung der Arbeit in Indien noch bei weitem nicht seine Grenze gefunden. Den größten Teil der Bauern hat dasselbe Los betroffen. Diese Kaste, einst die zahlreichste, ist durch stetige Belastung mit ungeheuren Wucherzinsen, die nach Manus Gesetz bis zu 60 pZt. betragen durften, häufig aber darüber noch hinausgingen (zu Anfang des neunzehnten Jahrhunderts betrugen sie 75 pZt.), ruiniert und in bitterste Armut gebracht worden. Ein Bauer, der seine Schulden nicht bezahlen konnte, verlor seine Selbständigkeit und wurde Sklave des Gläubigers.

Einen wahrhaft grauenhaften Charakter nahm die Verachtung und Vergewaltigung des menschlichen Rechts und der menschlichen Würde in Indien unter jener großen Menschenmasse an, die keiner Kaste zugeteilt war, den Parias, Nachkommen der Ureinwohner des Landes. Sie galten als Auswurf der Gesellschaft, als die unreinsten Geschöpfe des Erdbodens. Ihnen war strengstens verboten, sich in Städten oder Dörfern niederzulassen. Nur in Wäldern und Wüstenein durften sie hausen, und selbst da noch waren sie gezwungen, ihre elenden Hütten und Anpflanzungen mit Tiergerippen und -Schädeln einzufriedigen, um dadurch den Wanderer, der in ihre Nähe kam, zu warnen, daß er nicht mit ihnen zusammenstoße. Angehörige einer Kaste, die Speise von ihnen annahmen, wurden mit Ausstoßung aus der Kaste bestraft. Völlig rechtund schutzlos waren sie dem Vorurteil, dem Fanatismus, der Bosheit und der Brutalität preisgegeben; sie zu peinigen und zu ermorden war kein Verbrechen. Daß sie sich die Jahrtausende hindurch haben erhalten können, mag fast als ein Wunder erscheinen. Wohl ohne Unterbrechung sind große Massen von ihnen aus Mangel am Nötigsten elend umgekommen. Ihre geistige Erniedrigung war so groß, daß sie nie murrten, nie sich auflehnten gegen ihr entsetzliches Los. In ihnen war jedes Gefühl für Menschenrecht und Menschenwürde gewaltsam erstickt.

Einen ganz besonders starken Stützpunkt hatte die indische Sozialordnung in der Lehre von der Seelenwanderung. Die Erde war gedacht als Läuterungsort der Menschen. Nach den Lehren der Vedas ist die Seele zur Strafe mit einem menschlichen oder tierischen Körper verbunden und hat sie verschiedene Wanderungen durchzumachen, bis sie zur Erkenntnis Gottes gelangt ist. Erst die völlig geläuterten Seelen erreichen die ewige Seligkeit. Es sei, so geht die Veda-Lehre weiter, göttliche Bestimmung, als Priester, Brahmane, Kaufmann oder Bauer oder als Schudra geboren zu werden. Jeder habe sich auf die Erfüllung der Pflichten seiner Kaste zu beschränken, und jede Kaste habe ihre Pflichten lediglich als Buße zu betrachten. Es sei Frevel an der Gottheit, sich über seine Geburt in einer niederen Kaste zu beklagen, denn sie sei eine Folge der Taten seines früheren Lebens; doch befähige ihre treue Erfüllung der seiner Kaste auferlegten Pflichten, auf dem Wege der Seelenwanderung, in einer späteren Geburt selbst Angehöriger einer höheren Kaste zu werden. Der Glaube an die Seelenwanderung war der Trost der mißhandelten unteren Kaste und der Parias.

So stützte auch in Indien religiöser Wahn eine höchst ungerechte Sozialordnung, die Standes- und Klassenherrschaft.

Zum 1. Mai.

Die Bäume sprießen, und Vogelsang
ertönt durch die Wälder und Auen,
die Menschheit durchzittert ein heiliger Drang,
das Werk der Erlösung zu schauen.
Sie hat gehofft und geduldet, geharrt,
sie wurde vertröstet, man hat sie genarrt,
doch nunmehr stürmt sie erkenntnisklar
dem Lichte entgegen als kühne Schar.

Es hat sich entwunden Mutter Natur
den eisigen Fesseln des Frostes,
Die ehernen Zeiger der Weltenuhr
zerfrißt nicht der Zahn des Rostes,
auch hält sie ein Sterblicher niemals auf,
sie rücken stets fort in gemeß'nem Lauf
und zeigen beharrlich dem Menschengeschlecht
in göttlicher Hoheit den Weg zum Recht.

Gleich Frühlingswehen und Frühlingskraft
erfaßt es die Völker auf Erden,
kein Lavastrom ist es der Leidenschaft,
es ist ein gewaltiges Werden,
ein Wachsen hinein in eine Welt,
die nicht mehr die Habsucht zusammenhält,
wo Bruderliebe das höchste Gebot
und Sünde geboren wird nicht durch die Not.

Du herrliche Feier, o erster Mai,
Geburtstag der Völkerversöhnung!
Du erster gewaltiger Jubelschrei
nach endloser Knechtschaftsgewöhnung;
o Tag der Erkenntnis, daß unentwegt
der Heiland Geist unser Banner trägt
im Kampfe gegen die Lohnsklaverei,
gepriesen seist du, o Festtag im Mai!

Josef Hannich.

rend beide abwesend waren. Der Vater der Beiden hat freilich die Bücher der Söhne an die Christlichen ausgeständigt. Als sie erfuhren, daß ihre Mitgliedsbücher abgeholt seien, haben sie dieselben sofort zurückverlangt, aber vergeblich. Wir haben sogar telephonisch die Ausständigung der Mitgliedsbücher verlangt, auch das hat nichts genützt. Jetzt haben die Beiden die christlichen Bücher erhalten. . . . Die Kollegen wollen so schnell wie möglich wieder zu ihren Büchern kommen, denn sonst bleiben sie zu weit zurück. In Heppenheim an der Bergstraße ist ungefähr dasselbe mit dem Kollegen Franz F . . . . . passiert. Bei seiner Mutter ist auch sein Buch abgeholt worden. Trotz Verlangen wird dasselbe nicht wieder herausgegeben. Bis jetzt hat er aber noch kein Buch von den Christlichen. Mit bestem Gruß usw.

So sucht der christliche Bauarbeiterverband Mitglieder zu gewinnen! Aber selbst noch einige Wochen nach der Zeit, da die „Baugewerkschaft" in verschämter Scheinheiligkeit geschrieben hatte, sie könne an die von uns gemeldete unlautere Agitation ihrer Leute nicht glauben, trieben diese die von uns kritisierte Agitation ruhig fort. Und zwar suchten sie nicht nur deutsche Kollegen mit unsern „hohen" Beiträgen für den christlichen Verband zu gewinnen, sondern auch Ausländer sucht man mit der gleichen Agitationsmethode für sich zu angeln. Dafür ist folgendes Schreiben charakteristisch, das wir von vier Italienern aus Trier erhielten:

Am 8. April haben wir bei der Firma Lamberti um Arbeit nachgesucht. Der Polier sagte uns, er brauche keine Arbeiter. Als wir die Baustelle verlassen wollten, trat uns ein unbekannter Mann entgegen, der uns fragte, ob wir Arbeit suchten und ob wir gewerkschaftlich organisiert seien. Als wir beide Fragen bejahten, verlangte der Mann, wir sollten ihm die Verbandsstatuten zeigen. Das taten wir gerne. Als er sah, daß wir alle vier im Deutschen Bauarbeiterverband organisiert waren, winkte er einem bis dahin bei Seite gebliebenen Mann zu (es stellte sich dann heraus, daß dieser der Lokalsekretär der Christlichen in Trier war). Der kam näher und der andere sagte ihm leise, aber doch so, daß wir es hören konnten: „Du, die sind im roten Verband." Hierauf sagten uns die beiden Christenbrüder im wesentlichen folgendes: „Es wäre besser, wenn ihr Italiener die freie Organisation verlassen und der christlichen beitreten würdet. Die beiden Organisationen sind einig und rücken zusammen vor. Es gibt keinen Streit zwischen ihnen. Im freien Verband müßt Ihr aber 90 ₰ pro Woche bezahlen, während der christliche Verband einen Beitrag von bloß 75 ₰ erhebt. Ihr Ausländer habt kein Interesse daran, soviel zu bezahlen, um so mehr, als ihr alle Jahre nach Italien zurückkehrt und somit von der versprochenen Arbeitslosenunterstützung keinen Pfennig erhaltet. Hier in Trier haben wir in unserm Verband mehr als 800 Mitglieder. Die Macht liegt also in unsern Händen, während die Freien eine unansehnliche Minorität bilden. Heute abend kommt in unser Vereinslokal und Ihr werdet unsere Bücher erhalten." Einer von uns fragte den Christen: „Wenn wir dem christlichen Verband beitreten, wird uns Arbeit angewiesen?" Die beiden schauten sich gegenseitig an, dann nach einer kurzen Pause antworteten sie: „Ja". Wir hatten die Frage bloß aus Neugierde gestellt, denn wir bleiben unter allen Umständen unserer Fahne treu. Aber wir waren verblüfft zu konstatieren, mit welchen Mitteln die Christen versuchen, Mitglieder zu erwerben.

Ist das, liebe „Baugewerkschaft", keine unlautere Agitation? Glaubst du, daß wir uns solche Dinge stillschweigend gefallen lassen sollten, nur weil unser Verband größer ist als der christliche Bauarbeiterverband? Dann bist du auf dem Holzwege! So viel Selbstverleugnung besitzen wir allerdings nicht. Und deshalb, nicht aber aus dem von dir wider besseres Wissen vorgeschobenen Grunde, war unser Flugblatt nötig. Es war auch nötig zur Aufklärung der von den christlichen Agitatoren verbreiteten Unwahrheiten über unsern Verband. Da will es wenig besagen, wenn dem Verfasser unseres Flugblattes insofern ein untergeordneter Irrtum unterlaufen ist, daß er die Unterstützungssätze, die der christliche Verband bei Streiks vor Zurücklegung der halbjährigen Mitgliedschaft zahlt, als die Sätze angenommen hat, die er nach der halbjährigen Mitgliedschaft zahlt. An der Tatsache, daß die Unterstützungssätze im Deutschen Bauarbeiterverbande höher sind als im christlichen, ändert das doch nichts. Auch die Tatsache, daß in unserm Flugblatt die Einnahmen des christlichen Verbandes im Jahre 1912 auf ℳ 803 407,51 angegeben sind, während sie nach der „Baugewerkschaft" ℳ 1 026 042,26 betragen, ändert nichts daran, daß die Einnahmen unseres Verbandes rund neunmal höher waren als die des christlichen. In der „Baugewerkschaft" waren seinerzeit die Reineinnahmen der Zentralkasse in der Höhe angegeben, wie in unserm Flugblatt gesagt ist. Vermutlich hat es der Verfasser in der Eile, mit der das Flugblatt geschrieben werden mußte, übersehen, daß es sich hier nur um die Einnahmen der Zentralkasse handelte. Dann hat die „Baugewerkschaft" noch entdeckt, daß unser Flugblatt als Einnahme unseres Verbandes ℳ 224 873 mehr angibt als das „Correspondenzblatt der Generalkommission". Hier scheint es dem Artikelschreiber in der „Baugewerkschaft" ebenso gegangen zu sein wie dem Verfasser unseres Flugblattes; er hat sich nicht die Zeit genommen, unsere Einnahmen genau nachzuprüfen. Sonst hätte er gefunden, daß im „Correspondenzblatt" lediglich das übertragene Vermögen des ehemaligen Stukkateurverbandes und ℳ 3000 vom Verband der Glaser zurückgezahlte Kapitalien nicht als Einnahme verbucht worden sind, die in unserer Abrechnung als Einnahmen gebucht sind. Oder hat das etwa der Artikelschreiber gewußt und sich nur unwissend gestellt, um einen Widerspruch zu simulieren? Da er so tut, als ob die obengenannten unwesentlichen Irrtümer absichtlich in unser Flugblatt hineingebracht wären, muß man ihm das zutrauen!

Nun gibt uns die „Baugewerkschaft" großmütig Redefreiheit, damit wir nachweisen können, wieso die christlichen Agitatoren ein robustes Gewissen haben und wo sie irgend etwas getan haben, das man vor der Oeffentlichkeit nicht mit gutem Gewissen verantworten kann. In demselben Artikel bringt sie folgenden Satz: „Es ist einzig dastehend innerhalb der baugewerblichen Organisationen, daß eine Organisation aus agitatorischen Gründen sich speziell an die Mitglieder einer andern Organisation wendet." Das wagt die „Baugewerkschaft" zu sagen, obwohl sich die christlichen Agitatoren in diesem Frühjahr in diesen Gebieten direkt an unsere Mitglieder gewandt haben, um sie zum Uebertritt in den christlichen Verband zu bewegen. Aus Frankfurt a. M. wurde uns zum Beispiel mitgeteilt: „In letzter Zeit haben sich die christlichen Vorstandsmitglieder in unsern Zahlstellen Neuenhain, Cronberg und auch im Zweigverein Bad Orb an unsere Mitglieder gewandt, um sie zum Uebertritt zu bewegen. Wegen Bad Orb haben wir den christlichen Lokalbeamten Wilhelm Gerst von hier zur Rede gestellt. Ganz dreist erwiderte Gerst, daß er sich dies auch in Zukunft von uns nicht verbieten lassen würde." So sieht die „Wahrheit" der „Baugewerkschaft" aus!

Aber die Wahrheitsliebe der „Baugewerkschaft" läßt sich noch besser illustrieren. Vor uns liegt ein durch Druck vervielfältigter Brief, ein kleines Flugblatt, das seinerzeit unsern Frankfurter Kollegen zugestellt worden ist. Dieser Brief enthält folgende Einleitung:

Werter Kollege! Ich erlaube mir, in einer sehr wichtigen Organisationsfrage mich an Dich zu wenden. Es ist mir bekannt, daß Du bis zur Stunde der freien Gewerkschaft angehörst, und mögen die Gründe, die Dich seinerzeit in diese Organisation hineingeführt haben, die gewesen sein, Deine Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Das ist durchaus anzuerkennen und sollte dies auch nur die eigentliche Tätigkeit der Gewerkschaften sein. Jedenfalls wirst Du nun aber schon bemerkt haben, daß die freie Gewerkschaft keine Neutralität, weder nach der politischen noch nach der religiösen Seite hin bewahrt hat, und daß aus diesem Grunde sich christliche Organisationen gebildet haben.

Weiter werden dann in dem Brief dieselben verlogenen Behauptungen aufgestellt, die jetzt in der „Baugewerkschaft" ihre Auferstehung feiern: Die freie Gewerkschaft gehört zur Sozialdemokratie, das hat der Mannheimer Parteitag beschlossen. (!!) Die Ueberzeugung der Arbeiter, die nicht zur sozialdemokratischen Partei gehören, wird in den freien Gewerkschaften „bei jeder Gelegenheit in den Kot herabgezogen". Die freien Gewerkschaften sind religionsfeindlich. Ihre Organe hetzen gegen die Religion, und was dergleichen Albernheiten mehr sind. An unsere Mitglieder richtete der Briefschreiber die Frage, „ob Du noch länger in einem Verband bleiben willst, der Deine Ueberzeugung auch nicht im entferntesten respektiert? Du bezahlst Deine Beiträge in jenen Verband und mußt mit Hilfe Deines eigenen Geldes Deine Ueberzeugung beschimpfen lassen." Die christlichen Gewerkschaften aber sind „politisch frei, sie gehören keiner Partei an und sind interkonfessionell, das heißt, sie gehören keiner bestimmten Religion an" usw. Den Briefen waren Aufnahmescheine des christlichen Verbandes beigelegt, mit der Bemerkung, daß sie kommenden Sonntag vom Vertrauensmann des christlichen Verbandes in den Wohnungen unserer Mitglieder abgeholt werden würden.

Und wer war der Briefschreiber?

Der Brief ist unterzeichnet:

Jos. Becker,
Bezirksvorsitzender für Mitteldeutschland des Zentralverbandes christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands, Trierische Gasse 8, Frankfurt a. M.

Das ist derselbe Jos. Becker, der jetzt in der „Baugewerkschaft" die Behauptung aufzustellen wagt, es sei „einzig dastehend innerhalb der baugewerblichen Organisationen, daß eine Organisation aus organisatorischen Gründen sich speziell an die Mitglieder einer andern Organisation wendet", und der uns und unsern Verbandsvorstand auffordert, bei der Wahrheit zu bleiben. Sollen wir dieses Gebaren, zu dem man nach Ansicht der „Baugewerkschaft" offenbar kein „robustes Gewissen" braucht, noch besonders kritisieren? Wir denken, daß das überflüssig ist!

Im übrigen ist der Artikel der „Baugewerkschaft" ein gar armseliges Produkt. Die „Baugewerkschaft" vermag gegen das in unserm Flugblatt Gesagte absolut nichts Sachliches zu erwidern. „Das gesteht sie selbst ein, indem sie schreibt:

Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes will sich mit dem christlichen Bauarbeiterverband aber auch nicht über das auseinandersetzen, was in seinen Reihen die Unzufriedenheit hervorgerufen hat, sondern über etwas anderes, und zwar über etwas grundsätzlicher Natur. Das glauben wir aus dem Artikel des „Grundstein" herauszulesen, und dafür ist das Flugblatt ja selbst der beste Beweis. Aber dazu gehört doch das Einverständnis dieses Dritten. Er müßte geradezu ein Kindskopf sein, wenn er sich darauf einließe; er ist doch nicht dafür da, um die Geschäfte des andern zu besorgen.

Sie sieht also ein, daß sie mit einer sachlichen und grundsätzlichen Auseinandersetzung nicht zu Rande käme und unsere Geschäfte besorgte. Deshalb läßt sie sich auf eine solche Auseinandersetzung gar nicht erst ein. Sie sucht aber die Sachlichkeit durch Pöbelei und durch persönliche Angriffe zu ersetzen. Den Verfasser unseres Flugblattes nennt sie geschmackvoll einen schamlosen Tropf mit robustem Gewissen, einen Burschen, von dem es sich leicht trägt, des Arbeiterverrats beschuldigt zu werden usw. Man braucht das nicht allzu tragisch zu nehmen; denn niemand kann über seine eigene Natur und seinen Charakter hinaus, und niemand kann mehr geben als in ihm steckt. Darum wollen wir der „Baugewerkschaft" ihre Pöbelei verzeihen!

Die Unfälle bei den Betriebsstätten im Jahre 1912.

Die Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften, die alljährlich im Heft 1 der „Amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamts" veröffentlicht werden, sind für 1912 sehr spät, erst anfangs März 1914, herausgegeben worden. Der Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts (Heft 2) ging dem voraus. Das ist ungehörig und rücksichtslos und zeigt so recht die Mißachtung und das mangelnde Interesse der amtlichen Kreise am Arbeiterschutz. Die Verhandlungen in den Parlamenten, und besonders im Reichstage, gingen ohne dieses Material vor sich. Zu dem Etat „Reichsamt des Innern" und besonders zur Position „Reichsversicherungsamt" gehört zur Beurteilung darüber, ob und wieweit die einschlägigen Sozialgesetze eine Wirkung zur Entwicklung des Arbeiterschutzes aufzuweisen haben, zweifellos auch dieses Zahlenmaterial. Die Parteien des Reichstages und der Einzellandtage sollten sich eine derartige Behandlung von den in Betracht kommenden amtlichen Kreisen nicht gefallen lassen. Das wäre zur Herausgabe dieser Druckschrift zu sagen. Im übrigen leidet diese Statistik auch noch an einigen auffälligen Mängeln und Unterlassungen, die wiederholt im Reichstage gerügt und besprochen worden sind. Vor allem: Warum unterläßt man Zahlenangaben mit Relativberechnung von der Unfallbelastung der Einzelberufe oder der Spezialarbeiter der verschiedenen Gewerbegruppen? Das Reichsversicherungsamt hat in der „Gewerbestatistik für 1907" zum ersten Male eine solche Aufstellung gegeben, die bei allen Mängeln doch dankbar begrüßt wurde. Diese Statistik, die in neuerer Zeit schon bei den Baugewerksberufsgenossenschaften mehr entwickelt wird, wäre weiter auszubauen und nicht alle zehn Jahre, sondern alljährlich in den berufsgenossenschaftlichen Rechnungslegungen mit aufzuführen.

Als weitere wichtige Frage käme hierbei die Feststellung in Betracht, ob der eingelne Verletzte zur Zeit des Unfalls oder vorher an einer Krankheit leidet oder gelitten hat. In Betracht kommt weiter die Genesungszeit, wobei die sozialen Verhältnisse den Arbeiter oft zwingen, gegen sich selbst zu handeln. In Verbindung mit den Krankenkassen könnte es nicht schwer fallen, hierüber den Schleier zu lüften. Weiter wäre zur „Psychologie der Unfälle" eine Frage, die in neuerer Zeit vielfach erörtert wird, von großem Interesse, nämlich zu wissen, ob der Verletzte vor dem Unfall längere Zeit arbeitslos gewesen ist, oder ob zur Zeit des Unfalls berufliche Arbeitslosigkeit herrschte. Daß Krankheit und wirtschaftliche Not die Disposition zu Unfällen erhöhen, wird in den Kreisen der Sozialpolitiker viel zu wenig beachtet. Die Ausgestaltung der amtlichen Statistik nach der Richtung hin würde dazu beitragen, die Kenntnisse von dem Wesen der Unfälle bedeutend zu erweitern. Der Zusammenhang der Berufskrankheiten und der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter mit den Betriebsunfällen und der Unfallverhütung wird dadurch offenkundiger, zugleich aber auch dahin wirken, daß die Regierungen, die Berufsgenossenschaften und zweifellos auch die Unternehmer begreifen lernen müssen, daß zur wirksamen Gestaltung des Arbeiterschutzes zusammenhängende Maßnahmen notwendig sind.

15 14 13 12 11 10 9 8 7 6
mikrofilm service münster
g. gutt KG essen + köln
g. gutt KG otto hahn straße 21 postfach 4102 49 4400 münster roxel

Die Unfälle im Baugewerbe zeigen 1912 gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme. Hierbei ist auch von Interesse die Verhältniszahl dieser Unfälle im Vergleich zu den bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften gemeldeten Unfällen. Die 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften verzeichneten 1911 520 229 Unfälle und 1912 547 700 Unfälle. Davon wurden 1911 70 428 und 1912 74 488 Unfälle entschädigt. Von den Unfällen, für die Entschädigung gezahlt wurde, entfielen 1911 5832 und 1912 6594 auf Tödlichverletzte. Auf 1000 Vollarbeiter entfielen 1911 60,12, 1912 60,78 Unfälle; 1911 8,14, 1912 8,27 entschädigte Unfälle; 1911 0,67 und 1912 0,73 Tödlichverletzte. Von diesen gewerblichen Unfällen entfielen auf die Baugewerks-Berufsgenossenschaften 1911 79 147 und 1912 79 158 Unfälle. Davon wurden 1911 18 490 Unfälle mit 1145 Tödlichverletzten und 1912 14 178 Unfälle mit 1265 Tödlichverletzten entschädigt.

In dem letzten Rechnungsjahre der Bauberufsgenossenschaften zeigte sich ein Rückgang der versicherten Personen und der Vollarbeiter. Darin kam auch die Wirkung der Baukrise zum Ausdruck. Der Niedergang der Arbeitsgelegenheit bildete auch im Jahre 1912 eine nicht zu unterschätzende Ursache zur Unfallhäufigkeit. Das starke Angebot von Arbeitskräften bei den Baubetriebsstätten lähmt die Willenskraft des einzelnen Arbeiters gegenüber der Schlamperei und den Unterlassungen der sich als Herren fühlenden Unternehmer. Zu der Gesamtzahl der gewerblichen Unfälle für 1912 erlaubt sich das Reichsversicherungsamt eine noch recht zu würdigende Bemerkung; es heißt hierzu: „Die Mitteilung aller Unfälle, die den Tod oder eine Erwerbsunfähigkeit des Verletzten von mehr als drei Tagen zur Folge haben, an ein Genossenschaftsorgan, ist zwar gesetzlich vorgeschrieben; ein Teil dieser Unfälle — der bei den einzelnen Berufsgenossenschaften bald größer, bald kleiner sein dürfte — wird aber trotzdem nicht zur Anmeldung gelangen, und es ist deshalb anzunehmen, daß die angegebenen Zahlen der Unfälle im allgemeinen noch hinter der Wirklichkeit zurückbleiben." — Auffällig zeigen sich die Zustände bei den Bauten durch die Zahlen bei einigen Berufsgenossenschaften; wobei auch die entschädigten Unfälle und Tödlichverletzten eine erschreckende Zunahme aufzuweisen haben. Im Vordergrunde stehen hier die Schlesisch-Posensche, Hessen-Nassauische, Rheinisch-Westfälische, Württembergische und Bayerische Baugewerks-Berufsgenossenschaft. Die Verhältnisse bei der Tiefbau-Berufsgenossenschaft sind zweifellos dazu angetan, zu jeder Zeit ein Eingreifen der Staatsgewalt zu rechtfertigen. Ein derartiges Vorgehen, bei dem die behördliche Aufsichtstätigkeit erweitert und entschlossener wahrgenommen werden müßte, liegt im Interesse der Berufsgenossenschaft selbst, die keineswegs in der Lage ist, hier durchgreifend etwas zu ändern. Das bei diesen Betrieben in Frage kommende Großunternehmertum beherrscht die indolente Masse der Beschäftigten, um jede geistige Regung zu unterdrücken.

Daß auch in Preußen die Dinge nicht rosig, sondern vielfach noch recht traurig liegen, davon wird sich der Minister der öffentlichen Arbeiten an der Hand dieser Zahlen sehr leicht überzeugen können. Aber es ist nicht zu leugnen, daß der Süden Deutschlands trotz jahrelanger Kämpfe um bessere Schutzverhältnisse bei den Bauten geradezu skandalöse Zustände aufzuweisen hat. In keinem Lande in Deutschland hat die Regierung derartig weitgehende dekretale Vollmachten zum Eingreifen, wie in Bayern und Württemberg. Das gleiche läßt sich auch von Baden sagen. Aber mit schönen Redensarten in den Landtagen lassen sich die ministeriellen Verordnungen nicht durchführen. In Bayern zeigt das „Ministerium der frommen Sitte und Moral" einen großen Eifer für den Schutz der Jesuiten, der Unternehmer und für alles, was sonst noch als „christlich" gilt, einzutreten, nur für den

Tabelle I. Vollarbeiter, Betriebe und Unfälle bei den Baugewerks-Berufsgenossenschaften mit den Versicherungsanstalten im Jahre 1912.

Laufende Nummer	Baugewerks-Berufsgenossenschaften usw.	Zahl der: Vollarbeiter	Betriebe	revisionsbedürftigen Betriebe und Regiebaubetriebe	technischen Aufsichtsbeamten	Zahl der Verletzten, für welche Unfallanzeigen erstattet wurden: Insgesamt	Auf 1000 Vollarbeiter 1912	Auf 1000 Vollarbeiter 1911	Zahl der Verletzten, für welche im Laufe des Rechnungsjahres zum ersten Male Entschädigungen gezahlt worden sind: Insgesamt	Auf 1000 Vollarbeiter 1912	Auf 1000 Vollarbeiter 1911	Folgen der Verletzungen: Tod	Dauernde Erwerbsunfähigkeit: völlige	teilweise	Vorübergehende Erwerbsunfähigkeit	Auf 1000 Vollarbeiter kommen Tödlichverletzte 1912	1911
1	Hamburgische	69 476	13 554	6 062	10	3 378	49,92	49,63	485	6,98	7,26	53	1	109	322	0,76	0,63
2	Nordöstliche	185 780	26 082	15 685	23	11 268	60,67	63,36	1 621	8,73	8,61	148	9	319	1145	0,80	0,79
3	Schlesisch-Posensche	100 651	9 373	8 492	6	5 491	54,55	56,05	1 084	10,77	9,61	101	1	174	808	1,00	0,74
4	Hannoversche	88 416	16 052	7 881	8	3 358	37,98	36,36	758	8,57	7,82	81	2	123	552	0,92	0,83
5	Magdeburgische	46 933	6 815	4 439	4	2 431	51,80	50,32	390	8,31	8,45	39	1	60	290	0,83	0,71
6	Sächsische	113 908	11 828	8 692	12	6 098	53,53	55,92	1 142	10,03	9,70	86	4	208	844	0,75	0,68
7	Thüringische	39 459	5 818	2 987	3	1 638	41,51	42,26	371	9,40	9,23	32	2	181	156	0,81	0,52
8	Hessen-Nassauische	66 357	14 850	6 469	14	3 594	54,16	53,00	543	8,18	7,96	58	2	136	347	0,87	0,60
9	Rheinisch-Westfälische	192 759	26 899	16 833	13	8 979	46,58	45,52	1 951	10,12	9,00	210	—	665	1076	1,09	1,02
10	Württembergische	37 669	9 711	5 534	3	1 870	49,64	46,41	667	17,70	14,23	46	—	316	305	1,22	0,88
11	Bayerische	92 895	14 895	11 105	18	7 251	78,06	72,95	1 427	15,36	15,79	67	10	319	1031	0,72	0,92
12	Südwestliche	57 058	11 101	7 111	12	3 527	61,81	60,04	653	11,44	12,68	54	3	156	440	0,95	0,97
13	Tiefbau-Berufsgenossenschaft	234 464	20 879	3 433	10	20 275	86,47	82,26	3 081	13,14	11,42	290	39	880	1872	1,24	1,07
	Zusammen ...	1 325 775	188 307	—	131	79 158	59,71	58,90	14 173	10,69	10,04	1265	74	3646	9188	0,95	0,85
	Staatliche Bauverwaltungen	—	—	—	—	2 216	56,66	54,84	304	7,77	7,71	29	7	76	182	0,99	0,88
	Provinzial- und Kommunal-Ausführungsbehörden ...	—	—	—	—	2 862	39,29	41,03	435	5,97	5,68	31	10	153	241	0,43	0,43
	Insgesamt ...	1 325 775	188 307	—	131	84 236	—	—	14 912	—	—	1335	91	3875	9611	—	—

Kosten für Unfallentschädigung, Unfallverhütung, Verwaltungskosten, Löhne und Entschädigungsbeträge bei den Baugewerks-Berufsgenossenschaften
Tabelle II. mit den Versicherungsanstalten im Jahre 1912.

Laufende Nummer	Baugewerks-Berufsgenossenschaften	Kosten für die Unfallverhütung: Für den Erlaß von Unfallverhütungsvorschriften ℳ ₰	Für Ueberwachung der Betriebe ℳ ₰	Auf 1000 Vollarbeiter kommen Kosten für die Ueberwachung der Betriebe ℳ ₰	Zahl der Revisionstage für betriebstechnische Besichtigungen	Auf 100 revisionsbedürftige Betriebe entfallen Revisionen	Allgemeine Verwaltungskosten ℳ ₰	Tatsächlich verdiente Löhne ℳ	Summe der Entschädigungsbeträge ℳ ₰
1	Hamburgische	— —	50 339 38	724 69	1701	335,05	196 819 54	93 901 026	1 157 158 92
2	Nordöstliche	531 30	98 432 45	529 98	3132½	255,02	620 632 73	251 865 678	3 567 747 62
3	Schlesisch-Posensche	95 95	31 174 47	309 73	1044½	149,31	184 862 —	102 755 917	1 451 094 10
4	Hannoversche	164 59	46 913 48	530 60	1676	383,49	275 080 07	103 668 907	1 221 174 03
5	Magdeburgische	22 60	26 522 78	565 14	855	134,39	108 934 93	54 203 429	724 639 65
6	Sächsische	40 30	47 695 92	418 72	1210½	147,86	246 936 88	150 088 898	1 789 277 31
7	Thüringische	10 75	16 360 70	414 63	440½	236,65	67 188 34	40 545 710	484 027 54
8	Hessen-Nassauische	644 —	56 329 34	847 38	2334	582,96	183 133 14	80 352 718	1 031 575 09
9	Rheinisch-Westfälische	741 03	67 073 83	347 97	2161½	191,05	365 972 57	252 847 245	3 111 967 08
10	Württembergische	696 95	17 430 30	469 72	560	111,99	100 688 69	45 870 515	703 211 69
11	Bayerische	— —	78 896 73	849 31	1082	171,42	477 254 61	106 913 099	2 228 920 80
12	Südwestliche	225 08	65 634 34	1150 80	1478	244,98	179 221 16	68 115 481	1 197 050 26
13	Tiefbau-Berufsgenossenschaft	55 30	108 461 37	462 59	1473	151,21	608 162 38	266 714 070	3 962 936 26
	Zusammen ...	3027 85	711 166 04	—|—	—	—	3 614 887 04	1 617 842 693	22 630 780 34

Tabelle III. Entschädigte Unfälle bei den Baugewerks-Berufsgenossenschaften mit den Versicherungsanstalten im Jahre 1912.
Betriebseinrichtungen und Vorgänge, bei welchen sich die Unfälle ereigneten.

Laufende Nummer	Baugewerks-Berufsgenossenschaften	Motoren, Transmissionen und Arbeitsmaschinen	Hebemaschinen (Fahrstühle, Aufzüge, Flaschenzüge, Winden, Kräne usw.)	Dampfkessel, Dampfrohrapparate, Dampfleitungen (Explosion und sonstige)	Sprengstoffe (Explosion von Pulver, Dynamit usw.)	Feuergefährliche, heiße und ätzende Stoffe (glühendes Metall, Gase, Dämpfe usw.)	Zusammenbruch, Einsturz, Heraus- und Umfallen von Gegenständen	Fall von Leitern, Treppen, aus Luken usw., in Vertiefungen, auf ebener Erde	Auf- und Abladen von Hand; Heben, Tragen usw.	Fuhrwerk (Ueberfahren, Abstürzen von Wagen und Karren aller Art usw.)	Eisenbahnbetrieb (Ueberfahren usw.)	Schiffahrt und Verkehr zu Wasser (Fall über Bord usw.)	Tiere (Stoß, Schlag, Biß usw.) einschließlich aller Unfälle beim Reiten	Handwerkszeug und einfache Geräte (Hämmer, Meißel, Beile, Haken, Spaten usw.)	Sonstige	Insgesamt
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
1	Hamburgische	34	19	1	3	9	131	128	57	21	6	—	3	31	47	485
2	Nordöstliche	123	57	—	11	70	275	552	271	74	33	1	12	105	37	1631
3	Schlesisch-Posensche	98	29	—	—	20	331	243	174	52	23	1	5	37	71	1084
4	Hannoversche	79	21	—	1	14	222	181	67	33	12	1	5	31	71	768
5	Magdeburgische	37	3	—	1	4	96	170	4	18	7	—	3	36	16	390
6	Sächsische	88	14	—	3	55	212	302	232	53	15	1	3	36	78	1142
7	Thüringische	61	2	—	—	5	52	122	36	22	3	3	3	22	40	371
8	Hessen-Nassauische	47	8	—	1	19	117	180	62	21	5	1	6	28	48	543
9	Rheinisch-Westfälische	116	63	—	16	47	658	606	183	73	64	—	9	121	43	1951
10	Württembergische	52	20	1	3	7	166	195	93	37	14	1	1	49	28	667
11	Bayerische	108	56	—	3	45	447	276	222	73	31	2	6	119	39	1427
12	Südwestliche	42	25	—	3	4	217	137	96	29	10	—	3	27	60	653
13	Tiefbau-Berufsgenossenschaft	85	109	6	41	25	637	387	441	196	826	34	23	248	93	3081
	Zusammen ...	970	426	8	86	324	3561	3474	1938	627	1069	45	82	890	673	14173

Arbeiterschutz auf Bauten haben die Männer dieser Regierung keine ernsten Maßnahmen übrig. Daß dieser Sumpf bis über die Landesgrenzen hinaus zum Gegenstand des Spottes wird, scheint dort wenig zu berühren. Während man sich dort sehr entrüstet fühlt, wenn die Tapferkeit der bayerischen Armee von den preußischen Bundesbrüdern angezweifelt wird, und dagegen langatmige Proteste vom Stapel läßt, schweigt man sich ruhig aus, wenn im preußischen Dreiklassenhause in geringschätziger Art über den Arbeiterschutz in Bayern gesprochen wird. — So was scheint die Herren in München weniger zu berühren. Mit den Zuständen bei den württembergischen Bauten hat sich Herr v. Breitenbach noch nicht beschäftigt; das kommt wahrscheinlich später — bei einer andern Gelegenheit. Zur Verwunderung könnte das keine Veranlassung geben. Das sind eben Vorgänge, wie sie sich aus dem ganzen Entwicklungsgang des Bauarbeiterschutzes in Deutschland herleiten lassen. Für die sozialdemokratischen Fraktionen der süddeutschen Landtage fällt damit jede Ursache zur optimistischen Betrachtung der Dinge. Es wird jetzt ein sehr ernstes Eingreifen mehr als dringende Pflicht. Darüber kann auch kein Zweifel mehr bestehen, daß die vorbezeichneten Zustände in Süddeutschland eine Gefahr für die weitere Entwicklung des Bauarbeiterschutzes bedeuten. Daher wird es die Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisationen sein müssen, durch eine außergewöhnliche Aktion entschlossen einzugreifen, um dadurch die Regierungen an ihre vornehmsten Aufgaben zu erinnern. Von den Berufsgenossenschaften haben die Arbeiter, wie die Erfahrungen lehren, wenig zu erwarten, die stehen diesen Zuständen selbst willenlos gegenüber. Hier muß wieder die Selbsthilfe der Arbeiter einsetzen.

Die Zahl der technischen Aufsichtsbeamten bei den Baugewerks-Berufsgenossenschaften ist im Jahre 1912 von 123 auf 131 gestiegen. Wie unterschiedlich diese Berufsgenossenschaften die Unfallverhütung wahrnehmen, das zeigen auffällig die Ausgaben für die Ueberwachung der Betriebe. Die verhältnismäßig niedrigste Ausgabe gestattet sich hierfür die Schlesisch-Posensche Baugewerks-Berufsgenossenschaft, wahrscheinlich, weil in Schlesien und Posen außergewöhnlich „gute" Zustände an den Bauten bestehen. Wir unterschätzen die Aufsichtstätigkeit dieser Genossenschaften keineswegs, aber darüber sollten sich die leitenden Personen klar sein, daß auf die Dauer ein derartiger Zustand nicht haltbar ist. Im Interesse der Versicherten und der Berufsgenossenschaften müßte einmütig eine gut organisierte amtliche Bauaufsicht gefordert werden. Dieses Ziel ist nach der ganzen Situation zu erreichen. Denn wenn man sich dieser Erkenntnis auch bei den Berufsgenossenschaften nicht mehr verschließen kann, wird es auch nicht schwer halten, die übrigen Forderungen der Arbeiter zur Unfallverhütung sachlich zu prüfen. Die Frage der Beteiligung der Arbeiter bei der amtlichen Baubeaufsichtigung als Baukontrolleure, ist nicht vom parteipolitischen Standpunkt aus zu prüfen, sondern es ist eine Forderung der Praxis, der Gerechtigkeit, der Humanität und des Menschenglücks. Eine derartige Reform der Unfallverhütung muß, wie jetzt schon zu erkennen ist, dazu angetan sein, die großen Summen von Unglück und Elend im Baugewerbe beträchtlich einzuschränken.

G. H.

Bauarbeiterbewegung.

Deutscher Bauarbeiterverband.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Vereinbarung zwischen dem Verband der italienischen Landarbeiterorganisationen und dem Deutschen Bauarbeiterverband.

1. Mitglieder des Verbandes der italienischen Landarbeiterorganisationen, die nach Deutschland auswandern und in Hoch- oder Tiefbaubetrieben Beschäftigung finden, sollen von ihrem Verband verpflichtet werden, sich auf die Dauer ihrer baugewerblichen Beschäftigung in Deutschland dem Deutschen Bauarbeiterverband anzuschließen.

2. Der Deutsche Bauarbeiterverband verpflichtet sich, die Mitglieder des italienischen Landarbeiterverbands unentgeltlich (ohne Eintrittsgebühr) aufzunehmen, wenn sie

a) durch eine Legitimation (Mitgliedsbuch) nachweisen, daß sie bis zum Tage der Abreise aus Italien ihren Verpflichtungen gegenüber der italienischen Organisation nachgekommen sind,

b) sich spätestens zwei Wochen nach Beginn der Arbeit in Deutschland bei dem zuständigen Zweigverein des Deutschen Bauarbeiterverbandes zur Mitgliedschaft anmelden.

3. Die auswandernden Mitglieder des italienischen Landarbeiterverbandes müssen mit einem einheitlichen, von dem Verbande herausgegebenen Mitgliedsbuche* versehen sein. Aus dem Mitgliedsbuche muß ersichtlich sein, wann sich das Mitglied in Italien abgemeldet und bis zu welchem Zeitpunkt (Monat oder Woche) es Beiträge gezahlt hat. Die Beiträge müssen durch Marken quittiert sein.

4. Mit dem Uebertritt in den Deutschen Bauarbeiterverband und auf die Dauer der Beschäftigung im Baugewerbe innerhalb des Deutschen Reiches unterstehen die Mitglieder des italienischen Landarbeiterverbandes dem Statut des Deutschen Bauarbeiterverbandes in allen Stücken.

5. Die im Deutschen Bauarbeiterverband gezahlten Beiträge und die dadurch erworbenen Rechte sollen den hier bezeichneten Mitgliedern erhalten bleiben, wenn sie

a) sich vor ihrer Rückkehr nach Italien bei dem Zweigverein des deutschen Arbeitsortes abmelden (die Abmeldung ist im Mitgliedsbuche zu bestätigen) und innerhalb eines Zeitraumes von 52 Wochen nach Deutschland zur Arbeit im Baugewerbe zurückkehren,

b) während ihres Aufenthalts in Italien im Landarbeiterverband Beiträge gezahlt und sich vor ihrer Abreise nach Deutschland wieder ordnungsmäßig abgemeldet haben.

6. Unterstützungen zahlt der Deutsche Bauarbeiterverband nur auf Grund der bei ihm gezahlten Beiträge; die im italienischen Landarbeiterverband gezahlten Beiträge kommen hierfür nicht in Frage.

* In diesem Jahre benutzt der italienische Landarbeiterverband die Mitgliedsbücher des italienischen Bauarbeiterverbandes; diese Bücher sind mit dem Stempel des Landarbeiterverbandes versehen. Später gibt der italienische Landarbeiterverband eigene Bücher heraus.

Kartellvertrag mit dem Verband der Land-, Wald- und Weinbergsarbeiter.

Unter Zustimmung des Verbandsvorstandes der Land-, Wald- und Weinbergsarbeiter gilt, infolge der Abänderung unseres Statuts bezüglich der Beitragszahlung, der bisherige Absatz 6 des Kartellvertrages für aufgehoben. Der Absatz lautet:

„In Orten und Bezirken, wo baugewerbliche Arbeiter mit einer gewissen Regelmäßigkeit während der Wintermonate Arbeiten (Waldarbeit usw.) ausführen, für die der Verband der Land-, Wald- und Weinbergsarbeiter zuständig ist, gelten für die Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes folgende Bestimmungen:

a) Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes, die frühestens am 15. Oktober eine Beschäftigung in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben aufnehmen und diese spätestens am 15. März aufgeben, sollen vor dem 1. Dezember nicht zum Uebertritt in den Verband der Land-, Wald- und Weinbergsarbeiter angehalten werden und haben das Recht, mit dem 1. März in den Deutschen Bauarbeiterverband wieder überzutreten.

b) Voraussetzung für diese Ausnahme von den allgemeinen Uebertrittsbedingungen ist, daß die betreffenden Mitglieder ihre Beiträge im Deutschen Bauarbeiterverband bis Ende November voll bezahlt haben und in der ersten Märzwoche wieder mit der Beitragszahlung im Deutschen Bauarbeiterverband beginnen. Diese Pflichterfüllung ist durch Mitgliedsbuch des Deutschen Bauarbeiterverbandes bei dem Verband der Land-, Wald- und Weinbergsarbeiter nachzuweisen.

c) Während der Monate Dezember, Januar und Februar sollen die in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes der vollständigen Direktive des Verbandes der Land-, Wald- und Weinbergsarbeiter unterstehen, die von diesem Verbande festzusetzenden Pflichten erfüllen und Anspruch auf die von ihm zu gewährenden Rechte haben.

d) Mitgliedern, die solchermaßen ihre Pflicht im Deutschen Bauarbeiterverband und im Verband der Land-, Wald- und Weinbergsarbeiter erfüllen, gewährleistet der Deutsche Bauarbeiterverband die in diesem Verband erworbenen Rechte, soweit ihre Gewährung nicht ganz oder zum Teil als Pflicht auf den Verband der Land-, Wald- und Weinbergsarbeiter übergegangen ist. (Beihilfe in Krankheits- und Sterbefällen, abzüglich der vom Verband der Land-, Wald- und Weinbergsarbeiter gezahlten Unterstützung.)

Ueber den Wechsel in der Beschäftigung der Mitglieder, über Pflichterfüllung und Unterstützungsfälle haben sich die Verwaltungen der beiderseitigen örtlichen Organisationen baldmöglichst Mitteilung zu machen. Die Mitgliedsbücher beider Verbände bleiben im Besitz der Mitglieder."

Achtung, Reiseunterstützung! Es ist wiederholt vorgekommen, daß die Auszahler der Reiseunterstützung den vorgedruckten Wert der Quittungen in den Reiseblocks willkürlich veränderten. So zum Beispiel haben einige Auszahler aus einer Quittung von ℳ 1 eine solche über ℳ 2 und ℳ 3 gemacht, andere haben aus einer Quittung über 10 ₰ eine solche von ℳ 1 und ℳ 1,50 gemacht. Diese Aenderungen sind unzulässig, weil dadurch der Wert des Reiseblocks eventuell um das mehrfache erhöht werden kann. Jeder reisende Kollege hat nur Anspruch auf Reiseunterstützung in der Höhe, wie sie auf den Quittungen **vorgedruckt** ist.

Wir machen noch besonders darauf aufmerksam, daß die Quittungen von der Hauptkasse nur in der ursprünglichen Höhe angerechnet werden und das Mehr von den Lokalkassen gedeckt werden muß.

Ausgeschlossen ist auf Grund § 22 Abs. 2 des Statuts vom Zweigverein Wismar: Hermann Eilitz, geboren am 13. Dezember 1865 zu Luckenwalde, eingetreten am 6. Mai 1911 (Verb.-Nr. 323 463).

Die Namen der Kollegen, die wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekanntgegeben.

Aufgefordert, seinen Verpflichtungen nachzukommen, wird vom Zweigverein Barth i. P. der Maurer A. Ernst, geboren am 13. Dezember 1890 zu Hamburg, eingetreten am 26. Februar 1911.

Zweckdienliche Mitteilungen bitten wir an den Vorsitzenden des betreffenden Zweigvereins gelangen zu lassen.

Vom 12. bis 19. April haben folgende Zweigvereine Geld an die Hauptkasse gesandt: Amberg ℳ 121,23, Annaberg 258,35, Aschim 77,50, Aue 746,85, Aulkamm 411,78, Altrahlstedt 312,72, Alten 179,78, Altstedt 65,69, Apenrade 321,40, Aurich 174,74, Ansbach 5,51, Altdamm 297,92, Augerburg 381,99, Blankenburg a. Harz 856,97, Bartenstein 247,40, Burg i. D. 179,79, Bramsche 130,65, Bürgel 123,50, Boot 96,49, Biere 63,40, Brüssow 51,20, Bochum 1481,41, Buxtehude 743, Barmstedt 148,59, Bublitz 74,55, Bithow 50,50, Beizig 32,95, Bielefeld 2407,26, Barth 219,97, Bunglau 148,73, Bremervörde 125,44, Brake 54,54, Brandenburg 1137,08, Boizenburg 537,74, Brunsbüttelkoog 417,95, Borna 249,90, Bütow 15, Cöthen 600, Cochstedt 3,75, Cuxhaven 568,05, Caputh 225,25, Cunewalde 127,83, Clötze 67,26, Cönnern 64,85, Crossen a. d. Elster 57,26, Camburg 27,20, Crivitz 28,86, Cöln 1642,99, Coblenz 1193,92, Cottbus 147,72, Chemnitz 6612,75, Dessau 580,11, Delmenhorst 847,26, Doberan 256,71, Düben 93,60, Dommitzsch 63,76, Dahlen 2,49, Droyßig 156,68, Dargun 94,50, Dahme 9,20, Dömitz 5,41, Duisburg 798,35, Dirschel 25,85, Deutsch-Krassewitz 214,45, Düsseldorf 3114,47, Döbeln 457,14, Duisburg 50, Deggendorf 18,88, Emden 2120,13, Elmshorn 631,09, Eggesin 61,28, Eisenberg 53,74, Elster 20,45, Emden 7,14, Ebstorf 4,80, Erlangen 220,90, Friedland i. M. 155,60, Flöha 334,30, Freiburg i. Schl. 191,96, Flensburg 104,39, Fraustadt 88,55, Freistadt 22,25, Fiddichow 20,50, Fürstenberg i. Mecklbg. 91,57, Fürstenwalde 26,86, Franzburg 4,33, Frankenberg i. S. 349,40, Freiberg i. S. 56,10, Frankenhausen 273,50, Fallersleben 114,10, Friedrichstadt 7,80, Grudenz 1589,16, Gladbeck 985,47, Grabow 208,10, Gardelegen 185,65, Großhabersdorf 48,23, Gräfenthal 47,05, Greifswald 324,11, Grömitz 276,10, Greves-Mühlen 228,16, Gerswalde 156,05, Gartz a. d. O. 148,35, Gräfenhainichen 140,80, Großwig 135,95, Groß-Wokern 77,20, Groß-Rhüden 57,14, Groß-Freden 5,50, Görlitz 381,51, Gelsenkirchen 1962,67, Grimma 434,50, Goslar 899,36, Gransee 264,41, Gronau 124, Goldberg i. Schlesien 190,67, Geyer 111,26, Geithain 47,45, Hamm i. W. 1017,16, Hohenstein 466,40, Hildburghausen 60,36, Heltstedt 32,55, Hameln 968,50, Hörste 786,78, Hadersleben 346,43, Hagenau i. E. 158,09, Husum 104,72, Hersbruck 161,14, Hartha 160,50, Horst i. Holst. 145,70, Hüttenrode 95,50, Höyerswerder 87,39, Hammer b. W. 77,10, Hammer b. S. 37,10, Heinrichswalde 30,77, Hammelstall 12,54, Holtenau 208,88, Hammerstein 74,55, Heickendorf 28,92, Heilbronn 700, Haynau 464,74, Halberstadt 264,53, Hagen i. W. 291,32, Hagenow i. M. 224,99, Hann.-Münden 148,30, Herford 46,92, Jesnitz 281, Jena 1100, Jerichow 101,60, Jahnick 2,66, Jessen 358,03, Kampiten 262,25, Kappeln 177,70, Keuschberg 154,75, Kolzig 42,59, Kulmbach 163,72, Kayna 162,25, Krausnick 39,70, Kahla 344,17, Kellinghusen 171,60, Kandrzin 36,65, Kiel 3390,85, Kattowitz 150,91, Langelsheim 269,10, Lützen 95,58, Lotz —,80, Leisnig 285,08, Leer 228,30, Luchen 273,59, Limbach i. S. 155, Lancka 66,42, Langenbielau 28,40, Lüdenscheid 10,11, Leipzig 9833,86, Landsberg a. d. W. 636,58, Limburg 481, Lübz i. M. 283,56, Luckenwalde 245,11, Löhne 222,91, Lörrach 216, Lehnte 187,66, Lübeck 2691,04, Liegnitz 349,90, Lauenburg a. d. E. 139,60, Lengenfeld 134,24, Lochau 97,25, Landeshut i. Schl. 78,77, Lucka 18,82, Lübbecke 8,13, Lauterberg a. H. 3,65, Löhen 819,24, Loosen 144,80, Langensalza 142,51, Lützenburg 102,04, Lauenburg i. P. 181,87, Langenwetzendorf 118,76, Mittweida 640,51, Memel 41,06, Markranstädt 363,11, Melle 242,60, Malchin 69,65, Meldorf 1, Meuselwitz 640,03, Münster 257,91, Mylau 58,78, Mühldorf 37,83, Misdroy 5,79, Meißen 688,76, Mannheim 3941,71, Marne 397,68, Mühlberg 92,60, Münster i. W. 361,57, Moorburg 225,75, Neubuckow 291,77, Nordenham 269,23, Nassentinerhütte 241,34, Nienburg a. d. S. 216,60, Neubrandenburg 177,60, Nienburg a. d. W. 154,26, Neusalz 143,17, Neu-Ruppin 114,60, Nierdorf 116,50, Nikolaiken 87,30, Neumarkt 76,75, Neuhaldensleben 564,25, Norden 305,59, Neustettin 230,90, Nimpsch 126,43, Naumhof 57,03, Naumburg a. d. S. 812,43, Neustadt a. H. 460,78, Neudamm 304,48, Neukloster 27,24, Oschatz 283,97, Oberberg 217,46, Osterwieck 96, Ochsenzoll 239,48, Osterholz-Scharmbeck 1177,90, Osterode a. H. 456,20, Ohlau 169,60, Oldenburg i. Gr. 1391,02, Oberehnheim 61,39, Osmünde 29,35, Ohlstedt 402,60, Pretzsch 64,33, Pößneck 495,10, Preetz 160,70, Plön 138,90, Pfeffchen 70,34, Pasewalk 35, Paaren 5,40, Prien 14,60, Plauen i. V. 1212,47, Potsdam 720,83, Perleberg 141,67, Plessa 48,77, Pritzwalk 18,50, Pforzheim 1865,15, Pölitz 281,55, Quakenbrück 145,54, Rastenburg 258,81, Rolenburg b. Hannover 342,95, Richtenberg 53,05, Rügenwalde 46,50, Rostock 481,44, Remscheid 332,78, Reinnersdorf 333,30, Regensburg 106,01, Ragulyn 137,05, Reinfeld 115,50, Riesenburg 38,60, Roitzsch 17,50, Rothenburg a. d. Tauber 10,70, Roßwein 224,60, Regis 92,95, Rothemühl 4,60, Reichenhall 174,79, Reichenbach i. V. 78,46, Roda 88,69, Röbel 58,75, Rethem 56,78, Reinbeck 455,57, Rathenow 341,85, Ronneburg 300,29, Rudolstadt 20,57, Riesa 1114, Nahleburg 100, Sprottau 131,65, Salzungen 100,17, Speyer 618,80, Swinemünde 599, Steinach 402,25, Sagan 362,88, Spandau 299,35, Salzwedel 282,58, Schmölln 263,50, Stade 237,79, Seehausen (Wanzl.) 230,80, Schnellen 223,96, Schleitstadt 176,16, Seehausen i. Altm. 145,85, Schakensleben 139,10, Sternberg 81,40, Schrobenhausen 54,60, Schwedt 49,90, Schöneck 49,75, Strahla 32, Samotschin 29,10, Salzungen 27,65, Schwarmstedt 25,83, Senftenberg 1028,66, Striegau 490,10, Schlotheim 168,45, Sensburg 120,04, Schönberg i. M. 86,81, Segeberg 81,97, Sulingen 36,36, Stadthagen 28,95, Schönlanke 28, Seyda 22,25, Sargard 1,50, Schweinfurt 600, Sachwitz 224,06, Saarmund 221,77, Schwarlau 200,23, Sarstedt 178,20, Stelle 151,70, Schwabach 73,61, Stettin 2200, Schwetzingen 513,32, Schleudit 394,04, Schöningen 300,90, Schopfloch 176,51, Schönebeck 167,27, Schwaan 154,01, Scherrebeck 62,21, Siel 58,20, Stahfurt 859, Strehlen 273,86, Stendal 226,90, Sorau 199,17, Tilsit 905,07, Teterow 267,70, Trebnitz 186,20, Taulenhain 125, Treptow a. d. T. 40,22, Trebitz 37,80, Triebes 26,30, Trachenberg 9,66, Tönning 21,20, Teuchern 232,99, Torgelow 144,09, Tessin 109,50, Treptow a. d. Rega 108,78, Templin 26,77, Tribsees 12,90, Tangerhütte 117,60, Treuenbrietzen 107,99, Todendorf 17,04, Taucha 481, Unna 152,62, Uelzen 114,99, Uetersen 190,91, Ummendorf 40,15, Uecker-

mikrofilm service münster g. gutt KG essen + köln gerd gutt kg. otto hahn straße 21 postfach 4102 49 4400 münster-mikel

münde 173,52, Varel 176,36, Volksdorf 93,30, Vegesack 184, Velden 26,80, Visselhövede 69,73, Vitzhosen 1,35, Wolfenbüttel 172,22, Warnemünde 595,35, Waren 169,48, Warin 143,60, Wilster 140,55, Willkassen 136,20, Waldheim 135,32, Wurzen 110,26, Wanzleben 64,60, Weißenburg i. Elsaß 41,40, Wasserburg 26,78, Weitheim 25,34, Windsbach 21,22, Walsrode 269,71, Wittmund 173,79, Woldeck 153,92, Warlenburg 39,45, Wedel 336,09, Winsen a. d. Luhe 119,14, Wyk a. Föhr 99,09, Wesselburen 73,44, Woldenberg 23, Weißenfels 700,56, Weimar 642,09, Weserlingen 131, Wolgast 134,04, Wittenburg 52,54, Wittstock 2,56, Zwickau 806,15, Zossen 50,52, Zerbst 399,85, Zielenzig 174, Zechau 136,45, Zarrentin 92,74, Zahna 32,10.

Kalender.

Aachen-Düren M. 37,50, Bonn 25, Brake 4, Caputh 2,50, Demmin 5, Grimma 25, Limburg 15, Lüneburg 15, Mündelheim 4, Naumburg 7,50, Neuruppin 2,50, Oberehnheim 6, Pößneck 2,50, Nagnit —,50, Rudolstadt 100, Schöningen 5, Staßfurt 17,50, Trachenberg 15, Vilshofen 2,50, Weimar 10, Wesselburen 10.

Protokolle.

Annaberg M. 2,50, Achim 2, Aue 2, Anklam 2, Altrahlstedt 1, Apenrade 1, Aurich —,50, Ansbach 1,50, Bonn 4, Brandenburg 2, Burtehude —,50, Barmstedt —,50, Bublitz —,50, Bitkow —,50, Bayreuth 5, Bernau 2, Bartz 3, Bunzlau 4, Berlin 50, Boizenburg 2, Brunsbüttelkoog 1, Borna 1, Cuxhaven 2, Caputh 1, Cunewalde 1,50, Clötze —,50, Camburg 1, Dessau 1,50, Delmenhorst 8, Doberan —,50, Dargun —,50, Demmin 1, Duisburg 6, Döbeln 2, Emden 5, Essen 10, Elmshorn 3, Eisenberg —,50, Friedland i. M. —,50, Freiburg i. Schl. —,50, Freistadt —,50, Frankfurt a. M. 25, Fürstenwalde 2, Frankenhausen 12,50, Graudenz 4, Gunzbinnen 2, Greveesmühlen —,50, Gräfenhainichen —,50, Großwig —,50, Görlitz 2, Gelsenkirchen 10, Grimma 1, Goslar —,50, Gramse 2, Gronau 4, Goldap 1, Goldberg i. Schl. 2, Hohenstein 2,50, Hameln 4, Hörde 1, Hadersleben 1,50, Husum 1,50, Hüttenrode —,50, Hannoverstall —,50, Holtenau —,50, Heikendorf —,50, Halberstadt 3, Hann.-Münden 4, Herford 4, Jeßnitz —,50, Jahnick 2, Jever 5, Kappeln —,50, Kulmbach 2, Kayna —,50, Kahla —,50, Kellinghusen 3, Kiel 6, Kattowitz 3,50, Langelsheim —,50, Lütjen —,50, Leisnig 1, Lychen —,50, Leer —,50, Limbach 1, Langenbielau 1, Lüdenscheid 4, Landsberg a. d. W. 1,50, Lütz i. M. —,50, Luckenwalde 1,50, Leipzig 30, Lübeck 12, Liegnitz 2, Limburg 1, Lauenburg a. d. Elbe 1,50, Lochau 1, Langensalza —,50, Lütjenburg —,50, Memel 2, Malchin —,50, Meuselwitz 4, Mylau —,50, Mühldorf —,50, Mainz 15, Meißen 4, Marne —,50, Mühlberg —,50, Münster i. Westfalen 3, Moorburg 1, Neubuckow 1, Nordenham 2, Nossentinerhütte —,50, Nienburg a. d. S. —,50, Nienburg a. d. W. —,50, Neusalz 1, Neuruppin 1,50, Neuhaldensleben 2, Norden 1,50, Naumburg 1,50, Neudamm 1, Oderberg —,50, Ochsenzoll —,50, Osterholz-Scharmbeck 2, Osterode a. Harz 4, Ohlau —,50, Preußch —,50, Pößneck 1,50, Pretz 2, Potsdam 4, Perleberg —,50, Rotenburg i. Hann. —,50, Rostock 2,50, Remscheid 5, Rennersdorf 2, Regensburg 5, Nagnit —,50, Reinfeld —,50, Roßwein 1, Reichenhall 1,50, Reichenbach i. V. 2, Röbel —,50, Reinbek —,50, Nathenow 4, Ronneburg 1, Rudolstadt 1, Ratzeburg —,50, Sprottau 1, Speyer 1, Swinemünde 1, Steinach 1,50, Segan 3, Spandau 3, Salzwedel 1,50, Schmölln —,50, Seehausen b. Wanzleben —,50, Schnelsen 1,50, Seehausen i. d. Altmark —,50, Schackensleben 1, Schwedt —,50, Senftenberg 4, Striegau 1, Schlotheim 1, Sensburg 1, Schönberg —,50, Stadthagen 2, Seyda 1, Schweinfurt 2, Sachwitz 1, Saarmund —,50, Schwartau —,50, Sarstedt —,50, Stelle —,50, Stettin, Schöningen —,50, Schwaan —,50, Stolp 3, Stendal 3, Sorau 1,50, Tilsit 4, Lauterhain —,50, Treptow a. d. Toll. —,50, Trebnitz —,50, Teuchern 1, Templin —,50, Teltscheß —,50, Tangerhütte —,50, Treuenbrietzen —,50, Uelzen 2, Uetersen 1,50, Ueckermünde —,50, Volksdorf —,50, Varel —,50, Wilhelmshaven 5, Warnemünde —,50, Waren —,50, Warin —,50, Waldheim —,50, Wurzen 1,50, Walsrode 1, Woldeck —,50, Wittmund 1, Wedel —,50, Wyk —,50, Weißenfels 3,50, Weimar 1,50, Weserlingen —,50, Wolgast —,50, Zwickau 2, Zerbst —,50, Zossen —,50, Zielenzig 5, Zechau —,50, Zahna 1.

Futterale.

Anklam M. 2, Droßig 5, Schöningen 1.

„Grundstein"-Einband.

Aue M. 1,10, Bonn 1,10, Bayreuth 1,10, Berlin 3, Cunewalde 1,10, Duisburg 6, Emden 6, Essen 3, Elmshorn 3, Fürstenwalde 3, Frankfurt a. M. 11, Grimma 2,20, Kattowitz 6, Lüdenscheid 4, Landsberg a. d. W. 1,10, Leipzig 1,10, Lübeck 3, Liegnitz 3, Limburg 3, Mainz 6, Meißen 3, Neudamm 1,10, Ochsenzoll 3, Ostrosnitz 6, Oldenburg 3, Remscheid 3, Rennersdorf 1,10, Regensburg 3,30, Seehausen (Kr. Wanzleben) 1,10, Wurzen 3.

Geschichte der Bergarbeiter.

Hameln M. 4,50.

Geschichte des Sozialismus in England.

Frankfurt a. M. M. 3,75, Tilsit 3,75.

Amerikanische Arbeiterbewegung.

Erzhausen M. 1,25, Hohenstein 1,25

„Der große Kampf."

Hameln M. 1.

Arbeit und Kultur.

Berlin M. 1,50, Spandau 3.

Jahrbücher.

Neudamm M. 1.

„Christliche Arbeitervereine" von Erdmann.

Frankfurt a. M. M. 5, Hameln 5, Regensburg 5.

„Die Gewerkschaften" von Ad. Braun.

Bayreuth M. 4, Berlin 20, Bonn 4, Erzhausen 4, Frankfurt a. M. 16, Gelsenkirchen 4, Hameln 4, Stettin 4, Tilsit 4.

„Die Berufsvereine" von Kulemann.

Bayreuth M. 20, Frankfurt a. M. 20, Leipzig 30, Regensburg 20, Tilsit 20.

„Die freien Gewerkschaften" von Hirschfeld.

Hameln M. 9, Tilsit 9.

Jugendabteilung.

Annaberg M. —,95, Aue 7,10, Apenrade 4,90, Boizenburg 12,90, Bremen 51,10, Bunzlau 9,90, Chemnitz 58,20, Cunewalde 2,20, Duisburg 7,20, Düsseldorf 29,60, Elmshorn 30,25, Essen 25,40, Flensburg 19,95, Friedland 2,80, Gelsenkirchen 9,75, Görlitz 12,90, Grabow 11,90, Graudenz 20,90, Halberstadt 53, Hameln 6,70, Heilbronn 12,70, Kahla 9,40, Langenbielau 2, Leipzig 65,10, Liegnitz 17,30, Lübeck 23,70, Lüdenscheid 7,55, Mainz 6,60, Mannheim 88,30, Memel —,20, Mittweida 19,25, Müllen 6,40, Münster i. W. 5, Ochsenzoll 4,10, Plauen 5,90, Pößneck 12,40, Regensburg 4,70, Reichenbach i. V. 19,68, Reichenhall 4,90, Remscheid 5,80, Roda —,90, Rostock 1,90, Schlettstadt 4,10, Schnelsen 4, Schwabach 1,80, Schweidnitz —,40, Sorau 3,10, Stendal 5,90, Stolp 22, Striegau 10,70, Tilsit 12,60, Ulm 4,60, Wurzen 7, Zwickau 20.

Der Verbandsvorstand.

Lohnbewegungen und Differenzen.

Deutschland:

Augerburg. Sperre über den Unternehmer Woitkowitz.
Bad Soden. Sperre über die Firma Johann Bettenbühl.
Barmen. Sperre über die Regiearbeiten der Seidenfärberei von Schlieper & Lay in Vohwinkel.
Bergedorf. Sperre über die Firma Drenkhan & Sudhop.
Bergen a. R. Sperre über sämtliche Arbeiten des Unternehmers Kröger.
Betzdorf (Luxemburg). Streik auf dem Schloßneubau, ausgeführt vom Unternehmer Wolf aus Trier.
Bielefeld. Sperre über den Unternehmer Wittland in Senne I.
Bremerhaven. Sperre über den Unternehmer Schmidt aus Langen-Lehe.
Bublitz i. Pomm. Gesperrt sind die Unternehmer Krüger und Nack.
Coswig (Anhalt). Aussperrung.
Cüstrin. Streik.
Cuxhaven. Sperre über die Arbeiten des Unternehmers Johann Lange, Altenbruch-Lüdingsworth.
Danzig. Sperre über den Unternehmer Priebe in Neumünsterberg.
Dömitz. Sperre über die Arbeiten des Unternehmers Groth auf dem Schacht Conow.
Eibach (Zweigverein Nürnberg). Erdarbeiterstreik.
Flöha. Der Unternehmer Müller aus Oberwiesa hat sich als zahlungsunfähig erwiesen.
Freiberg i. S. Sperre über den Unternehmer Stiehl.
Gensungen (Zweigverein Cassel). Streik.
Goldap. Sperre über das Baugeschäft E. Angermüller wegen Lohndifferenzen.
Gollnow. Sperre über das Geschäft von Wilh. Küster.
Grasleben (Zweigverein Holmstedt). Streik.
Hadmersleben (Zweigverein Egeln). Sperre über den Unternehmer Weihe.
Hannover. Sperre über Hackethal, Draht- und Kabelwerke in Langenforth, Gasanstalt Hannover.
Havelberg. Sperre über die Bauten der Firma Karl Knispel.
Helde. Sperre über die Arbeiten der Unternehmer Thedens und Gloßmann in Cleve.
Hoya. Sperren über die Firmen Ernst Zech, Joh. Zech und Heinr. Reimers.
Hoyerswerda. Sperre über den Unternehmer Hermann Müller.
Irrhove (Zweigverein Weener). Streik.
Itzehoe. Sperre über Alsensche Portland-Zementfabrik.
Jerichow. Sperre über die Bauten des Unternehmers Schumann.
Joseritz i. Pommern. Streik.
Jüterbog. Sperre über den Neubau des Siechenheims.
Kaiserslautern. Streik im Tiefbaugewerbe.
Kelbra. Sperre über die Arbeiten des Unternehmers Walpurgis in Berga.
Königsberg i. Pr. Sperre über den Unternehmer Mattern.
Köslin. Sperre über die Arbeiten der Zwischenmeister Wendt & Wegner und Japs & Hammilton. Die ersteren beiden führen an dem Bau des Unternehmers Küllmann Akkordarbeit aus, die letzteren am Schulhausneubau des Unternehmers Treptow.
Kreuznach. Streik.
Kriftel (Zweigverein Frankfurt a. M.). Sperre über das Baugeschäft von Noll.
Kröpelin. Sperre über die Unternehmer Martens und Pobanz.
Landau. Sperre über das Betongeschäft von Hornbach.
Leipzig. Sperren über die Bauten der Eisengießerei Becker & Co. in Leipzig-Leutzsch, Hohe Straße, über die Maschinenfabrik Karl Krause, Leipzig-Anger, Zweinaundorfer Straße; Röhr, Connewitz, Frohburger Straße; Smikala (Rabitz), Möckern; Koil und Hädrich, Windscheidtstraße, wo kein Lohn gezahlt wurde.
Löbau i. S. Sperre über den Unternehmer Koiling.
Lübeck. Sperre über das Hochofenwerk Lücknitz.
Lüneburg. Gesperrt sind die Regiearbeiten auf der Wachsbleiche.
Mainz. Sperre über den Unternehmer Struth in Finthen.
Mihla, Thüringen (Zweigverein Eisenach). Sämtliche Bau- und Steinbruchbetriebe des Unternehmers Schlothauer sind gesperrt.
Militzsch. Der Unternehmer Winkler hat sich als zahlungsunfähig erwiesen.
Mulda (Zweigverein Freiburg i. S.). Sperre über den Unternehmer Steinert.
Ohlau-Poisterwitz. Aussperrung.
Pölitz. Sperre über den Unternehmer Paape.
Prostz. Sperre über den Unternehmer Maßmann.
Rothenburg i. Haun. Gesperrt bleiben die Unternehmer Peter Willenbrock und August Frömming, die sich weigern den Tarif anzuerkennen.
Rügenwalde. Sperre über die Firma Papenfuß.
Schlettstadt. Sperre über den Unternehmer Chiaroti.
Stettin. Sperre über den Unternehmer Gillo.
Straussberg. Sperre über den Unternehmer Krause.
Strelitz. Sperre über die Arbeiten der Firma Weiland.
Thale a. Harz. Sperre.
Tilsit. Sperre über den Unternehmer Westphal.
Tostedt. Streik.
Treptow a. d. R. Streik.
Triebes (Reuss). Streik.
Visselhövede. Sperre über die Bauten der Unternehmer v. Wieding in Hiddingen, Wolf in Jeddingen und Längmann in Schwitschen.
Wangeroog. Gesperrt sind die Arbeiten des Unternehmers Janssen.
Wismar. Sperre über die Firma Eggert.
Worfelden (Zweigverein Darmstadt). Streik.
Worms. Sperre über den Unternehmer Zucker.
zerbst. Sperre über die Firma Gardtke.
Zittau. Streik.
Zschopau (Zweigverein Chemnitz). Aussperrung.

Fliesenleger und Terrazzoarbeiter:

Bonn. Sperre über die Arbeiten des Zwischenunternehmers Kurlbaum.
Gelsenkirchen. Sperre über die Firma Hünebeck & Co. sowie den Zwischenmeister Jacob Weber.
Hagen. Sperre über die Firma Wimmler & Gärtner.
Halle a. d. S. Streik.
Mannheim. Gesperrt sind die Unternehmer Herbel und Hans Müller.
Nürnberg. Sperre über alle Arbeiten der Zwischenunternehmer Bocklet und Aug. Leibl.

Gipser und Stukkateure:

Amberg. Sperre über die Arbeiten der Unternehmer Bartl & Ceder und Schaaf aus Nürnberg an den Kasernenbauten.
Ansbach. Sperre über die Firma Schweitzer.
Cuxhaven. Sperre über das Geschäft von Brüggemann.
Greifswald. Streik der Spanner und Rabitzputzer, Neubau Stadthalle, bei der Firma Wagenknecht & Lugino, Berlin-Wilmersdorf, Düsseldorfer Straße 12, wegen Lohndifferenzen.
Hamm i. W. Sperre über W. Müseler wegen Nichtanerkennung des Tarifs.
Saarbrücken. Sperre über die Firma Iuen & Maurer aus Homburg (Pfalz) (Baustelle Ueberlandzentrale).
Schlettstadt. Sperre über die Firma Berttele.

Isolierer und Steinholzleger:

Berlin. Sperre über die Firma Paul Langguth.
Chemnitz. Gesperrt sind die Firmen Ziegner & Fritzsche und Knoch.
Cöln. (Isolierer.) Sperre über die Firma Jul. Kathe wegen verweigerter Anerkennung des Tarifvertrages. — (Steinholzleger.) Sperre über die Eubelit-Werke (Zweigstelle Cöln).
Dresden. Sperre über J. E. Schmidke, Löscherstr. 24, wegen Nichtanerkennung des Tarifs.
Hannover. Sperre über die Hannoversche Isoliergesellschaft.
Leipzig. Sperre über Grünzweig & Hartmann.
Nürnberg. Sperre über die Firma Neubauer.

Oesterreich:

Schlan (Böhmen). Streik der Maurer.

Ungarn:

Budapest. Streik der Stukkateure.

Arbeitsmarkt.

Ueber die Arbeitsnachweise der Unternehmer in **Bremen, Cuxhaven, Dortmund, Emden, Flensburg, Nordenham, Nürnberg, Oldenburg i. Großh., Schleswig, Stade, Vegesack und Wilhelmshaven** haben unsere dortigen Kollegen den Boykott verhängt.

Bezirk Bremen.

Nach kurzen Verhandlungen ist für **Bremervörde** ein Tarifvertrag mit dreijähriger Dauer abgeschlossen worden. Der Vertrag erstreckt sich auf Stadt und Kreis Bremervörde (zum Kreise Bremervörde gehören nicht weniger als 67 Ortschaften) und sieht folgende Lohnerhöhungen vor: Die Maurer erhalten vom 1. April 1914 an 50 ₰, vom 1. April 1915 an 54 ₰, vom 1. April 1916 an 56 ₰ und vom 1. Oktober 1916 an 58 ₰ pro Stunde. Die Bauhilfsarbeiter erhalten 10 ₰ pro Stunde weniger, mit den gleichen Lohnsteigerungen. Bisher betrug der Stundenlohn für Maurer 47½ ₰ und für Bauhilfsarbeiter 37 ₰. Die Steigerung des Stundenlohnes beträgt also während der Vertragszeit für die Maurer 10½ ₰, für die Bauhilfsarbeiter 11 ₰. Die Arbeitszeit wird vom 1. April 1916 an von 60 auf 59 Stunden wöchentlich verkürzt. Die Aufgabe unserer Mitglieder ist es, jetzt mit aller Energie dafür zu sorgen, daß diese Errungenschaften auch in dem großen Kreise durchgeführt und die dort wohnenden Gesellen auch dem Verbande zugeführt werden. Geschieht dies nicht, dann laufen sie Gefahr, daß der Vertrag durch die Schmutzkonkurrenz erdrückt wird. Es dürfte aber unseren Mitgliedern bei der Hausagitation in diesem Gebiet nicht allzu schwer fallen, durch die Erfolge bei dem letzten Tarifabschluß den Gesellen die durch die Organisation errungenen Vorteile begreiflich zu machen und sie zum Beitritt zu bewegen. Haben wir den Kreis vollständig organisiert, dann haben wir auch die Garantie für die Durchführung der Verträge. — In **Emden** haben die Verhandlungen für das Tiefbaugewerbe stattgefunden. In diesen Verhandlungen wurde eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt: Der Stundenlohn solle betragen: für einen Erdarbeiter vom 1. Juli 1914 an 52 ₰, vom 1. April 1915 an 54 ₰, für einen Anfänger als Einbauer oder Rohrleger vom 1. Juli 1914 an 57 ₰, vom 1. April 1915 an 59 ₰, für Rohrleger und Einbauer vom 1. Juli 1914 62 ₰, vom 1. April 1915 an 64 ₰ und für Maurer vom 1. Juli 1914 an 61 ₰, vom 1. Oktober

1914 an 66 ₰ und vom 1. April 1915 an 68 ₰. Bei Arbeiten mit Dampframmen erhalten Maschinisten vom 1. Juli 1914 an 62 ₰, vom 1. April 1915 an 64 ₰, Arbeiter erhalten vom 1. Juli 1914 an 62 ₰ und vom 1. April 1915 an 64 ₰. Obgleich die Mehrzahl der Tiefbauunternehmer an diesen Verhandlungen teilnahm, haben sie dennoch in ihrer Versammlung, unter Mitwirkung der Hochbauunternehmer, von dem vereinbarten Lohn für Rohrleger und Einbauer 5 ₰ pro Stunde abgestrichen; desgleichen 5 ₰ von den Löhnen für Arbeiter bei Dampframmen. Durch die oben erwähnte Verhandlung haben die Löhne im Tiefbaugewerbe die Löhne im Hochbaugewerbe überholt und dagegen freuten sich die Hochbauunternehmer. Sie bedenken aber nicht, daß der Lohn im Hochbaugewerbe am Orte unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht zeitgemäß ist. Denn die großen Firmen zahlen für Gesellen 6 ₰ über den Tarifsohn — 67 ₰ statt 61 ₰ —, und wenn nicht durch den verunglückten Hafenarbeiterstreik, zu dem die „christlichen" Helden Streikbrecher lieferten, der Arbeitsmarkt für Hilfsarbeiter am Orte überfüllt wäre, dann müßten die Unternehmer, um Leute zu bekommen, auch für Erdarbeiter den tariflichen Lohn der Hilfsarbeiter bedeutend überbieten. Es kommen für die Tiefbauarbeiter bei der Lohnfestsetzung auch die ganz außergewöhnlichen Bodenverhältnisse in Betracht. Wir werden uns unter keinen Umständen diese Abstriche von den Vereinbarungen gefallen lassen. Sollte gütliches Verhandeln erfolglos bleiben, so werden wir mit Arbeitseinstellungen nachhelfen. Dann werden wir uns aber noch eventual bestimmen, ob wir den Ablaufstermin auf den 31. März 1916 festlegen.

Bezirk Cöln.

In Honnef a. Rh., das zum Zweigverein Bonn gehört, schloß der christliche Bauarbeiterverband 1912 einen Vertrag mit den Unternehmern ab. Wir hatten damals dort keine Mitglieder. Bei Ablauf des Vertrages am 1. April 1914 waren aber neun Maurer und fünf Hilfsarbeiter bei uns organisiert. Trotzdem leitete der christliche Verband Verhandlungen auch jetzt wieder ein, ohne unsern Organisationsvertretern etwas davon zu sagen. Auf telephonische Anfrage unserer Bezirksleitung bei dem christlichen Bezirksleiter Lange erklärte dieser, es sei nicht beabsichtigt, uns wieder an die Seite zu drücken. Anfang April hielt einer unserer Bezirksleiter in Honnef eine öffentliche Versammlung ab, an der auch einige Mitglieder des christlichen Verbandes teilnahmen. Obwohl auch diese ein gemeinsames Vorgehen beider Organisationen für notwendig hielten, beschloß der christliche Verband am zweiten Ostertag ohne jede weitere Mitteilung an uns den Streik. Am andern Tage stellten seine Mitglieder bei zwei Unternehmern die Arbeit ein, und zwar nahmen sie einfach ihr Geschirr aus der Bude, ohne unsern dort beschäftigten Kollegen vorher etwas von ihrer Absicht zu sagen. Am Mittwoch sperrten die Unternehmer die christlich organisierten Bauarbeiter aus, worauf am Donnerstag auch drei Mitglieder unseres Verbandes die Arbeit einstellten. Einer unserer Kollegen hatte schon am Dienstag die Arbeit verlassen. Die Unternehmer äußerten dann den Wunsch, mit uns zu verhandeln und einen Vertrag abzuschließen. Sie gestanden für Maurer und Hilfsarbeiter eine Lohnerhöhung von 4 ₰ pro Stunde in zwei Jahren zu. Die christliche Organisation hatte auf drei Jahre verteilt 6 ₰ für Maurer und 4 ₰ für Hilfsarbeiter gefordert; bei einem zweijährigen Vertrag waren sie bereit, mit 4 ₰ für Maurer und 3 ₰ für Hilfsarbeiter abzuschließen. Wahrscheinlich wird unsere Bezirksleitung den Vertrag abschließen. Da der christliche Verband bei der Lohnbewegung und beim Vertragsabschluß unsere Organisation geflissentlich auszuschalten suchte, wird er eine größere Rücksicht von uns auch nicht erwarten können.

Bezirk Leipzig.

Aus Gelenau wird mitgeteilt: In unserer Zahlstelle Zschopau glaubten unsere Kollegen in diesem Jahre, die im Vorjahre gestellten Forderungen durchdrücken zu können. Eine Versammlung aller Bauarbeiter von Zschopau beschäftigte sich damit und beschloß, die Forderungen, den diesjährigen erhöhten Löhnen im ganzen Reiche entsprechend, erneut einzureichen. Wenn wir nun glaubten, die Regelung würde ziemlich glattesfolgen, so irrten wir diesmal. Ein Unternehmer sperrte gleich nach der Versammlung die Maurer, weil sie in der Versammlung waren, aus. Die Hilfsarbeiter erklärten sich selbstverständlich solidarisch und der Kampf war da. Es ist nun in diesem Städtchen das erstemal, daß die Bauarbeiter kämpfen müssen; aber leider müssen wir die Wahrnehmung machen, daß aus allen umliegenden Orten trotz Bekanntmachung Streikbrecher kommen. Daß wir das ganze Städtchen gegen uns haben und daß vor allen Dingen die Polizei sehr schneidig auftritt, sei nur nebenbei gesagt. Auch die Gerichte sind schon an der Arbeit. Schon am 30. April muß sich unser eben erst neu angetretener Geschäftsführer verantworten und andere werden folgen. Trotz alledem werden wir nicht verzagen, sondern alles daransetzen, unsere gerechten Forderungen durchzudrücken. Alle Kollegen mögen dies beachten und von Zschopau fernbleiben.

Bezirk Magdeburg.

In Jerichow haben die Unternehmer den Vertrag gekündigt. Sie glaubten nun den Lohn zahlen zu können, der ihnen beliebt. Der Unternehmer Schuhmann war der erste, der den Lohn herabsetzte und den Austritt der Kollegen aus dem Verbande verlangte. Die Kollegen, die noch etwas auf sich und die Organisation halten, haben die Arbeitsstellen dieses Herrn verlassen. Das Baugeschäft von Schuhmann ist daher gesperrt. — In Thale ist mit der Firma Dietrich ein Vertrag zustande gekommen, der den Kollegen eine Lohnerhöhung von 4 ₰ die Stunde bringt. Die Firma beschäftigt zwei Drittel der im Zweigvereinsgebiet vorhandenen Kollegen. Die Firmen Höpfner und Worch haben es abgelehnt, sich dem Vertrag anzuschließen. Beide Firmeninhaber sind immer noch der Ansicht, daß sie nur allein über Festlegung von Lohn- und Arbeitsbedingungen zu bestimmen haben, die Arbeiter hätten hierbei nichts zu sagen. Alle Mühe, diese Unternehmer zur Anerkennung des Vertrages zu bewegen, war vergebens. Die Kollegen haben deshalb beschlossen, die Arbeit so lange ruhen zu lassen, bis auch die beiden Firmen den mit der Firma Dietrich abgeschlossenen Vertrag anerkennen. Die Firmen Höpfner und Worch gelten als gesperrt. — In den am Fuße des Kyffhäuser liegenden Orten, wo die Lebensmittel ebenso hoch im Preise stehen wie überall, da, wo die Fremdenindustrie zu Hause ist, werden noch gar kärgliche Löhne an die baugewerblichen Arbeiter gezahlt. Seit Jahren ringen unsere Kollegen in Berga, Kelbra und Rossla darum, endlich einmal für Maurer den Stundenlohn von 40 ₰ durchzusetzen. Nun haben sich die Unternehmer den Tatsachen nicht mehr verschließen können; mit Beginn der Bautätigkeit haben sie auch den Stundenlohn von 40 ₰ anerkannt. In Kelbra und Rossla zahlen die Unternehmer einmütig, in Berga zahlt der Unternehmer Gey. Nur der Unternehmer Walpurges in Berga glaubte, mit 35 ₰ seien die Maurer hoch genug bezahlt. Anläßlich einer Aussprache, die der Bezirksleiter mit ihm hatte, setzte er sich aufs hohe Pferd, wer nicht dafür arbeiten wolle, der könne gehen, war sein letztes Wort. Er pochte auf die Ufrunger Maurer, die ja dem Verbande nicht angehören, und richtig, er hatte sich auch nicht verrechnet. Noch am ersten Ostertage haben die Ufrunger Maurer den Kollegen von Berga versprochen, keine Arbeitswilligendienste zu leisten. Aber schon am Mittwoch, 14. April, haben sich die Maurer Gustav Ehrhardt, Ernst Thiele und Karl Jäger aus Ufrungen dem Unternehmer als Arbeitswillige zur Verfügung gestellt. Von Treu und Glauben, von brüderlicher Solidarität haben diese Leute jedenfalls wertwürdige Begriffe, denn Ehrhardt, der am zweiten Feiertage den Mund so voll nahm, daß er selber dafür sorgen würde, daß kein Ufrunger nach Berga gehe, solange der Kampf nicht erledigt sei, war der erste, der kam. Walpurges, wohl einsehend, daß er nachgeben muß, hat den Arbeitswilligen die 40 ₰ zugesichert. Auch die Maurer Fritz Herrmann und Fritz Vormann aus Berga, sowie Friedrich Knoche aus Tilleda haben die Solidarität vergessen. Walpurges, der sich dadurch obenauf fühlt, hat den Kollegen, die es wagten für einen Lohnsatz einzutreten, den die übrigen Unternehmer als recht und billig anerkennen, folgenden Schreibebrief geschrieben: „Sie sind aus meinem Betriebe entlassen. Zur Wahrung meiner willigen Arbeiter werde ich um polizeilichen Schutz ersuchen". Auch dem Bezirksleiter, dem er in der Nähe eines von Streikbrechern besetzten Baues begegnete, drohte er mit der Polizei. So wie sich der Mann die Sache gedacht, wird es aber nicht gehen. Unsere Kollegen werden trotz der Arbeitswilligen das gesteckte Ziel erreichen.

Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sende man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Montag mittag für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Barmen-Elberfeld. In der Nummer 14 des „Zimmerer" veröffentlichte der Kamerad Jung, Vorsitzender der hiesigen Zimmererorganisation, eine lange Epistel über eine von den Zimmerern über den Neubau Michels in Elberfeld verhängte Sperre. Dort soll der Deutsche Bauarbeiterverband die Solidarität verletzt haben. Ich habe dazu folgendes zu erklären: Seit einigen Jahren bemüht sich der Zimmererverband, die im Betonbau vorkommenden Einschalungsarbeiten für die Zimmerer in Anspruch zu nehmen. Diesen Standpunkt hat auch Kollege Jung sowohl bei Tarifverhandlungen als auch vor den Tarifinstanzen vertreten, ohne dabei einen greifbaren Erfolg erzielt zu haben. Jetzt stützt er seine Ansicht darauf, daß im hiesigen Tarif keine Rede von Einschalern sei; daraus gehe hervor, daß Einschalungsarbeit Zimmererarbeit sei. Zu der Sperre über den Neubau Michels muß ich nun noch einiges nachtragen, was Jung verschwiegen hat. Die ausführende Firma Redecker & Co. hatte im vorigen Jahre mit den Zimmerern Differenzen wegen der Lohnhöhe. Die Zimmerer nahmen ihre Entlassung und klagten ihren Restlohn am Gewerbegericht ein. Im Vergleichswege erklärte sich der Firmenvertreter zur Zahlung bereit. Der Zimmererverband verlangte die Wiedereinstellung seiner Mitglieder nicht. Die übrigen Einschalungsarbeiten wurden dann von Einschalern ausgeführt zu einem Stundenlohn von 66 ₰, der dem Lohne der Zementfacharbeiter entspricht. Ungefähr drei Wochen vor Weihnachten stellten sich einige Zimmerer ein, die nun mangels Platzarbeit auch einschalen wollten. Der Polier sagte ihnen, daß die Firma keine Zimmerer einstelle, sondern nur Einschaler. Wenn sie als solche zu dem Lohn von 66 ₰ arbeiten wollten, könnten sie anfangen. Damit waren die betreffenden Zimmerer einverstanden. Sie haben dann auch nicht gesondert von den Einschalern ihre Arbeit verrichtet, sondern mit diesen gemeinsam alle vorkommenden Arbeiten ausgeführt, ohne Anspruch auf den tariflichen Zimmererlohn zu erheben. Etwa acht Tage vor der Fertigstellung des Baues trat Jung an mich heran mit dem Ersuchen, ich möchte mit ihm gemeinsam bei dem Polier vorstellig werden, damit für die Einschalungsarbeiten der Zimmererlohn bezahlt werde. Ich kam dem Wunsche nach, äußerte jedoch gleich meine Bedenken darüber, ob wir in der Lage seien, etwas zu tun. An dem Abend hatte aber Kollege Jung eine Baubesprechung anberaumt, um über die Sache zu beraten. Ich lud auch unsere Kollegen hierzu ein. In der Besprechung vertrat ich die Ansicht, daß wir nicht in der Lage seien, ohne weiteres die Arbeit einzustellen, da ja unsere Kollegen den tariflichen Lohn erhielten. Der gleichen Ansicht war auch die Mehrzahl unserer Kollegen. Als die Besprechung zu Ende war und die Entscheidung fallen sollte, erklärte Jung, daß bei der Abstimmung nur die Mitglieder des Zimmererverbandes abzustimmen hätten. Unsere Kollegen verließen hierauf das Sitzungszimmer und nach kurzer Zeit erschien Jung und erklärte uns, daß am andern Morgen die Arbeit eingestellt werde. Am andern Abend hielten wir nochmals eine Besprechung mit unsern Kollegen ab, an der auch Jung teilnahm. Unsere Kollegen erklärten hier einstimmig, daß sie die ihnen von den vier bis fünf Zimmerern aufgedrängte Sperre, die ohne Anrufung der Schiedsinstanzen verhängt sei, nicht anerkennen. Dies teilte ich Jung mit, worauf dieser erklärte, er werde jeden, der jetzt noch dort arbeite, als Streikbrecher ansehen. Das war aber noch nicht alles, was der Kollege Jung in dieser Sache an Unkollegialität leistete. An dem fraglichen Abend, wo unsererseits die Entscheidung fiel, stellte ich fest, daß Kollege Jung den Mitgliedern unseres Verbandes das Angebot gemacht hat: „Wenn Ihr von Eurem Verband bei dieser Sperre keine Unterstützung erhaltet, so tretet zu uns über, dann erhaltet Ihr vom ersten Tage an Unterstützung." Bei drei Mann hat er dabei Glück gehabt, obwohl diese in unserm Verband noch mit Beiträgen im Rückstand waren. Hinter dieses bei freien Gewerkschaften unzulässige Verhalten des Zimmererverbandes sind wir bei dieser Gelegenheit auch gekommen. Kollege Jung mag sich einmal die Frage vorlegen, ob es nicht auch ein Verrat an der Arbeitersache ist, wenn man wegen vier bis fünf tarifbrüchigen Zimmerern eine vertragswidrige Sperre verhängt, oder ob es nicht besser ist, in derartigen Fällen erst die Schiedsinstanzen anzurufen. Mutet denn der Kollege Jung dem Deutschen Bauarbeiterverband zu, nur um das Prestige des Zimmererverbandes zu retten, an einer Sperre teilzunehmen, um für vier bis fünf tarifbrüchige Zimmerer vielleicht noch für acht Tage 4 ₰ mehr Lohn pro Stunde herauszuholen? Aber das ist auch gar nicht der Zweck der Uebung. Jung will nur, daß ihm der Deutsche Bauarbeiterverband nicht nur die Hosen verflicken, sondern auch die zahlungsfähigsten Mitglieder wirbt. In seinen Augen gehört jeder, der einmal ein Stück Holz ansieht, in den Zimmererverband, deshalb das Liebeswerben um die Einschaler. Hat man aber dieses Ziel erreicht, dann sind die Einschaler Nebensache, dann müssen nur gelernte Zimmerer mit Schalungsarbeiten beschäftigt werden, damit die Zimmerer möglichst konkurrenzlos bleiben. Balser.

Quedlinburg. In dem Residenzstädtchen Ballenstedt in Anhalt wurde vor mehr als zehn Jahren durch den damaligen Zentralverband der Maurer und den dortigen Kollegen Agitation betrieben. Es gelang auch, einen Teil der Maurer zu organisieren. Nun glaubten die Neugewonnenen, sofort die Früchte säen zu können und traten kurze Zeit hierauf (1904) in einen Streik ein, um ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die Unternehmer wußten sehr wohl, wer sie bekämpfte, denn sie sahen die Dinge mit ruhigem Gemüt an. Sie wußten, daß die Ballenstedter Maurer für ein paar Pfennige Lohnzulage den Kampf fallen ließen und der Organisation den Rücken kehrten. Die Maurer handelten dann auch so, weil der Organisationsgedanke bei ihnen keinen festen Fuß gefaßt hatte. Nun kümmerten sich die Maurer zehn Jahre nicht wieder um die Organisation und die Folgen blieben nicht aus. Ist doch der Lohn innerhalb der zehn Jahre um keinen einzigen Pfennig gestiegen, sondern auf 52 ₰ (wie 1904) geblieben. Die Wogen von 1910 und 1913 gingen spurlos an Ballenstedt vorüber. Die in den letzten Jahren eingetretene Teuerung öffnete aber auch den dortigen Maurern die Augen. Der Gedanke an die Organisation erwachte wieder und so fanden sich am 28. März 45 Maurer zusammen, um den Anschluß an den Deutschen Bauarbeiterverband zu beraten. Den Beitritt erklärten 33 Kollegen. 7 Kollegen waren schon Mitglied. Um ein festeres Gefüge zu haben, wurde der Anschluß an den Zweigverein Quedlinburg als Zahlstelle vollzogen. Die Ballenstedter Maurer scheinen eingesehen zu haben, daß durch Liebäugeleien und Organisationslosigkeit bei den Unternehmern nichts zu erreichen ist. Hoffentlich ist es kein aufloderndes Strohfeuer, das da eingesetzt hat, sondern wir wollen hoffen, daß das Organisationsbewußtsein tiefere Wurzeln geschlagen hat. Wollen die Ballenstedter Kollegen ihre wirtschaftliche Lage verbessern, dann dürfen sie nicht zum zweiten Male davon laufen, sondern sie müssen den letzten Mann organisieren und geschlossen treu in der Organisation zusammenhalten.

Schwetzingen. Die Lohnbewegung ist nun auch für den hiesigen Ort zu Ende und der alte Tarif ist mit verschiedenen, für die Arbeiter günstigen Aenderungen auf drei Jahre erneuert. Es wurde eine Lohnerhöhung von 5 ₰ und eine Verkürzung der Arbeitszeit von anderthalb Stunden pro Woche erreicht. Daß die Unternehmer die von uns geforderte Lohnerhöhung von 7 ₰ für die Vertragsperiode nicht ohne weiteres bewilligen würden, war jedem Kollegen bekannt, jedoch waren wir alle der Meinung, daß etwas mehr herauskommen müsse; denn in einem Ort wie Schwetzingen, der so nahe an der Großstadt liegt, sind die Lebensverhältnisse ebenso teuer wie in der Großstadt, und ein Arbeiter kann deshalb mit den zurzeit üblichen Löhnen nur sehr schwer auskommen, zumal wenn er eine starke Familie zu ernähren hat und sich ehrlich durchs Leben schlagen will. Nun wird mancher Kollege denken: der Vertrag ist abgeschlossen und es ist nun wieder auf drei Jahre Ruhe; wenn ich nur meine Beiträge bezahle, dann bin ich fertig. Dem ist entgegenzuhalten, daß jetzt erst recht für uns keine Zeit ist, die Hände in den Schoß zu legen; denn die Kollegen haben deutlich gesehen, wie schwer es ist, dem heutigen Unternehmertum etwas abzuringen. Das dürfen sich unsere Kollegen gesagt sein lassen: in der Bekämpfung der Arbeiter und in der Unterdrückung ihrer Forderungen sind sich die Unternehmer auch in Schwetzingen einig, und deshalb rufen wir den Kollegen zu, nun nicht gleichgültig zu werden. Jeder in unsern Reihen befindliche Kollege muß dafür sorgen, daß die uns noch Fernstehenden dem Verband in aller Bälde zugeführt werden. Dadurch tut jeder am besten kund, daß er mit den bestehenden Verhältnissen nicht einverstanden ist. Also, Kollegen! Agitiert und werbt neue Kämpfer, dann wird uns der nächste Tarifabschluß unserm gesteckten Ziele näher bringen!

Kleine Mitteilungen aus den Zweigvereinen und Sektionen.

In Gelsenkirchen sind wegen fortgesetzter tiefstehender Differenzen mit dem Wirt Eichler im „Taunus", dem Verkehrslokal der Gewerkschaften, deren Beseitigung das Verhalten des Wirtes unmöglich machte, die Gewerkschaften aus dem Lokal ausgezogen. Das Verkehrslokal unserer Organisation befindet sich jetzt bei dem Wirt Karl Ackermann, Ottilienstraße, drei Minuten vom Hauptbahnhof. Die Kollegen wollen diese Bekanntgabe beachten und danach handeln.

15 14 13 12 11 10 9 8 7 6
mikrofilm service münster
g. gutt KG essen + köln
gerd gutt kg. otto-hahn-straße 21 postfach 41 02 49 4400 münster roxel

Die Arbeitslosigkeit im Februar.

Am Schlusse des Februar zählte der Verband 1015 Zweigvereine, 25 Vereine hatten sich seit Januar mit andern Zweigvereinen verschmolzen. Von diesen 1015 Zweigvereinen haben 758 brauchbare Berichte über die Arbeitslosigkeit eingesandt, etwa 50 Vereine haben mitgeteilt, daß sich ihre Mitglieder noch nicht an die Kontrollmeldung gewöhnen können und sie allzu mangelhafte Berichte nicht einsenden wollen, und rund 200 Vereine haben gar nichts berichtet.

Die 758 berichtenden Zweigvereine hatten am Schlusse des vierten Quartals 1913 zusammen 262 890 Mitglieder (es fehlten von den größeren Vereinen: Aschaffenburg, Berlin, Gotha, Göttingen, und eine Reihe Vereine in andern Mittelstädten). Von diesen 262 890 Mitgliedern meldeten sich im Laufe des Monats Februar 68 622 = 26,1 pZt. wegen Arbeitslosigkeit und Krankheit zur Kontrolle; wegen Arbeitslosigkeit insolge Arbeitsmangels allein 59 897 = 22,8 pZt. und wegen Krankheit allein 8725 = 3,3 pZt. Von den 68 622 sich meldenden arbeitslosen Mitgliedern waren aber 47 158 = 68,7 pZt. bereits vor dem 1. Februar ununterbrochen arbeitslos, und zwar 26 643 länger als 24 Tage, 7309 19 bis 24 Tage, 5500 13 bis 18 Tage, 4575 7 bis 12 Tage und 3131 weniger als 7 Tage. Am letzten Werktage des Februar meldeten sich 26 623 Mitglieder = 10,1 pZt. als arbeitslos wegen Arbeitsmangels zur Kontrolle. Die größten Verhältniszahlen über die Arbeitslosigkeit weist, wie im Januar, das Königreich Bayern auf, sowohl bei den Arbeitslosen insgesamt (41,6 pZt.) als auch bei den Arbeitslosen am letzten Werktage (23,6 pZt.). Die niedrigsten Verhältniszahlen hat Westfalen mit 12,9 pZt. und 1,9 pZt. Die Zahlen der andern Landesteile sind aus der großen Tabelle zu ersehen.

Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit betrug bei 24 Arbeitstagen im Februar für das ganze Reich 15,1 Tage pro arbeitsloses Mitglied. Die längste Dauer verzeichnet Bayern mit 18,6 Tagen, die kürzeste Dauer Westfalen mit 9,6 Tagen. Von den gemeldeten 68 622 Arbeitslosen waren 28 729 19 bis 24 Tage arbeitslos, 11 645 13 bis 18 Tage, 14 374 7 bis 12 Tage, 13 874 weniger als 7 Tage. Zu beachten ist hierbei, was oben schon gesagt, daß 47 158 = 68,7 pZt der Arbeitslosen bereits vor dem 1. Februar ununterbrochen arbeitslos waren. — Im Laufe des Februar fanden von den Arbeitslosen 25 693 Arbeit im Baugewerbe und 1969 in andern Berufen; 9851 traten ohne Abmeldung oder durch Abreise außer Kontrolle.

Nach Berufen geteilt hatten Arbeitslose insgesamt: Maurer 43 135 = 28,5 pZt., Hilfsarbeiter 21 029 = 23,8 pZt., Betonarbeiter 659 = 13,4 pZt., Stukkateure 2639 = 31,7 pZt., Fliesenleger 302 = 16,1 pZt., Isolierer 117 = 11,3 pZt. und Erdarbeiter 750 = 10,6 pZt. — Bemerkt muß zu der Februarstatistik wiederum werden, daß viele Zweigvereine mitteilen, mit den berichteten Zahlen seien bei weitem nicht alle Arbeitslosen erfaßt. Das ist sehr bedauerlich. Jedes Mitglied hat Interesse daran, daß die Arbeitslosigkeit in ihrem vollen Umfange festgestellt wird.

Arbeitslosenstatistik des Deutschen Bauarbeiterverbandes für den Monat Februar.

Landesteile	Zahl der berichtenden Zweigvereine	Mitglieder am Schlusse des letzten Quartals: insgesamt	Maurer	Hilfsarbeiter	Betonarbeiter	Stukkateure	Fliesenleger	Isolierer	Erdarbeiter	Es sind arbeitslos: insgesamt	in Prozenten	Maurer	Hilfsarbeiter	Betonarbeiter	Stukkateure	Fliesenleger	Isolierer	Erdarbeiter	Ursache: Arbeitsmangel und Witterung	Krankheit
Ostpreußen, Westpreußen und Posen	58	15 739	9 213	6 175	111	73	22	—	145	6 024	38,3	3 987	1 961	27	43	6	—	—	5 265	659
Pommern	58	6 453	4 395	1 934	20	28	25	7	44	1 655	25,7	1 334	311	3	4	3	—	—	1 493	162
Schlesien	57	14 659	9 921	4 330	147	129	64	30	48	4 642	31,7	3 249	1 252	29	83	9	4	16	4 087	555
Provinz Brandenburg mit Berlin*	77	10 526	8 314	2 101	7	28	10	2	64	2 628	25,0	2 243	340	8	5	7	—	25	2 410	218
Provinz Sachsen, Thüringische Staaten und Anhalt	138	27 461	19 965	6 619	111	165	49	48	504	5 800	21,1	4 531	1 153	17	45	5	4	45	5 083	717
Hessen-Nassau und Großherzogtum Hessen	8	18 260	11 012	5 294	612	540	182	107	513	4 369	23,9	2 855	1 199	91	146	23	5	50	3 631	738
Rheinprovinz	14	19 522	8 811	6 885	872	1932	398	111	513	2 725	14,0	1 409	778	113	330	61	10	24	2 166	559
Westfalen, Fürstentümer Lippe und Waldeck	19	11 519	7 047	3 197	344	382	118	69	362	1 482	12,9	896	425	32	94	24	6	5	1 083	399
Provinz Hannover, Herzogtum Braunschweig, Großherzogtum Oldenburg und Staatsgebiet Bremen	61	21 159	12 744	6 409	465	176	122	78	1158	3 263	15,4	2 249	884	15	66	5	4	40	2 641	622
Schleswig-Holstein u. Staatsgeb. Hamburg u. Lübeck	63	18 498	9 642	6 336	888	739	410	141	342	4 547	24,6	2 829	1 331	44	264	42	22	15	3 781	766
Beide Mecklenburg	52	4 555	3 278	1 254	2	1	—	—	20	1 124	24,7	962	161	1	—	—	—	—	1 024	100
Königreich Sachsen	64	46 297	25 602	19 008	605	372	147	291	272	13 561	29,3	8 238	4 889	108	216	39	52	19	12 127	1434
Bayern ohne Rheinpfalz	59	23 101	9 412	11 373	128	995	94	38	1061	9 602	41,6	4 515	4 285	47	490	25	4	236	8 508	1094
Württemberg, Baden und Bayerische Rheinpfalz	20	18 822	10 006	3 950	391	2471	206	91	1707	5 503	29,2	3 223	1 186	98	761	40	5	190	4 842	661
Elsaß-Lothringen	10	6 326	2 072	3 403	216	278	26	23	308	1 697	26,8	615	874	26	83	13	1	85	1 656	41
Im ganzen Reiche	758	262 890	151 434	88 258	4919	8309	1873	1036	7061	68 622	26,1	43 135	21 029	659	2630	302	117	750	59 897	8725

Landesteile	Arbeit erhalten: im Baugewerbe	in andern Gewerben	Stellenloser Abgang	Am letzten Werktage des Monats waren: arbeitslos	in Prozenten	krank	Arbeitslos im laufenden Monat waren: bis 6 Tage	7 bis 12 Tage	13 bis 18 Tage	19 bis 24 Tage	über 24 Tage	Es waren vorher ununterbrochen arbeitslos: bis 6 Tage	7 bis 12 Tage	13 bis 18 Tage	19 bis 24 Tage	über 24 Tage	Arbeitslosentage: insgesamt	durchschnittlich pro Mitglied
Ostpreußen, Westpreußen und Posen	1 275	241	594	3 467	22,0	447	799	1 022	787	3 416	—	393	456	285	530	2 526	103 263	17,1
Pommern	696	85	227	549	8,5	98	431	416	257	551	—	66	81	114	135	569	21 696	13,1
Schlesien	1 152	178	549	2 390	16,3	373	619	735	698	2 590	—	118	245	392	746	1 929	82 227	17,7
Provinz Brandenburg mit Berlin*	887	139	187	1 281	12,2	134	525	442	387	1 274	—	157	159	244	365	930	41 709	15,9
Provinz Sachsen, Thüringische Staaten und Anhalt	2 523	217	494	2 136	7,8	430	1145	1 178	964	2 513	—	247	325	461	752	1 862	90 058	15,5
Hessen-Nassau und Großherzogtum Hessen	2 609	248	343	860	4,7	309	1056	1 465	844	1 004	—	296	413	563	636	1 493	56 115	12,8
Rheinprovinz	1 523	72	205	632	3,2	293	960	534	534	697	—	291	270	236	340	583	30 928	11,3
Westfalen, Fürstentümer Lippe und Waldeck	781	15	280	220	1,9	186	633	357	236	256	—	190	194	90	72	225	14 160	9,6
Provinz Hannover, Herzogtum Braunschweig, Großherzogtum Oldenburg und Staatsgebiet Bremen	1 606	112	255	941	4,4	289	1088	713	491	971	—	154	167	224	205	1 053	41 086	12,6
Schleswig-Holstein u. Staatsgeb. Hamburg u. Lübeck	561	111	2 061	1 502	8,1	312	1844	1 070	703	930	—	134	447	469	503	972	53 986	11,9
Beide Mecklenburg	451	65	72	482	10,6	54	242	204	178	500	—	76	107	92	83	457	17 680	15,7
Königreich Sachsen	4 041	259	2 576	5 701	12,3	984	2355	2 612	2 414	6 180	—	468	804	1 273	1 351	6 186	206 512	15,2
Bayern ohne Rheinpfalz	2 117	148	1 055	5 463	23,6	819	700	1 162	1 436	6 304	—	225	515	511	740	4 780	178 472	18,6
Württemberg, Baden und Bayerische Rheinpfalz	3 926	55	375	811	4,3	336	946	1 824	1 422	1 311	—	234	349	479	778	2 942	77 651	14,1
Elsaß-Lothringen	885	24	578	188	3,0	22	531	640	294	239	—	82	43	67	73	246	18 180	10,7
Im ganzen Reiche	25 093	1969	9 851	26 623	10,1	5086	13874	14 374	11 645	28 729	—	3131	4575	5 500	7 309	26 643	1 033 723	15,1

* Berlin hat im Februar nicht berichtet.

Konferenz der oberfränkischen Zweigvereine.

Am 10. April fand in Kulmbach eine Konferenz der Zweigvereine Hof, Bayreuth, Kulmbach und Kronach statt. Bamberg hatte die Beteiligung abgelehnt. Kollege Merkel teilte bei der Eröffnung mit, daß es sich um die Festlegung der Zweigvereinsgrenzen handle. Es solle vermieden werden, daß Zweigvereine deswegen miteinander in Streit geraten, weil jeder glaube, recht viele kleinere Orte für sich gewinnen zu müssen. Da die Anregung zu der Konferenz von Hof ausging, so gab zunächst der Kollege Opitz Aufschluß darüber, wie sie sich die Regelung dachten. Es handle sich darum, die Agitation für den Deutschen Bauarbeiterverband bis in den letzten Winkel Deutschlands dringen zu lassen. Wir hätten in dieser Hinsicht noch so viel zu tun, daß wir uns den Luxus sparen müßten, daß vielleicht zwei oder drei Zweigvereine sich um einen Ort streiten, während an andern Orten die Agitation fehle. Es müsse auch dahin gestrebt werden, die großen Lohnunterschiede, die oft zwischen zwei Eisenbahnstationen 10 ₰ ausmachen, zu vermindern. Für die Kollegen, die im Winter nach ihrem Heimatsdorf gehen, müsse eine bessere Verbindung mit dem nächsten Zweigverein geschaffen werden. Aus diesen Gründen sei es notwendig, rechtzeitig eine feste Abgrenzung der Zweigvereinsgebiete zu schaffen. In diesem abgegrenzten Gebiet habe der Zweigverein nachher die sämtlichen Verbandsgeschäfte zu erledigen und sei für die ordentliche Erledigung verantwortlich. Kollege Merkel setzte den Kollegen auseinander, daß man dabei nicht willkürlich oder schematisch verfahren könne. Es sei notwendig, bei der Abgrenzung die vorhandenen Verkehrseinrichtungen zu beachten. Nach seiner Meinung könne in der Regel die Grenze des Zweigvereins mit den Grenzen der Bezirksämter, deren Gebiet er umfaßt, zusammenfallen. Danach müßten also die Bezirksämter Hof, Naila, Münchberg und Wunsiedel zum Zweigverein Hof gehören. Der Zweigverein Bayreuth solle die Bezirksämter Bayreuth, Berneck, Pegnitz und Hollfeld umfassen. Dem Zweigverein Kulmbach müßten Stadtsteinach, Lichtenfels und der Amtsgerichtsbezirk Weißmain zugeteilt werden, während der Zweigverein Kronach die gesamte Umgebung von Kronach und Teuschnitz umfassen solle. Diese Vorschläge wurden nach kurzer Diskussion angenommen. Der Kollege Opitz beantragte dann: „Die Zweigvereine Kulmbach und Kronach werden ersucht, in ihren nächsten Versammlungen Stellung zur Verschmelzung der beiden Zweigvereine zu nehmen." Der Antrag wurde gegen drei Stimmen angenommen. Kollege Merkel wies zum Schlusse nochmals auf die Bedeutung hin, die die Konferenz gewinnen könne, wenn jeder Kollege seine Schuldigkeit tue und dazu helfe, daß die gefaßten Beschlüsse durchgeführt würden. Die neue Verfassung des Verbandes erleichtere die Agitation. Der einzelne muß arbeiten zum Wohle der Allgemeinheit, dann nützt auch die Allgemeinheit dem einzelnen.

Grundsätzliche Agitation.

Vor mir liegen eine Reihe Nummern des „Grundstein". Außer den Berichten, Leitartikeln und Abhandlungen über Fachfragen usw. interessieren mich besonders die sogenannten „Eingesandts", in denen die schreibgewandten Kollegen ihre Ansichten zum besten geben, die in letzter Linie darauf hinauslaufen, eine Antwort auf die Frage zu finden: Wie können wir dem Vampyhe Kapitalismus, der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, den Garaus machen? Diese Eingesandts sind für mich ein Beweis des geistigen Lebens, das unter den Kollegen pulsiert; denn es dürfte ja immer nur ein ganz geringer Bruchteil der Kollegen die Energie besitzen, die Feder in die Hand zu nehmen, um in stillen Stunden den Niedertag ihrer Gedanken für den „Grundstein" zu Papier zu bringen. Vor allem ist in letzter Zeit wieder das Gebiet der Verfassungsfragen behandelt worden, dieses Problem, das seit undenklichen Zeiten die Geister beschäftigte und bis zum Untergang unseres Planeten noch beschäftigen wird. Auch jetzt, wo die Sonne wieder hochsteigt, wo unsere Kollegen mit dem Bündel auf dem Rücken die Landstraßen belecken oder in Eisenbahnwaggons vieler Güte aus den ländlichen Bezirken den Großstädten zueilen, wo es notwendig ist, den ganzen Agitationsapparat wieder in Bewegung zu setzen, um die uns noch fernstehenden Berufskollegen als Mitstreiter für bessere, menschenwürdigere Existenzbedingungen zu gewinnen, wird es nicht schaden, dieses Problems mit zu gedenken. Ist es doch bekannt, daß ein großer Teil der Unorganisierten nicht aus Organisationsfeindschaft der Organisation fernsteht, sondern aus andern Ursachen. Diese zu erforschen, ist zu einer wirkungsvollen Agitation unerläßlich. Da sind es gerade die „Verfassungsfragen", das Verhältnis der Mitglieder zum gesamten Verwaltungsapparat, die als die Ursache zu vielen, vielen Mißhelligkeiten angesehen werden müssen und daher eingehender Betrachtungen bedürfen. Niemand, der mit offenen Augen die Arbeiterbewegung betrachtet, kann es verbergen bleiben, daß sich in der Gesamtarbeiterbewegung eine Wandlung bemerkbar macht. Persönlichkeiten wachsen heran, die nicht mehr Marionetten gleich hin und her geleitet werden wollen, die sich im Kampfe mit feindlichen Elementen, verbunden mit fortwährendem Anfeindetwerden, arbeiten eine Ueberzeugung gebildet haben, die es verschmähen, am Gängelbande geführt zu werden. Ich will damit nicht sagen, daß nun in Zukunft bei wirtschaftlichen Aktionen jeder für sich gehen wird, sondern im Gegenteil, daß alle zu ergreifenden Maßnahmen gegen das Unternehmertum gleichzeitig von einer großen Zahl von Personen erfaßt, aber dann auch jeder Einmischung in entgegengesetzter Richtung von den sich dazu „berufen Fühlenden" mit aller Energie entgegengetreten wird. In den Jahresberichten ist von einzelnen Berichterstattern

schon auf einige Punkte verwiesen, wo und wie zu organisieren und zu agitieren ist. Die Tiefbauarbeiter vor allem sollen ein großes Rekrutierungsgebiet bilden. Wie soll nun agitiert werden? Schon bei einer andern Gelegenheit hatte ich darauf hingewiesen, daß ich die Gewerkschaftsbewegung nicht nur als eine Bewegung ansehe, die nur die Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen ins Auge faßte, sondern daß jede Bewegung, die Anspruch macht, Arbeiterinteressen zu vertreten, ihren Stolz darein setzen muß, ihre Mitglieder auf eine soziale Umwälzung vorzubereiten. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, wünsche ich auch jegliche Agitation. Es sei hier einmal kurz die bisher übliche Agitationsmethode skizziert. Finden große öffentliche Versammlungen statt, die der Gewinnung neuer Mitglieder dienen, so findet man in 90 von 100 Fällen den Redner Vergleiche anstellen, wie gut es doch die Mitglieder im Deutschen Bauarbeiterverbande haben, daß sie im Vergleiche zu andern gegnerischen Verbänden viel mehr Unterstützung bekommen; ja, ein Hauptschlager, den ich schon sehr oft gehört habe, ist, daß man den noch zu gewinnenden Massen vorrechnet, daß man möglicherweise mehr aus der Organisation herausholen kann, als man das Jahr über hineinbezahlt. Auch in Flugblättern wird solche „Aufklärung" betrieben. In den Mitgliederversammlungen sieht es nicht viel besser aus; auch da fehlt das nötigste, die Aufklärung über die Frage: Warum sind wir organisiert? Wenden wir diese Art Agitationsmethode nun auf auf die Tiefbauarbeiter, die bekanntlich zu den indifferentesten Arbeitern gehören, an. Eine Anzahl sind durch die vorher skizzierte Agitationsmethode Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes geworden. Glaubt jemand, daß mit solchen Leuten etwas anzufangen ist? Etwa Kämpfe gegen das Ausbeutertum geführt werden können? Wie ein Gespenst sitzt ihnen der eingeimpfte Materialismus im Gehirn. Ich will ein Beispiel krassesten Materialismus anführen, der zurückgeführt werden muß auf diese Agitationsmethoden. Bei Einführung der Arbeitslosenunterstützung kam ein Mitglied zu mir und erklärte, es sei ausgetreten. Auf meine Frage: warum? antwortete es: „Ja, sieh mal, ich habe immer Arbeit, kann daher nie etwas aus dem Verbande beziehen; die da oben in Nordbeutschland bekommen es allein, und dafür bezahle ich nicht." Der Mann war, wenn ich nicht irre, zehn Jahre organisiert. Was hat er von den Grundsätzen der Organisation begriffen? Nein nichts! Wo war der hehre Gedanke der Solidarität, der, wenn er ständig Arbeit hat, ihn veranlassen sollte, einige Pfennige für die arbeitslosen Kollegen zu opfern? Wo das Klassenbewußtsein, das Empörung darüber empfindet, daß das Kapital wohl in flotter Zeit die Arbeitskraft kauft, jedoch nicht mehr dafür gibt, als daß es während der Arbeit, und da noch dürftig, zum Leben reicht, denselben Arbeiter jedoch bei Arbeitslosigkeit, an der er völlig unschuldig ist, auf die Barmherzigkeit verweist. Gewiß gibt es von der Sorte, die mit zynischer Offenheit ihren Materialismus zur Schau tragen, nur wenige; doch ähnliche Einwände habe ich in Dutzenden Fällen vernommen. Ich schlußfolgere daraus, daß das die unglücklichste Methode ist, Mitglieder zu bekommen. Gewiß, das gebe ich zu, Massen gewinnt man, Massen, weiter aber auch nichts. Nein, grundsätzliche Agitation tut not! Auch der indifferenteste Arbeiter besitzt etwas in sich, das nach Begeisterung aussieht, sobald er nur an der richtigen Stelle gepackt wird. Idealismus ist es gewesen, das die Menschheit aus der tiefsten Tyrannei bis zu ihrer jetzigen Höhe gebracht hat. Halb so viele Mucker würde es geben, wenn nicht der anerzogene Materialismus ihnen in den Knochen säße. Grundsätzliche Agitation ist auch die erfolgversprechendste. Selbstverständlich erzieht man dann keine Mameluken, sondern Männer, die auch gewillt sind, den Kampf mit den Ausbeutern aufzunehmen. Aufrechte, charakterfeste Persönlichkeiten, die ihr ganzes Ich aus Ueberzeugung in den Dienst der Sache stellen, die bereit sind, ihren Worten Taten folgen zu lassen, tun der Gesamtarbeiterbewegung not. Darauf die Agitation einzurichten, betrachte ich im gegenwärtigen Zeitpunkt der Reaktion nicht nur als eine Hauptaufgabe des Deutschen Bauarbeiterverbandes, sondern als eine Lebensaufgabe der Gesamtarbeiterbewegung. Die Mitglieder müssen zum Kampfe und nicht zu Materialisten erzogen werden. Der Kampf ist die Hauptsache, dem alle andern nebensächlichen Einrichtungen nur als Mittel dienen. Mehr als je gilt heute der Grundsatz: Nicht Quantität, sondern Qualität!

Carl Besser, Hagen.

Ungetreuer Kassierer.

Der Maurer Ernst Storm aus Neumünster, der zweieinhalb Jahre Kassierer des Zweigvereins Rendsburg war, unterschlug als solcher rund M. 1200 und flüchtete damit im Dezember 1913. Er hatte sich am 6. April wegen dieser Straftat vor der Kieler Strafkammer zu verantworten und bekam dafür drei Monate Gefängnis, gewiß kein Urteil, das solche Leute von solch gemeinen Taten abhält.

Fliesenleger.

Halle a. d. S. Ueber die hiesigen Plattengeschäfte Richard Wolf und Kurt Ströfer & Co. wurde die Sperre verhängt, um eine Aenderung der Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen. Die Unternehmer versteckten sich vorher sehr schnell hinter den Arbeitgeberverband für das Baugewerbe. Uns geht es vor allem darum, die Zwischenunternehmer zu beseitigen; der Arbeitgeberverband aber nimmt jetzt auch Arbeiter als Mitglieder auf, wenn sie zeitweilig Zwischenunternehmer sind. Der Fliesenleger Albert Schütze war bis zum 16. März bei uns Mitglied, jetzt ist er Zwischenunternehmer und darum würdig, Mitglied des Arbeitgeberverbandes zu sein. Ebenso der vorher nicht organisierte Maurer Max Hänisch. Am 9. April sollte mit dem Arbeitgeberverband verhandelt werden. Da auch Hänisch an der Verhandlung teilnehmen wollte, so forderte unsere Kommission seine Entfernung. Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes beharrte auf seiner Anwesenheit und so scheiterten schließlich die Verhandlungen. Da sich auch die Zahaber der Plattengeschäfte ablehnend stellten, wurden die Geschäfte gesperrt. Wir ersuchen jeden Maurer und Bauarbeiter, Solidarität zu üben. Die Maurer werden aufgefordert, ihnen angebotene Fliesenlegerarbeit abzulehnen.

Hamburg. Am 29. März 1913 begannen die Verhandlungen mit den hiesigen Plattengeschäften wegen Abschluß eines neuen Vertrages. Am 6. April 1914 wurde der neue Vertrag abgeschlossen. Wieviel Mühe haben sich doch die Unternehmer gemacht, um den endgültigen Vertragsabschluß solange hinauszuziehen. Im Januar standen wir nach langwierigen Verhandlungen zum zweiten Male kurz vor dem Abschluß. Damals ließen die Unternehmer die Verhandlungen scheitern, aber aus ihren Ablehnungsgründen konnten wir erkennen, daß es ihnen nicht um einen ehrlichen Frieden zu tun war. Sie wollten zunächst die zugestandene Lohnerhöhung umgehen und die schlechte Konjunktur für sich ausnutzen. Dadurch wurden wir gezwungen, uns den Vertrag zu erkämpfen. Es wurde beschlossen, partiell zu streiken. Zunächst sperrten wir am 29. März die Firma Matthiessen & Noesselt, bei der zirka 45 Kollegen beschäftigt waren. Die Unternehmer versuchten, durch Verschleppungsverhandlungen den Kampf zu beendigen. Durch die Vermittlung des Baugewerbeverbandes kam ein Schiedsgericht zustande, in dem Herr Amtsrichter Schmidt als Vorsitzender wirkte. Das Schiedsgericht entschied am 1. April, daß während der Sommermonate die achteinhalbstündige tägliche Arbeitszeit bestehen bleiben soll. An dem bisherigen Verhältnis der Akkordarbeit soll nichts geändert werden, das heißt, es soll jedem Geschäft überlassen bleiben, ob in Akkord oder in Zeitlohn gearbeitet wird. Günstiger war für uns die Entscheidung über den Lohn; danach tritt sofort eine Lohnerhöhung von 5 ₰, also von ℳ 1,05 auf ℳ 1,10, in Kraft, und vom 1. Oktober 1914 an wird der Lohn auf ℳ 1,18 pro Stunde erhöht. Neu und von weittragender Bedeutung für die Solidarität bei der Arbeit ist die Einführung der Leistungsklausel. Die Leistung eines Ansetzers darf künftig nicht mehr betragen, als sein Lohn nach den dem Vertrage angehängten Akkordtarifsätzen ausmacht. Damit haben wir das erreicht, was wir uns seit einigen Jahren als Ziel gesteckt hatten. Die Unternehmer forderten, daß die Arbeitsleistung weder kontrolliert noch eingeschränkt werden dürfe. Nun ist die Leistungsklausel Tarifrecht geworden; es wird bestimmt erwartet, daß sich alle Kollegen genau danach richten. Die Entscheidungen des Schiedsgerichts wurden in unserer Versammlung mit großer Mehrheit angenommen. Ferner sprach die Versammlung den Kollegen, die bei Matthiessen & Noesselt geschlossen die Arbeit einstellten, ihren Dank aus. Somit ist jetzt ein Vertrag abgeschlossen, mit dem wir zufrieden sein können. Was wir vorher in 17 Sitzungen friedlich nicht erreichen konnten, das wurde jetzt, als wir den Kampf begonnen hatten, in zwei Sitzungen erledigt. Der Vertrag gilt bis zum 31. März 1916.

Nürnberg. Als wir im vergangenen Jahre kaum unsern Tarifvertrag mit den Unternehmern abgeschlossen hatten, konnte man bald wahrnehmen, daß die Unternehmer mehrere Vertragsbestimmungen anders auslegten, als es nach dem Sinn des Vertrages und der Verhandlungen zulässig ist. In den Schlichtungskommissionssitzungen erklärten sie zwar, daß sie die tariflichen Bestimmungen einhalten wollen, bis heute haben sie aber dies Versprechen nicht eingelöst. Das hat selbstverständlich unter unsern Kollegen große Erbitterung hervorgerufen, um so mehr, da sie auch auf dem Klagewege nicht zu ihrem Recht kamen, so daß wir andere Wege beschreiten müssen, um dem Rechte Geltung zu verschaffen. Es ist zwar bei den meisten Unternehmern gebräuchlich, die schlechte Konjunktur für sich und zum Schaden der Arbeiter auszunutzen; schlechter Geschäftsgang ist es aber nicht, der den hiesigen Unternehmern die Möglichkeit für ihr Verhalten gibt. Wenn sie versuchen, die Löhne zu drücken, so werden sie dabei ungewollt von unsern Kollegen unterstützt. Wir wissen, daß es unter den Fliesenlegern eine ganze Anzahl recht scheuslustiger Kollegen gibt, die fortgesetzt durch ganz Deutschland ihre Arbeitskraft bei den Unternehmern anbieten. Darauf stützen sich nun zurzeit unsere Nürnberger Unternehmer, indem sie uns erklären: „Es kostet uns nur eine Postkarte, dann haben wir Leger genug, wenn Ihr die Arbeit nicht zu dem von uns gebotenen Preise machen wollt." Wenn auch die Unternehmer dabei vielfach aufschneiden, so steht doch fest, daß sie eine ganze Anzahl Angebote bekamen. Wir ersuchen deshalb alle Kollegen (auch die Nürnberger), von dieser unkollegialen Art, Arbeit zu suchen, abzulassen, damit es gelingt, die bestehenden Verträge durchzuführen. Namentlich bei den auswärtigen Arbeitern herrschen zurzeit trostlose Zustände. Die Unternehmer finden bei ihrem Anarchismus Helfer unter den Arbeitern. Um dem Unfug ein Ende zu machen, haben wir die Firmen Lotts, Spath, Schmid und Bankel gesperrt. Wir ersuchen, den Zuzug fernzuhalten.

Gipser und Stukkateure.

Breslau. Die Unternehmer haben uns den am 15. April ablaufenden Lohntarif gekündigt und uns einen Entwurf zugesandt, der jeder Beschreibung spottet. Es wirkt geradezu empörend, in einer Zeit, wo jedem Kollegen durch die große Arbeitslosigkeit das Leben sowieso erschwert wird, Lohnreduzierungen von 9 pZt. bis 32 pZt. vornehmen zu wollen. Allem Anschein nach haben die Leiter der Arbeitgeberorganisation, die früher einmal in unsern Reihen standen, vergessen, wie ihnen als Arbeiter zumute war. Vielleicht arbeiten sie einmal wieder zu den Löhnen in ihrem Entwurf. Wir haben nicht nötig, uns derartige Bedingungen aufzwingen zu lassen. Wahrscheinlich glauben sie, durch die große Arbeitslosigkeit sei die Erntezeit für sie gekommen. Es soll das Lohnsystem eingeführt und die Akkordarbeit abgeschafft werden, das heißt, es soll kein Akkordtarif mehr abgeschlossen werden. Die Löhne, die gezahlt werden sollen, sind: Werkstattarbeiter, jung Ausgelernte 45 ₰, ältere 65 ₰ pro Stunde; Bauarbeiter, jung Ausgelernte 60 ₰, ältere 80 ₰ pro Stunde. Die jetzigen Mindestlöhne sind: in der Werkstatt 65 ₰ Stundenlohn, am Bau ℳ 7,50 Tagelohn bei achteinhalbstündiger Arbeitszeit, gleichviel, ob junger oder alter Geselle. Es wird aber seit Jahrzehnten am Bau fast durchweg in Akkord gearbeitet. Die Versammlung beschloß, den Unternehmern mitzuteilen, daß wir der späten Zustellung wegen bis zum 15. April nicht in der Lage waren, endgültig Stellung nehmen zu können. Wir wünschen, daß es im Laufe dieser Woche noch zu einer Verhandlung kommt, zu deren Ergebnis wir dann Stellung nehmen. Wir nehmen an, daß bis auf weiteres die alten Bedingungen bezahlt werden. Nun dürften wir bald erfahren, ob die Unternehmer an ihrem Beschlusse festhalten. Durch die Einigkeit der Kollegen und durch das Vertrauen zur Organisation werden wir es fertigbringen, unsere Arbeitsbedingungen nicht zu verschlechtern, sondern zu verbessern. Wir bitten alle Kollegen, uns in diesem Bestreben zu unterstützen, indem sie dafür sorgen, daß vorläufig aller Zuzug nach Breslau ferngehalten wird.

Dresden. Der Streik der Stukkateure wurde in der Versammlung am 11. April einstimmig für beendet erklärt, nachdem es uns gelungen war, mit den meisten Geschäften einen neuen Tarif auf drei Jahre abzuschließen. Nur fünf Geschäfte brauchen noch weitere Ueberlegung dazu; doch werden auch diese, sobald sie Arbeit haben, bewilligen müssen. Wohl haben wir schon unter schlechten Verhältnissen manchen schweren Kampf ausgefochten, doch wohl noch nicht unter so schlechten, wie den jetzigen. Durch lange Arbeitslosigkeit glaubten unsere Unternehmer die Kollegen mürbe gemacht, und nicht zuletzt erwarteten sie, daß durch den Anschluß an den Deutschen Bauarbeiterverband Uneinigkeit in unsern Reihen bestehe. So lehnten die Unternehmer vor dem Streik jede Verhandlung ab. Schnell änderte sich aber das Bild, als sie sahen, daß die Kollegen geschlossen in den Streik eintraten und kein Kollege, außer dem Herrn Jäger bei dem Unternehmer Starke, zum Verräter wurde. Der Herr Jäger nannte sich auf einmal „Geschäftsführer". Am 2. April fand die erste Verhandlung statt; die andern folgten schnell darauf. Schöne Erfolge konnten wir auch in diesem Kampfe verzeichnen. So haben wir unser lange erstrebtes Ziel: die vier goldenen Acht erreicht: Acht Stunden Arbeit, acht Stunden Ruhe, acht Stunden Erholung und ℳ 8 Tagelohn. Auch wurde unser Akkordtarif in vielen Punkten wesentlich aufgebessert. Kritiker, denen das Erreichte nicht genügt, gibt es natürlich auch hier, und doch kann man ruhig behaupten, daß wir in diesem Kampfe gut abgeschnitten haben. Das Gute hat dieser Kampf aber auch mitgebracht, daß er manchen Kollegen davon überzeugt hat, daß auch durch den Deutschen Bauarbeiterverband unsere Interessen vertreten werden und daß der Sonderbündelei hier für immer der Grund abgegraben ist. Wenn es uns nun möglich war, unter den ungünstigsten Verhältnissen den Kampf siegreich zu beenden, so wollen wir nicht unbemerkt lassen, daß wir in erster Linie es unserer Organisation und den Kollegen verdanken, indem wir auch von auswärts keinen Zuzug erhielten. Wie nach jedem Kampfe, ist auch hier leider noch ein großer Teil der Kollegen arbeitslos, natürlich hauptsächlich die, die sich die besondere „Liebe" der Unternehmer zugezogen haben. Auch ist die Konjunktur hier, wie schon gesagt, sehr schlecht. Deshalb möchten wir an die Kollegen nochmals die Bitte richten, den Zuzug nach Dresden weiter zu meiden. An den Dresdner Kollegen wird es aber nun liegen, die Errungenschaften hochzuhalten und nicht zu erlahmen in der Agitation für unsere einzige Organisation, den Deutschen Bauarbeiterverband!

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen &c.

Verunglückt. Am 17. April stürzte unser Mitglied Friedrich Heming von einem 40 m hohen Schornstein, an dem der Kollege Reparaturarbeiten am Blitzableiter vornehmen sollte. Er war sofort tot. Wir verlieren an ihm einen treuen Kollegen.

Hamm. Am 8. April verunglückte in Beckum der Bauhilfsarbeiter H. Aufstein. Er war auf einem Bau des Unternehmers Lutterbeck mit Betonfahren beschäftigt; dabei kippte ihm der Schiebkarren um und er fiel zirka 6 m tief hinab auf eine Betondecke. Wenn die Fahrpritsche mit einem vorschriftsmäßigen Schutzgeländer versehen gewesen wäre, dann hätte der Kollege Aufstein nicht fallen können, so erlitt er einen Schenkelbruch und einen doppelten Schädelbruch. Der Kollege starb am 10. April an seinen schweren Verletzungen. Mit geringer Mühe hätte man diesen Unfall verneiden können.

Hohnstein-Ernstthal. Ihren frevelhaften Leichtsinn schwer büßen mußten die beiden Zimmerlehrlinge R. Köhler und K. Bohne aus Hüttengrund und der Maurerlehrling Fr. Posener aus Kuhschnappel. Diese füllten am 15. April in der Mittagspause an einem Neubau eine Flasche mit löschendem Kalk um sie zur Explosion zu bringen. In ihrem Unverstande hielten sie die Flasche noch in der Hand, um die Wirkung aus nächster Nähe beobachten zu können. Die Wirkung der Explosion machte sich natürlich auch recht bald geltend. Dabei erlitten die beiden Zimmerlehrlinge so schwere Gesichtsverletzungen, daß sie sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußten und auch wohl geraume Zeit arbeitsunfähig sein werden. Bei dem Lehrling Köster ist auch noch der Verlust des Augenlichtes zu befürchten. Am glimpflichsten davongekommen ist noch der Maurerlehrling Fr. Posener. Dieser Vorfall möge allen denen, die zu solchen unnützen Streichen neigen, eine ernste Warnung sein.

Hörde i. W. Am 11. April verunglückte hier auf der Zeche „Freier Vogel" der Maurer Wienecke. Er war bei der Firma Collin & Brandt beschäftigt. Beim Mauern über die Hand verlor Wienecke das Gleichgewicht und stürzte 8 m tief ab; dabei zog er sich erhebliche Quetschungen zu, so daß er ins Krankenhaus geschafft werden mußte.

Leipzig. Am 9. April verunglückte auf der Ausstellung (Bugra) ein Zimmermann beim Einrammen von Pfählen beim Bau der Schulbaracken. Der etwa zwei Zentner schwere Rammer rutschte ab und verletzte den Zimmermann am Hinterkopfe. Nach Anlegung eines Notverbandes durch einen herbeigerufenen Arzt, konnte er seine Arbeit wieder fortsetzen.

— Einem Maurermeister, der geschäftlich beim Bau der Papiermühle auf der Ausstellung zu tun hatte, fiel dort am 11. April ein Stück Holz auf den Kopf, wodurch er eine Gehirnerschütterung erlitt. Der Verunglückte mußte mit dem Krankenwagen des Samaritervereins in seine Wohnung gebracht werden. Wie uns noch mitgeteilt wird, handelt es sich bei

15 14 13 12 11 10 9 8 7 6
mikrofilm service münster
g. gutt KG essen + köln
gerd gutt KG
otto-hahn-straße 21
postfach 41 02 49
4400 münster roxel

dem Unfall um einen Unternehmer, gegen den schon wiederholt Anzeige wegen schlechter Gerüste erstattet werden mußte. — An dem Neubau des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen, Ecke Hohe- und Zeitzer Straße verunglückte am 18. April ein fünfundzwanzigjähriger Arbeiter sehr schwer. Er wurde von einer einstürzenden Erdwand so stark gequetscht, daß er, mit dem Krankenwagen nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte.

Neuhaldensleben. Ein schwerer Unfall mit nachfolgendem Tode hat sich am 7. April in dem Bodendorfer Steinbruch ereignet. Der neunzehnjährige Kollege Hermann Meynkoth aus Süplingen war dort mit Steinbrechen beschäftigt. Infolge des längeren Regens hatte sich ein Stück Felsen gelockert, dieses stürzte ab und traf den unten arbeitenden jungen Kollegen so unglücklich, daß sein Tod eintrat.

Posen. Am 14. April ereignete sich an einem Neubau des Unternehmers Baranowski ein Unfall. Als der Arbeiter M. Schalamacher mit dem Ausheben von Gräben für die Fundamente beschäftigt war, gab plötzlich das Erdreich nach und von den nachstürzenden Erdmassen wurde er bis an die Knie verschüttet. Glücklicherweise erlitt er nur Quetschungen am Knie.

Thorn. Am 31. März verunglückte der Kollege Leo Dzikowski auf dem Bau Grosser, Brombergervorstadt, beim Ausschalen einer Betonkappe. Die herabstürzenden Bretter trafen den Kollegen an den Beinen und er erlitt einen Knöchelbruch. Seine Ueberführung ins Krankenhaus war notwendig. Wenige Sekunden nachdem der Kollege unter den Brettern hervorgezogen war, stürzte die Betonkappe ein und durchschlug mehrere Kappen. Eiseneinlagen sind in den Betonkappen nicht vorhanden gewesen. Ob mangelhafte Arbeit, der Frost, das zu frühe Arbeiten (Karren) auf der Kappe oder das zu frühe Ausschalen die Schuld an dem Unglücksfall trägt, wird die Untersuchung ergeben.

sk. **Gefährdung des Fundamentes durch einen Rohrleitungsgraben.** Nach der strafrechtlichen Judikatur des Reichsgerichts ist der Bauleiter nicht nur für eigene verfehlte Maßnahmen, sondern in gleichem Maße auch für unsachgemäße Anordnungen der selbständigen Teilunternehmer haftbar, falls sie mit seinem Wissen erfolgt sind. Unkenntnis entschuldigt ihn nur, insoweit sie nicht auf Nachlässigkeit beruht. Nichteinschreiten macht ihn deshalb strafbar, weil es Recht und Pflicht des Bauleiters ist, Verletzungen der Baukunstregeln zu verhindern. Wichtiges besagt hierzu folgende Entscheidung des Reichsgerichts: Wegen fahrlässiger Körperverletzung (§ 230,2 des Strafgesetzbuches) und Bauvergehens (§ 330 des Strafgesetzbuches) hat das Landgericht Königsberg i. Pr. am 18. November 1913 den Bauunternehmer Wilhelm Rogge und den Kanalisationsunternehmer Weiß zu Geldstrafen verurteilt. Rogge, der gelernter Maurer und schon seit zwei Jahren als Bauunternehmer tätig ist, führte im Sommer 1912 den Neubau eines dreigeschossigen Wohnhauses aus. Nachdem auf dem Stampfbetonfundament der Rohbau bereits bis zum Dachfirst fertiggestellt war, ging Weiß als selbständiger Teilunternehmer am 2. Juli 1913 an die Legung der Kanalisationsrohre, wobei zunächst in der Straße ein über 1 m tiefer Graben ausgehoben, an die Hausfront heran und unmittelbar am Fundament entlang geführt wurde. In diesen Graben wurden sodann die Rohre eingelegt. Als am Nachmittag Weiß den noch nicht zugeschütteten Graben besichtigte, bemerkte er plötzlich, wie vom Mauerwerk Kalkteile abbröckelten. Ehe er noch den Polier nach der Ursache fragen konnte, stürzte schon im nächsten Augenblick die Hausmauer zum größten Teile ein und verschüttete den Arbeiter G., der hierbei erheblich verletzt wurde. Die Unfallursache war, daß das Fundament nachgegeben hatte und in den Graben gerutscht war, wodurch ein Teil der Mauer den Halt verlor und überkippte. Ferner hatte der Beton stellenweise nicht abgebunden und war noch weich. Nach den anerkannten Regeln der Baukunst hätte in unmittelbarer Nähe des Fundaments und der Mauer des neuen Hauses überhaupt kein oder nur ein sorgfältig abgesteifter Graben angelegt werden dürfen. Gegen diese Bestimmung hatte zunächst Weiß als selbständiger Teilunternehmer verstoßen; durch das einzige zur Absteifung des Grabens benutzte Schalbrett konnte nur ein Abbröckeln, nicht aber ein Rutschen des Fundaments verhindert werden. Durch ungenügende Absteifung hatte somit Weiß fahrlässigerweise die Körperverletzung des G. und den Mauereinsturz verschuldet. Das gleiche fiel auch dem Rogge zur Last, da er als Bauunternehmer, obwohl er Kenntnis von der Gefahr erhalten hatte und die Unvorsichtigkeit des Weiß kannte, nicht versucht hatte, den Unfall zu verhüten. Erschwerend kam in Betracht, daß dem Weiß ein ähnliches Versehen bereits einmal passiert ist. Die von Rogge hiergegen eingelegte Revision hat das Reichsgericht auf Antrag des Reichsanwalts als unbegründet verworfen und somit die Rechtsauffassung der Vorinstanz bestätigt.

Aus Unternehmerkreisen.

Generalversammlung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe.

Am 25. und 26. März hielt der Arbeitgeberbund in Eisenach seine 15. Generalversammlung ab. Die Organisationen der Bauunternehmer aus Schweden, Norwegen, Dänemark, Oesterreich, Ungarn und der Schweiz hatten Vertreter entsandt. Da der im Juli 1913 zum Vorsitzenden gewählte Baurat Enke inzwischen starb, so führte seit dessen Tode Herr Behrens aus Hannover die Geschäfte des Bundesvorsitzenden.

Nach dem Tätigkeitsbericht des Vorstandes hatte der Bund im Laufe des letzten Jahres einen totalen Mitgliederrückgang von 8,77 pZt. und bei den beitragspflichtigen Mitgliedern einen Rückgang von 7,34 pZt. Demnach ist der verhältnismäßige Verlust an Mitgliedern zirka dreimal so groß als bei uns. Beim Beginn des Jahres 1913 gehörten dem Bund 31 Bezirksverbände mit 556 Ortsverbänden und 9 einzelne Ortsverbände an mit zusammen 17 633 Betrieben und einer beitragspflichtigen Lohnsumme von 374 Millionen Mark. Für uns ist besonders die große Zahl der nicht beitragspflichtigen Mitglieder des Arbeitgeberbundes bemerkenswert. Diese Leute sind es meist, die den Ton im Arbeitgeberbund angeben. Sie sind in der Regel durch kein geschäftliches Interesse an einen ruhigen Fortgang des Gewerbes gebunden; ihre Mitgliedschaft im Arbeitgeberbund benutzen sie zu Scharfmachereien im Sinne der konservativen Parteien, zu denen sie meistens gehören. Bezüglich der Agitation heißt es in dem Tätigkeitsbericht: „Es muß in den Bezirks- und Ortsverbänden mit allen Kräften dahin gestrebt werden, die verlorenen Mitglieder zurück- und neue dazu zu gewinnen. Die Außenstehenden werden, sobald sich die Konjunktur bessert, wohl überall höhere Löhne als die Tariflöhne zahlen müssen und dann von selbst wieder Schutz in den Arbeitgeberverbänden suchen." — Die Bezirks- und Ortsverbände haben vielfach mit den Materiallieferanten Vereinbarungen über Rückvergütungen und Materialsperren getroffen. Der Bundesvorstand hat auch in einer Resolution gegen die öffentliche Arbeitslosenversicherung Stellung genommen. Wir haben deren Wortlaut früher bereits veröffentlicht. Die Verhandlungen über ein Vertragsmuster mit dem Deutschen Polierbund konnten nicht zum Abschluß gebracht werden. Es handelt sich angeblich hierbei nicht um einen Tarifvertrag, der die Lohn- und Arbeitsbedingungen regelt, sondern um eine Zusammenstellung von Grundsätzen, die in dem Arbeitsverhältnis der Poliere beachtet werden sollen.

Am 24. Januar hielt der durch seine gewerkschaftsfeindliche Gesinnung bekannte Professor Dr. Ehrenberg aus Rostock vor dem Bundesvorstand einen Vortrag über „Die Zweckmäßigkeit einer Untersuchung über die Wirkungen der Tarifverträge im Baugewerbe und die notwendigen Voraussetzungen für ihr segensreiches Wirken". Unsere Kollegen werden sich von dem Inhalt dieses Vortrages einen Begriff machen können. Der Bundesvorstand hat zugesagt, sich an den Untersuchungen und den notwendigen Vorarbeiten zu beteiligen. In dem Vorstandsbericht heißt es: „Für eine streng wissenschaftliche, tendenzfreie Untersuchung bürgt der Name des Professors Ehrenberg, der bekanntlich der auf den meisten deutschen Universitäten vertretenen sozialethischen Schule der Nationalökonomie, den sogenannten Katheder-sozialisten, nicht angehört." Tendenzfreie Untersuchung? Wir wollen hier dem Arbeitgeberbund das Ergebnis der Untersuchung schon vorher sagen. Herr Professor Ehrenberg wird finden, daß alle Tarifverträge lohenswert sind, die allein von dem Willen der Unternehmer diktiert sind, in denen kein bestimmter Lohn festgelegt ist, in denen die Länge der täglichen Arbeitszeit von dem jeweiligen Bedürfnis des Unternehmers abhängig ist, in denen die periodischen Zahlltage möglichst weit auseinanderliegen, in denen keine Schlichtungseinrichtungen, wohl aber Strafen für widerspenstige Arbeiter vorgesehen sind. Er wird die Unternehmer darauf hinweisen, daß sie derartige Tarifverträge erstreben müssen, wenn sie nicht wollen, daß das deutsche Gewerbe elend zugrunde geht. Selbstverständlich wird er dann die heutigen Tarifverträge in Grund und Boden verdonnern, weil in ihnen die Rechte und Pflichten der Arbeiter gegen die Rechte und Pflichten der Unternehmer abgewogen sind. Herr Professor Ehrenberg gehört einer Schule an, für die sein verstorbener Gesinnungsgenosse Tille das Wort „moralinfrei" prägte. Nach dem Dogma dieser Schule haben die Arbeiter überhaupt keine Rechte, sondern nur die Pflicht, die Unternehmer möglichst schnell reich zu machen. Der Gedankengang dieser Schule ist brutal konservativ. Die Herren Besitzenden gestatten den Besitzlosen gnädigst, für sie zu arbeiten und nach getaner Arbeit um das zum Leben Notwendigste zu betteln. Wenn sich jetzt der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe unter die Fittiche dieser nationalökonomischen Schule begibt, so sehen wir darin nur einen weiteren Beweis für die Tatsache, daß er, gleich dem Bund der Landwirte, in Wirklichkeit nichts weiter ist als ein Ableger der konservativen Partei.

Von der Generalversammlung wurde der Geschäftsbericht ohne Diskussion entgegengenommen. — Die Organisationsfragen nahmen in der Verhandlung einen sehr breiten Raum ein. Maurermeister Holst aus Hamburg referierte über „Die Organisationstätigkeit in den Bezirks- und Ortsverbänden". Baumeister Popp aus Nürnberg sprach nach ihm über „Mittel und Wege zur weiteren Erstarkung des Bundes". Hierauf referierte Architekt und Maurermeister Behrens aus Hannover über das gleiche Thema wie sein Vorredner. Der letztere machte den Vorschlag, daß sich der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe der „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände" anschließe. Diese Vereinigung sei eine Streikabwehrorganisation. Die Versammlung beschloß den Anschluß. Herr Behrens gab zum Schluß der Hoffnung Ausdruck, daß der Beitritt des Bundes zur Vereinigung die Gewerkschaften von Schritten zurückhalten werde, die zum Kampfe mit dem Bunde führen; denn die von der Vereinigung erfaßte Arbeiterzahl betrage zirka 2 Millionen mit einer Gesamtlohnsumme von 2½ Milliarden Mark pro Jahr. Wir können dem Arbeitgeberbund die Versicherung geben, daß es ganz an ihm liegt, ob er mit oder ohne seinen Anschluß an die Vereinigung von uns bekämpft wird. Sobald er genügend soziales Verständnis für die Lage der Arbeiter aufbringt, sind Kämpfe unnötig.

Ueber „Die Notwendigkeit der Einfügung der Aussperrungs- und Streikklausel in die Bauverträge" referierte Rechtsanwalt Grampp aus Nürnberg. Da das Reichsgericht am 16. Dezember entschied, daß Streiks und Aussperrungen nicht als höhere Gewalt anzusehen sind, so könne sich der Unternehmer durch die Streikklausel schützen. Architekt und Bauunternehmer Lüscher aus Frankfurt a. M. referierte über Aenderungen in der Zusammensetzung des geschäftsführenden Ausschusses. Da seine Vorschläge angenommen wurden, besteht dieser in Zukunft „aus dem Bundesvorsitzenden und seinen beiden Stellvertretern, aus sieben Beisitzern des Bundesvorstandes als Vertretern von sieben größeren Reichsabschnitten, in die das Bundesgebiet vom Bundesvorstand unter Berücksichtigung der Lohnsummen möglichst gleichmäßig einzuteilen ist, und den Vorsitzenden der dem Bund angeschlossenen Fachverbände". Aus der nachfolgenden Neuwahl gingen hervor: Behrens-Hannover als Vorsitzender, Popp-Nürnberg als erster und Noack-Dresden als zweiter stellvertretender Vorsitzender. In den geschäftsführenden Ausschuß wurden gewählt: Wolfram-Breslau, Holst-Hamburg, Grote-Halle, Kretzschmar-Leipzig, Lüscher-Frankfurt a. M., Walther-Röhlinghausen, Rank-München, Wolle-Leipzig. — An das Referat des Hofzimmermeisters Noack aus Dresden über „Die Betätigung des Bundesvorstandes auf wirtschaftlichem Gebiete" schloß sich eine sehr lebhafte Aussprache an, in der der Syndikus des schweizerischen Baumeisterverbandes, Dr. Cagnianut, für die Gründung von Einkaufsgenossenschaften eintrat. Ein Antrag auf Beitritt des Deutschen Arbeitgeberbundes zur internationalen Bauunternehmerorganisation fand grundsätzliche Zustimmung. Bisher bestanden schon Kartellverträge mit den Unternehmerorganisationen jener Länder, die auf der Generalversammlung vertreten waren.

Aus dem Geschäftsbericht und aus den Verhandlungen der Generalversammlung gewinnt man wieder den Eindruck, daß der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe nicht daran denkt, den Kampf gegen die Arbeiterschaft aufzugeben. Vielmehr machen alle seine Maßnahmen den Eindruck, als wenn er sich immer noch mit der Hoffnung trägt, einmal gründlich mit den Gewerkschaften aufräumen zu können. Sorgen wir dafür, daß ihm dies nicht gelingt!

Gewerkschaftliches.

Die Aussperrung der Pflasterer in Rheinland und Westfalen. Mit einem Erfolg für die Arbeiter wurde die Aussperrung beendet, trotzdem der christliche Keramund Steinarbeiterverband seine ganze Kraft einsetzte, um den Kampf zugunsten der Unternehmer zu entscheiden. Kurz vor Ostern wandte sich die Unternehmerorganisation selber an den Verband der Steinsetzer mit der Anfrage, ob er bereit sei, noch vor Ostern an Verhandlungen teilzunehmen. Am Osterheiligabend haben dann Verhandlungen in Bochum stattgefunden, die zu dem Resultat führten, daß alle Verschlechterungen, die der christliche Tarif für die Arbeiter im Gefolge gehabt hätte, glatt beseitigt wurden. So das zum Teil unsinnig hohe Arbeitspensum, von dem selbst viele Unternehmer erklärten, daß es zu hoch sei. Weiter wurde die Einführung der Akkordarbeit zurückgezogen, eine Verbesserung der Bestimmungen über die Junggesellen erzielt, desgleichen über die Lohnzahlung und anderes. Der Verband der Steinsetzer hat weiter damit durchgesetzt, daß mit den Christlichen kein gemeinsamer Tarif abgeschlossen wurde, sondern daß diese, entsprechend ihrer wirklichen Bedeutung, nur einen Nebenvertrag erhalten. Durch die Maßnahmen, die der Verband der Steinsetzer in der vorigen Woche getroffen hatte, war die Zahl der am Kampfe Beteiligten von 450 auf etwa 110 gestiegen, was wesentlich zur Abkürzung des Kampfes beigetragen hat. Dabei stellte es sich auch heraus, daß im ganzen Kampfgebiet nur 57 Mann weiterarbeiteten, die aber durchaus nicht alle der christlichen Organisation angehören. In Cöln hatten sich die meisten christlich Organisierten ohne weiteres dem Streik angeschlossen; sie sind bis auf wenige Mann zum freien Verband übergetreten. Die bei einer Firma in Mülheim beschäftigten Christlichen weigerten sich, die ihnen in Cöln angewiesene Streikarbeit zu machen. Es läßt sich also denken, daß die Leitung der christlichen Organisation über den Ausgang des Kampfes nicht sehr erbaut ist.

h. **Der Bund der technisch-industriellen Beamten,** der im Vorjahre wegen der inneren Auseinandersetzungen drei Tagungen abhalten mußte, hielt an den Ostertagen in Berlin seinen zwölften ordentlichen Bundestag ab. Nach dem Geschäftsbericht des Vorstandes hat sich der Bund trotz der Bekämpfung durch die Unternehmer auch im Berichtsjahr gut vorwärts entwickelt. Durch eine eifrige Werbetätigkeit gelang es, dem Bund 5296 neue Mitglieder und 1639 Hospitanten (Studierende) zuzuführen. Die absolute Zunahme der Mitgliederzahl ist freilich geringer, diese beträgt nur 1246; die Zahl der Hospitanten erhöhte sich um rund 1000. Für eine Zeit wirtschaftlichen Niedergangs sind diese Erfolge befriedigend, besonders wenn man bedenkt, daß andere gewerkschaftliche Organisationen im letzten Jahre etwas zurückgegangen sind. Am Schlusse des Jahres 1913 zählte der Bund 23 386 Mitglieder und 2312 Hospitanten. Durch die gewerkschaftliche Selbsthilfe mußte der Bund mehrfach gegen Mißstände in den Arbeitsverhältnissen ankämpfen. Zwar kam es an keiner Stelle zu einer gemeinsamen Arbeitsniederlegung, doch gelang es bei einer Reihe von Firmen, durch geschlossenes Auftreten Verschlechterungen abzuwehren oder bestehende Mißstände zu beseitigen. Es fanden 5 Abwehrbewegungen und 14 Angriffsbewegungen statt, von denen 9 mit einem vollen Erfolg, 8 mit einem Teilerfolg und 2 erfolglos endeten. Die hohe Inanspruchnahme der Stellenlosenunterstützung zeigt, wie stark die ungünstige Konjunktur des Berichtsjahres auch auf den technischen Arbeitsmarkt einwirkte. Die Zahl der arbeitslosen Mitglieder wuchs von Monat zu Monat und demgemäß auch die Summe der Unterstützung. Im ersten Quartal betrug diese rund ℳ 16 000, im vierten aber ℳ 28 000, im ganzen Jahre ℳ 89 131,29. An Gemaßregeltenunterstützung mußten ℳ 3094,75, an Notfallunterstützung ℳ 15 544,30 aufgewendet werden. An Beiträgen wurden ℳ 672 161 vereinnahmt.

In der mehrstündigen Diskussion über den Bericht wurde im allgemeinen Befriedigung mit der Tätigkeit

des Vorstandes ausgesprochen. Dann behandelte der Kongreß den Punkt „Die Organisation der Werkmeister". Der Referent Krug betonte, daß die Werkmeister den technischen Beamten zwar wirtschaftlich sehr nahe stehen, sie gehen aber aus den Reihen der Arbeiter hervor und erhalten ihre lebhaftesten und bleibendsten Eindrücke in der Zeit, in der sie noch Arbeiter sind, so daß sie alle Dinge unter dem Gesichtswinkel des Arbeiters betrachten. Als Mitglieder würden sie bei Streiks mit der Satzungspflicht der Neutralität in Konflikt kommen, da sie Streikarbeit auf Grund ihres Vertrages wohl nicht immer ablehnen könnten. Als Vorgesetzte sind die Werkmeister ihrer ganzen Natur nach nicht zu gewerkschaftlicher Arbeit geeignet, daher sollte man nur die aufnehmen, die von selbst zum Bunde kommen und dadurch ihren Willen zu ernster gewerkschaftlicher Arbeit bekunden. Der Korreferent Klostermann-Jena betonte die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Berufsschichten und wandte sich lebhaft gegen den Standesdünkel, dem man keine Konzessionen machen dürfe. Die Glocken, die den Zusammenschluß aller Arbeitnehmer verkünden, läuten heute schon hell und klar. Auch wir haben allen Grund, alle Privatangestellten zusammenzufassen in einer Zentralorganisation. (Lebhafter Beifall.) In der Diskussion betonten die meisten Redner, daß man nicht unterschiedslos jeden aufnehmen dürfe, der sich Werkmeister nenne, daß aber unter den jungen, modernen Werkmeistern eine stärkere Agitation entfaltet werden müßte. Es gelangte denn auch ein Antrag der Ortsgruppe Jena zur Annahme (mit 21 gegen 17 Stimmen), der das Werbegebiet und die Werbearbeit mehr als bisher auf die Werkmeister auszudehnen verlangt.

Es folgte der Punkt der Tagesordnung „Die sozialpolitische Lage". Der Referent Grenzin wandte sich mit großer Schärfe gegen die Verständnislosigkeit, die die Reichsleitung und der Reichstag den wichtigsten sozialen Problemen gegenüber zeigt. Ein Beweis dafür ist das Verhalten zur Frage der Arbeitslosenversicherung sowie noch jüngst zur Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und zur Konkurrenzklausel. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution wurde nach kurzer Diskussion einstimmig angenommen, ebenso eine Resolution, die sich gegen jede Konkurrenzklausel wendet, und ein Antrag Zwickau, der den Mitgliedern dringend den Eintritt in die politischen Parteien empfiehlt.

Eingegangene Schriften.

Maifestzeitungen. Zum 1. Mai ist sowohl im Verlage der Buchhandlung Vorwärts in Berlin als auch im Verlage der Wiener Volksbuchhandlung wieder eine Maifestzeitung erschienen. Die deutsche ist achtseitig und kostet, auf gutes Glanzpapier gedruckt, 10 ₰. Ihren Bildschmuck hat Ilse Schütze-Schur geschaffen, die Textbeiträge haben Ludwig Frank, Karl Legien, Hermann Wendel und Fritz Faas beigesteuert. Außerdem enthält die Festschrift Gedichte von Karl Petersson und Rudyard Kipling sowie eine Anzahl Sprüche. Die österreichische Maifestschrift ist ebenfalls achtseitig, sie enthält aber außerdem eine große Kunstbeilage von Charles Gallé. Textbeiträge haben Engelbert Pernerstorfer, Ernst Necker, Gustav Stekow, Eugen Hoeflich, Therese Schlesinger, Julius Deutsch, Robert Götsch, Otto Koenig und Wilh. Hausenstein geliefert, die Gedichte Karl Kaniaf und Max Barthel. Der Preis der Nummer ist 20 Heller.

Die Alkoholsabfabrikation. Von Dr. C. Nagel. Mit 32 Abbildungen. (Thomas' Volksbücher.) **Schweinezucht und Haltung.** Von Dr. E. Forgwer, Dresden. Mit 29 Abbildungen. (Thomas' Volksbücher.) **Die ländliche Nutzgeflügelzucht.** Von Direktor Dr. Franz Fest. Mit 52 Abbildungen. (Thomas' Volksbücher.) Alle drei Bändchen sind zum Preise von je 60 ₰ broschiert und für je 85 ₰ gebunden bei Theodor Thomas' Verlag in Leipzig zu haben. Bei dem billigen Preise dürften sie für manchen Kollegen ein wohlfeiles Mittel zur Information sein.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Zeile kostet 15 ₰.)

Berlin. Am 9. April starb der Stukkateur **Georg Gnieser** im Alter von 34 Jahren durch Unfall. — Am 14. April starb der Maurer **Wilhelm Schröter** im Alter von 61 Jahren an Schlaganfall.

Bernburg. Am 17. April starb der treue Kollege **Friedrich Henning** durch einen Unfall.

Bielefeld. Am 15. April starb unser Kollege **Aug. Biermann** im Alter von 59 Jahren an Magenkrebs.

Brandenburg a. d. H. Am 6. April starb unser Kollege **Otto Giese** aus Marzahne im Alter von 21 Jahren an Herzschwäche.

Braunschweig. Am 12. April starb der Kollege **Wilhelm Quilitz** im Alter von 49 Jahren an Herzschwäche.

Breslau. Am 9. April starb unser Kollege **Paul Tschöpe** im Alter von 34 Jahren. — Am 15. April starb unser Kollege **Jos. Gebauer** im Alter von 36 Jahren an Lungentuberkulose.

Deutsch-Rasselwitz. Am 11. April starb unser Mitglied **Albert Patermann** im Alter von 61 Jahren an Asthma.

Dresden. Am 10. April starb der Maurer **Herm. Dietrich** aus Kadig im Alter von 42 Jahren an Leberquetschung. — Am 15. April starb der Maurer **Gustav Quaas** im Alter von 62 Jahren an Lungenkatarrh. — Am 17. April starb der Hilfsarbeiter **Emil Eisold** im Alter von 44 Jahren an Magenleiden.

Erlangen. Am 8. April starb unser Kollege **Wolfgang Busch** aus Kleinsenbach im Alter von 59 Jahren an Lungenleiden.

Frankfurt a. M. (Offenbach.) Am 13. April starb unser Kollege **Georg Hoffmann** im Alter von 31 Jahren an der Proletarierkrankheit.

Gotha. Am 29. März starb unser Kollege **Otto Lindner** im Alter von 22 Jahren an Lungenentzündung.

Guben. Am 15. April starb der Bauhilfsarbeiter **Gustav Ansorge** im Alter von 55 Jahren.

Hannover. Am 11. April starb der Bauarbeiter **Johann Engelhardt** im Alter von 55 Jahren durch Unfall. — (Anderten.) Am 14. April starb der Maurer **Wilhelm Schönekäse** im Alter von 39 Jahren an Magenkrebs.

Heilbronn a. N. Am 20. März starb unser langjähriges Mitglied **Giovanni Larese** an Magenkrebs.

Lauterberg. Am 16. April starb der Kollege **Karl Fahlbusch** aus Bartolfelde im Alter von 20 Jahren an Lungenentzündung.

Leipzig. Am 5. April starb der Kollege **Robert Fritzsche** im Alter von 42 Jahren.

Lehrte. Am 15. April starb unser treuer Kollege **Hermann Seidlitz** im Alter von 48 Jahren an Schlaganfall. Er war einer der Gründer unseres Zweigvereins.

Metz. Am 11. April starb unser Kollege **Stefan Hammerschmidt** im Alter von 38 Jahren an Lungenschwindsucht.

Mülheim. (Oberhausen.) Am 14. April starb unser Kollege **Jacob Gerritzen** im Alter von 32 Jahren an Lungenentzündung.

Mytzig. Am 10. April starb unser treuer Kollege **Georg Sommermann** im Alter von 42 Jahren an Lungenentzündung.

Neuhaldensleben. Am 10. April starb unser Kollege **Hermann Heynkoth** aus Süplingen im Alter von 19 Jahren an den Folgen eines Unfalles.

München. (Ost.) Am 3. April starb unser Kollege **Franz Neumayer** im Alter von 47 Jahren durch Unfall. — (Schwabing-West.) Am 7. April starb unser Kollege **Joh. Zöchmann** im Alter von 61 Jahren an Herzleiden. — Am 10. April starb unser Kollege **Rupert Holzer** im Alter von 38 Jahren an Lungenleiden. — (Nordwest.) Am 9. April starb unser Kollege **Vinzens Tischner** im Alter von 43 Jahren an Lungenleiden. — (Untergiesing.) Am 10. April starb unser Kollege **Alois Riedmayer** im Alter von 40 Jahren; er wurde von einem Zuge überfahren. — (Sektion der Einschaler.) Am 9. April starb unser Kollege **Jakob Strehl** im Alter von 46 Jahren an Herzleiden.

Neurode. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Kollege **Alois Hoffmann** aus Neuband b. Neiße im Alter von 26 Jahren tödlich verunglückt ist.

Nürnberg-Fürth. Am 12. April starb der Hilfsarbeiter **Johann Schäffler** im Alter von 44 Jahren an der Proletarierkrankheit. — (Ziegelstein.) Am 12. April starb der Steinhauer **Thomas Thumann** im Alter von 53 Jahren an Lungenleiden. — Am 15. April starb der Maurer **Heinrich Uhlein** im Alter von 59 Jahren an der Proletarierkrankheit.

Plauen i. V. Am 14. April schied der Hilfsarbeiter **Ludwig Hermann** im Alter von 49 Jahren freiwillig aus dem Leben.

Salzdetfurth. Am 7. April starb unser Mitglied **H. Ohmes III** im Alter von 66 Jahren an Gehirnschlag.

Schopfloch. Am 10. April starb der Kollege **Karl Fälschlein** im Alter von 53 Jahren an Lungenleiden.

Schwerin i. M. Am 7. April schied unser langjähriger treuer Kollege, der Maurer **Carl Kort** im Alter von 42 Jahren freiwillig aus dem Leben.

Schwiebus. Am 8. April starb unser Kollege **Reinhold Schiller** aus Riffen im Alter von 65 Jahren an Asthma.

Seehausen i. d. A. Am 7. April starb nach kurzem, schwerem Leiden unser treuer Kollege **Hermann Thiede** im Alter von 58 Jahren an Lungenentzündung.

Stadtoldendorf. Am 11. April starb nach kurzem, schwerem Leiden der Kollege **Heinrich Bertram** aus Negenborn im Alter von 38 Jahren an Kopfrose und Lungenentzündung. — Am 12. April starb unerwartet der Kollege **Heinrich Langheim** aus Golmbach im Alter von 37 Jahren an Herzschlag.

Traunstein. Am 11. April starb unser Kollege **Josef Angerer** im Alter von 70 Jahren infolge eines Schlaganfalles.

Ulm a. d. D. (Söflingen.) Am 9. April starb unser Kollege **August Rauber** im Alter von 47 Jahren an Nachenkatarrh. — Am 9. April starb unser Kollege **Johannes Denzel** im Alter von 34 Jahren an Lungenentzündung.

Werdau. Am 8. April starb unser Kollege **Herm. Weissig** im Alter von 50 Jahren an Gehirnerweichung.

Wusterhausen. Am 6. April starb unser treuer Kollege **Christian Behrendt** aus Bücwitz im Alter von 67 Jahren an Magenkrebs.

Zeitz. Am 10. April starb der Maurer **Gustav Puse** aus Dietendorf im Alter von 53 Jahren an Mittelohrvereiterung.

Ehre ihrem Andenken!

Anzeigen.

Kalender

vom Jahre **1914** hat der Zweigverein **Auerbach-Falkenstein i. V.** noch eine größere Anzahl abzugeben. Bestellungen sind an **Max Seydewitz, Auerbach i. V.,** Kreuzstr. 9, zu richten. [M. 2,10]

Karl Bender, wo steckst Du? Deine Mutter ist gestorben. Sende Deine Adresse an **Johann Bender, Duisburg,** Brückenstr. 49. [90 ₰]

Heinr. Meissner, Maurer, geboren zu Bronitz, wird in einer Klagesache der Wirtschaft Ahnert zu Marienthal als Zeuge gesucht. Kollegen, denen sein Aufenthalt bekannt ist, wollen dies dem Kollegen **Richard Krehm** in **Neuendorf, Zweigverein Driesen,** mitteilen. [M. 1,80]

Hans Nieppert, Maurer, wird von seiner schwer erkrankten **Schwester** und seinen Pflegeeltern gesucht. Kollegen, denen sein Aufenthalt bekannt ist, wollen seine Adresse an **Karl Hagemann** in **Thorn,** Strobstr. 73, oder an den **Zweigvereinsvorstand** mitteilen. [M. 1,80]

Wilhelm Steinhof aus Einbeck wird von seinen Eltern ersucht, wegen Erkrankung des Vaters sofort nach Hause zu kommen. Kollegen, denen sein Aufenthalt bekannt ist, wollen seine Adresse an den Kollegen **Aug. Fünemann, Einbeck,** Pastorenstr. 7, gelangen lassen. [M. 1,80]

Ludw. Stanitzki und **Otto Mieps**
(Verb.-Nr. 024 256) (Verb.-Nr. 024 275)
werden gesucht. Kollegen, die ihren Aufenthalt wissen, wollen dies an **Fritz Rehberg** in **Holsterhausen b. Herveste-Dorste i. W.,** Kaiser-Friedrich-Straße 9, mitteilen. [M. 1,80]

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Versammlungen der Zweigvereine.

Sonntag, den 26. April.

Calefeld. Nachm. 3 Uhr bei August Southoff in Sebegen. Bücher mitbringen.

Dreetz. Nachm. 3 Uhr im Lokal Dittert.

Ehenstock. Nachm. 3 Uhr im Restaurant „Jägerhalle" in Schönheide. T.-O.: Kassenbericht vom ersten Quartal. Vortrag über „Die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation". Referent ist der Bezirksleiter. Verschiedenes.

Lychen. Nachm. 4 Uhr im „Berliner Hof". T.-O.: Kenntnisnahme des Schiedsspruche vom Dirksenamt. Verschiedenes.

Pinneberg. Nachm. 3 Uhr bei J. Tiede (Herberge). Sehr wichtige Tagesordnung.

Rennersdorf. Nachm. 3 Uhr im Gasthaus „Zur Schweiz" in Kunnersdorf. T.-O.: Quartalsbericht. Verschiedenes.

Mittwoch, den 29. April.

Sorau, Abends 8½ Uhr in der „Flora". Bücher mitbringen.

Sonntag, den 3. Mai.

Oranienburg. Nachm. 4 Uhr im Lokale Karl Grothmann, Mühlenstraße.

Salzwedel. Nachm. 3½ Uhr im „Gewerkschafts-Haus". Referent anwesend. Bringt die unorganisierten Kollegen mit.

Zentralkrankenkasse der Maurer usw.

Sonntag, den 26. April.

Gross-Lichterfelde. Vorm. 9½ Uhr bei E. Richter, Chausseestr. 104. T.-O.: Abrechnung vom ersten Vierteljahr. Verschiedenes. Schriftführers. Neuwahl eines

Kowawes. Nachm. 4 Uhr bei Singer. T.-O.: Abrechnung vom ersten Quartal. Kassenangelegenheiten.

Spandau. Vorm. 9 Uhr bei Heitel, Bismarckstr. 6. T.-O.: Abrechnung vom ersten Quartal. Kassenangelegenheiten. Verschiedenes.

Weissensee. Nachm. 3 Uhr Generalversammlung im Kassenlokal. T.-O.: Kassenbericht vom ersten Quartal.

Würzburg. Vorm. 10 Uhr im Restaurant Schleierstein, Juliusstraße. T.-O.: Quartalsabrechnung. Verschiedenes.

Dienstag, den 28. April.

Wittenberge. Abends 8 Uhr bei Bätge, Augustst. 38.

Sonntag, den 3. Mai.

Danzig. Vorm. 10 Uhr bei Neimann, Fischmarkt 4. T.-O.: Abrechnung vom ersten Quartal. Kassenangelegenheiten.

Oranienburg. Nachm. 2 Uhr bei Karl Großmann, Mühlenstraße. T.-O.: Abrechnung. Kassenangelegenheiten.

Adressenveränderungen.

(V bedeutet Vorsitzender, K Kassierer, L Lokal, H Herberge, Rz Reiseunterstützung wird ausgezahlt bei.)

Gelenau. K Emil Laube, Gelenau 91c; Bureau: Gelenau 91c, part.

Heilbronn a. N. H beim Kollegen Karl Braun, „Zum Pflug", Metzgergasse.

Mügeln b. Oschatz. K Wilhelm Bornemann, Markt 97; Auszahlung von Kranken- und Arbeitslosenunterstützung nur Sonnabends von 6 bis 8 Uhr abends und Sonntags von 9 bis 12 Uhr vormittags.

Nordhausen. K H. Voigt, Walzerstr. 24 (Bureau).

Verlag: Deutscher Bauarbeiterverband (Fritz Paeplow), verantwortlicher Redakteur: A. Ellinger, Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

mikrofilm service münster g. gutt KG essen + köln gerd gutt KG otto-hahn-straße 21 postfach 41 07 49 4400 münster loxel